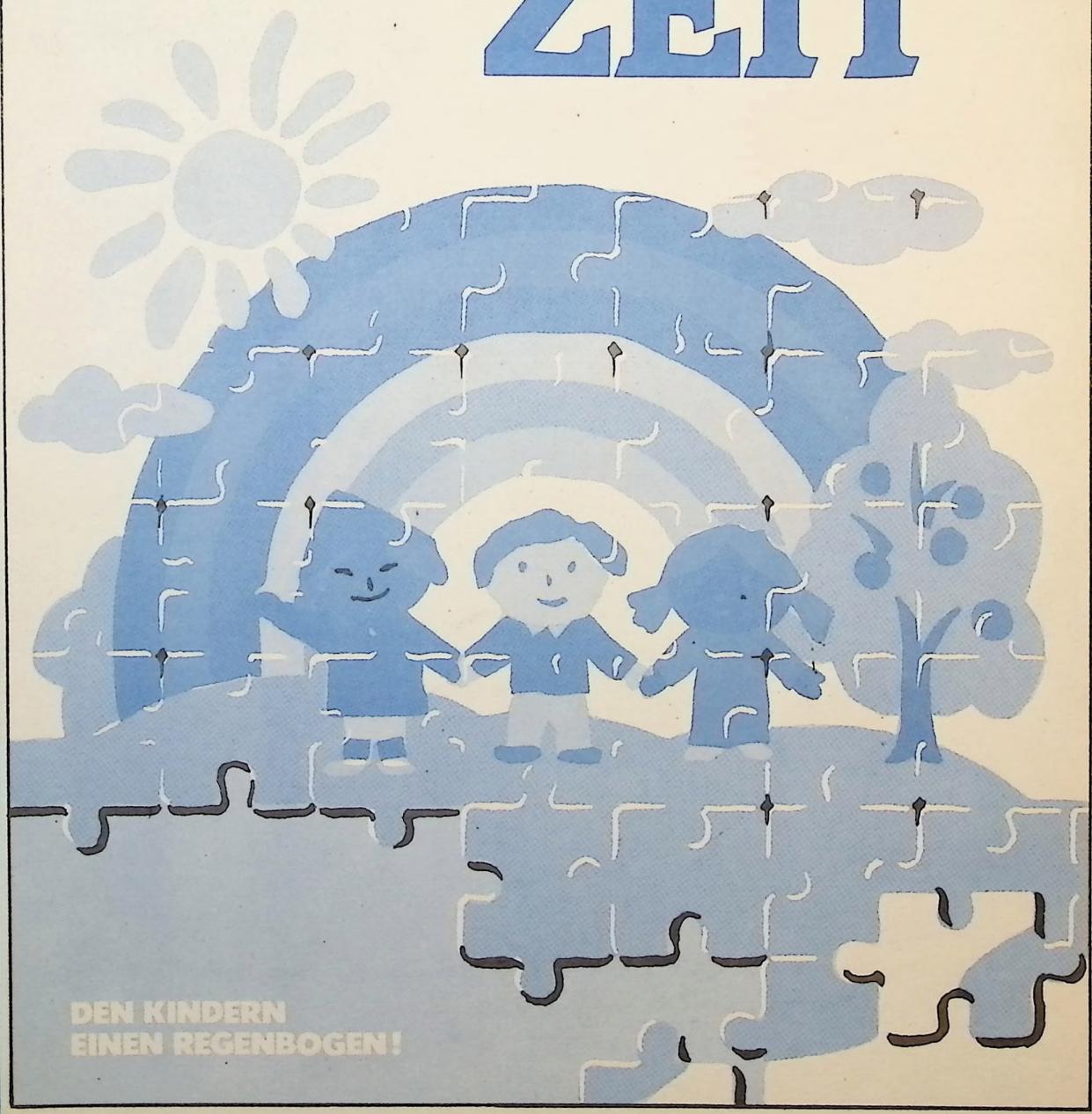


VERNÜFTIGE VERTeidigung:
WIEVIEL WAFFEN SIND GENUG?

NEUE ZEIT

Nr. 22 • MAY 1987

ISSN 0233—8135



DEN KINDERN
EINEN REGENBOGEN!

DIE ETHIK
DES ATOMZEITALTERS

VIKTOR ROSOW ZUR UMSTELLUNG
AUF DER BÜHNE UND IM LEBEN

UNSERE RICHTER VON MORGEN

Kinder sind die Blumen des Lebens.

Wer hat diesen banalen Satz geprägt? Die Kinder sind keine "Blumen", sie sind das Leben selbst, die Fortsetzung des Lebens, die Hoffnung der Älteren, daß die Mängel der Umgebung, mit denen sie nicht fertig geworden sind, von den nächsten Generationen beseitigt sein werden.

Für Kinder zu leben, ist vielen ein Lebensinhalt. Was bedeutet das?

In einer Familie mit Kindern leben die Erwachsenen wie auf der Bühne. Sie haben anspruchsvolle Zuschauer vor sich, die alles, was im Alltag geschieht, gierig aufnehmen und alles streng beurteilen, was sie sehen. Dieser Zuschauer ist von ganz besonderer Art, in einem "Auftritt" kann er aus dem Saal auf die Bühne wechseln und in den Lauf des Geschehens eingreifen. Das tut er gemäß seinen eigenen Vorstellungen von Gut und Böse.

Selbstverständlich werden seine Ansichten nicht nur im Elternhaus, sondern auch von der gesamten Wirklichkeit geformt. Aber ist das Leben so makellos eingerichtet?

Es gibt eine düstere Prognose: Bis Ende unseres Jahrtausends werden in den Entwicklungsländern über 240 Millionen Kinder im Alter bis zu 5 Jahren an Krankheit und Unterernährung sterben.

Kinder kommen in militärischen Konflikten um...

Kinder sind die ersten und schuldlosen Opfer der Unrechitgigkeit und Grausamkeit der Gesellschaft...

Am schlimmsten ist die Lage in Südafrika. Dort nehmen schon Schulkinder am Protest gegen die Apartheid teil. Auch sie werden von den Rassisten nicht verschont: In letzter Zeit wurden 23 000 Personen verhaftet, ein Drittel Kinder, viele noch keine 11 Jahre alt. In der RSA gibt es eigens Kinder-KZs für sie.

Wie viele arbeitende Kinderschaffen in den aufgeklärten Ländern des Westens viele Stunden unter gesundheitsschädlichen Bedingungen, und das Gesetz sieht

darüber hinweg...

Die Erwachsenen tragen eine doppelte Verantwortung, für sich und für die Nachkommen, für das Heute und für den kommenden Tag.

Es ist Pflicht der Erwachsenen, den Kindern zur Selbstverwirklichung zu verhelfen, vor allem aber ihnen zu helfen, daß sie am Leben bleiben. Das Hintergrundmensch hat wahre Ungeheuer erzeugt: die Mittel der globalen Vernichtung. Die Vernunft fordert: Es gilt, schon die Möglichkeit einer augenblicklichen Vernichtung der Menschheit zu beseitigen, denn viel zu viel steht auf dem Spiel: das Schicksal der kommenden Generationen, die Fortsetzung des Lebens auf der Erde.

Die Kinder selbst entwickeln bereits ein Gefühl für die drohende Gefahr, sie spüren, daß der Kampf für eine friedliche Zukunft die Teilnahme aller erfordert. Das Wort "Friedensstifter" wird schon bei vielen mit dem Wort "Kinder" assoziiert. Ganz junge Bürger treffen sich mit Staatschefs, richten besorgte Briefe an sie.

Ja, heute reifen die Kinder schneller heran, sowohl körperlich als auch sozial. Dennoch bleiben sie Kinder. Und die Erwachsenen sind aufgefordert, sie zu schützen. Nicht nur am 1. Juni, dem Internationalen Tag des Kindes.

Im Zusammenhang mit dem bevorstehenden Tag möchte man an Maxim Gorkis Worte erinnern: "Die Kinder sind unsere Richter von Morgen, sie sind Kritiker unserer Ansichten und Schritte, das sind Menschen, die in die Welt hinausgehen, zur großen Arbeit des Aufbaus neuer Formen des Lebens." Möchte jemand von diesen Richtern verurteilt werden? Wäre es nicht die größte Sünde, die Bewegung der Generationen in die Zukunft, zu einer vollkommeneren Gesellschaft (wir glauben daran!) zu unterbrechen?

Mögen die Kinder das zu Ende führen, was die Erwachsenen nicht getan haben, mögen sie die Fehler der Erwachsenen korrigieren und weitergehen.

Mit besonderem Interesse verfolge ich den Prozeß der Beschleunigung bzw. Umgestaltung in Ihrem Land. Ich würde mich freuen, wenn Sie weiterhin viel über diese Entwicklung berichten könnten, so z. B. über die Umgestaltung der Rechnungsführung in Ihren Betrieben sowie über die Direktbeziehungen zwischen Betrieben unserer Länder. Matthias SCHINKE Berlin, DDR

Vor kurzem sah ich mir zwei sowjetische Filme an. Sogar die Stehplätze waren verkauft. Die Menschen lösten selbst für die erste Reihe Eintrittskarten. Und das, während in den USA die Kinos gewöhnlich nur zu 25 Prozent besetzt sind. Das Publikum applaudierte bei beiden Filmen. Die Amerikaner wollen mehr von der Sowjetunion wissen...

Charles OBLER Boston, USA

Wie einfach und klar ist der Artikel von Akademie-mitglied V. Goldanski "Wissenschaft und neues Denken" (Heft 18/87) geschrieben. Er will offenbar auch die jungen Leser ansprechen. Der Beitrag besticht durch seine Ehrlichkeit und Aufrichtigkeit.

Die jungen Menschen verfolgen alles, was sich in der Welt tut, sehr aufmerksam. Doch leider wurde in letzter Zeit zu viel ohne uns entschieden. Zwischen uns und der älteren Generation kam es zu einer Entfremdung. Zu Ihrer Überwindung werden, wie ich hoffe, die tiefgrifenden Änderungen, die sich in der UdSSR vollziehen, beitragen. Davor war auch auf dem 20. Kongreß des Leninschen Komsomol die Rede. Von ganzem Herzen unterstütze ich den Umbau. Ich möchte dazu meinen eigenen bescheidenen, doch konkreten Beitrag leisten.

Juri GUBSKI, Student Kiew, Ukr. SSR

DAS HAUPTZIEL DER POLITIK

Aus Michail Gorbatschows Reden bei seinem Rumänien-Besuch vom 25. bis zum 27. Mai 1987



Begrüßung in Bukarest

Foto: TASS

Wir haben unsere sowjetischen Interessen nie von den Gesamtinteressen der Gemeinschaft, des sozialistischen Weltsystems und der internationalen Arbeiterbewegung isoliert gesehen und tun das auch jetzt nicht, und umfassender gesagt auch nicht vom Wohlstand und Fortschritt der ganzen Menschheit.

Ich meine, daß sich so und nur so die Beziehungen zwischen den sozialistischen Staaten entwickeln können und müssen: völlige Selbständigkeit bei der Festlegung ihres politischen Kurses und gemeinsame Verantwortung für das Schicksal des Weltsozialismus, umfassender allseits nützlicher Erfahrungsaustausch und gleichberechtigte Kameradschaftliche Zusammenarbeit.

Wir sind weit von dem Gedanken entfernt, daß all unsere gemeinsamen Schritte stets erfolgreich gewesen wären und zum Erfolg geführt hätten. Doch das Eine kann man mit Bestimmtheit sagen: Wir leben und leben in der Sorge um den Frieden. Die Verhinderung eines Nuklearkrieges, die Rettung der Menschheit — das ist das Hauptziel unserer Politik.

Heute steht vor allen Ländern die Frage, wie sie die Kriegsgefahr abwen-

den können. Doch darauf werden verschiedene Antworten gegeben. Sicherheit durch Abschreckung, vor allem nukleare? So stellen die herrschenden Kreise der USA und die Führer einiger kapitalistischer Länder die Frage. Unsere Haltung ist eine prinzipiell andere — Sicherheit durch Bewegung auf eine Welt ohne Waffen und Gewalt.

Heute steht die Frage der Beseitigung der Mittelstreckenraketen in Europa auf der Tagesordnung. In ihren letzten Statements und in Gesprächen mit uns erklärten einige Staatsmänner von NATO-Ländern, die von der Sowjetunion vorgeschlagene radikale Lösung dieser Frage sei im Prinzip möglich. Doch dann tauchte eine Vielzahl von Vorbehalten auf. Man begann davon zu sprechen, es sei unmöglich, die Mittelstreckenraketen zu vernichten, ohne die Frage der operativ-taktischen Raketen parallel zu lösen. Als wir uns bereit zeigten, diese Waffenart zu vernichten, reagierten unsere westlichen Partner panisch und erklärten, man wolle sie der angeblich überwältigenden Überlegenheit des Warschauer Vertrages wehrlos ausliefern.

Dann wurde die Bedingung erhoben, auf die 100 Sprengköpfe zu verzichten, die entsprechend der Vereinbarung von Reykjavík im asiatischen Teil der UdSSR und in den USA verbleiben sollten. Vor einigen Tagen erklärten wir bekanntlich, daß auch dies nicht ausge-

schlossen sei. Doch auch danach werden diverse Hindernisse aufgebaut.

Zumindest jetzt müßte allen klar sein, wer für eine nukleare und wer für eine kernwaffenfreie Welt eintritt. Klar sein müßte auch, wie verlogen die von Antikommunisten verbreitete Behauptung ist, die sozialistischen Staaten verfolgten aggressive Absichten.

Die Völker haben das Recht, an diesem überaus verantwortungsvollen Wendepunkt zu verlangen, daß endlich das Katz-und-Maus-Spiel bei der Lösung einer so überaus wichtigen Frage wie der nuklearen Abrüstung, der Festigung von Frieden und Sicherheit in Europa beendet wird.

Niemand zweifelt daran, daß sich die Balkan-Länder noch sicherer und ruhiger fühlen würden, wenn die Ideen der Verwandlung dieser Region in eine atom- und chemiewaffenfreie Zone verwirklicht wären.

Hierzu gibt es Vorschläge Rumäniens und Bulgariens. Soweit wir wissen, stehen auch andere Staaten positiv dazu. In diesem Zusammenhang möchte ich erklären, daß die Sowjetunion bereit ist, die erforderlichen Garantien für die Nichtstationierung und den Nichteinsatz von Nuklear- und chemischen Waffen in dieser Zone zu geben. Ich meine, man sollte noch weiter gehen, indem die Balkanhalbinsel von allen ausländischen Truppen und Militärstützpunkten befreit wird.

Überlegungen zu der Deklaration von Delhi, ihrer Philosophie und Bedeutung

Anatoli KUZENKOW

Wohin geht die Menschheit, was erwartet sie und was muß man letztendlich tun, um ihre Zukunft zu sichern? Keine historische Epoche vor uns hat eine derart intensive Suche nach Antworten auf diese brennenden Fragen erlebt.

Vor Kurzem war ich mit einer Gruppe sowjetischer Wissenschaftler in Indien und konnte mich eingehend mit dem Standpunkt meiner indischen Kollegen zu diesen Fragen vertraut machen. Unsere Gespräche waren überwiegend vertraulich, so daß ich hier nicht den Gegenstand unserer Unterhaltungen darlegen, sondern eigene Überlegungen niederschreiben will, die unter dem Eindruck jener Begegnungen entstanden.

Zwei Ansätze

Unter den zahlreichen Ideen und Konzeptionen, die von Wissenschaftlern, Politikern und Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens zur Überwindung dieser Krise vorgebracht werden, lassen sich bei aller gebotenen Relativierung zwei wesentliche Tendenzen erkennen, eine traditionelle und eine innovative Tendenz.

Der traditionelle Ansatz basiert auf dem Dogma, das so alt ist, wie die Welt selbst: Wenn du den Frieden willst, bereite den Krieg vor. Viele glauben ernsthaft, daß der Frieden um so sicherer ist, je mehr Vernichtungswaffen auf der Erde angehäuft werden. Denn der gesunde Menschenverstand läßt Selbstmord nicht zu. „Abschreckungskonzeption“ und „Gleichgewicht des Schreckens“ werden damit legitimiert und heizen das weltweite Wettrüsten nur weiter an.

Der Mangel und die Gefährlichkeit des traditionellen Denkens liegt darin, daß es die wichtigste Aufgabe nicht lösen, die drohende Vernichtung der Weltzivilisation nicht beseitigen hilft. Es ist eher dazu angefan, das Risiko eines spontan ausbrechenden weltweiten thermonuklearen Konflikts zu erhöhen, und zwingt obendrein die Länder und Völker, einen zunehmenden Teil ihrer materiellen und

intellektuellen Ressourcen für den Rüstungswettlauf abzustellen. Diese Tendenz verschiebt praktisch die Lösung wichtiger globaler Fragen, wie Umweltschutz, Rohstoffe, soziale Probleme usw. auf unbestimmte Zeit. Diese Probleme spitzen sich zu und können die Menschheit ohne Krieg in die Katastrophe stürzen. So bitter es auch sein mag, muß man doch konstatieren, daß dieses traditionelle Denken in der heutigen Politik des Westens überwiegt.

Die innovative fortschrittliche Tendenz des Denkens kommt aus einer prinzipiell neugeordneten Welt, in der Abrüstung und internationale Zusammenarbeit sowie die Achtung des Krieges zum obersten Grundsatz erhoben werden.

Auf dem 27. Parteitag der KPdSU wurde eine einheitliche Konzeption für umfassende internationale Sicherheit vorgelegt. Sie begreift unseren Planeten als in seinen Wechselbeziehungen einheitliches Ganzes, in dem die Sicherheit eines Staates nicht auf Gewalt und Gewaltandrohung beruhen kann. Vollständige Sicherheit ist nur gemeinsam und für alle möglich.

Das sowjetisch-amerikanische Gipfeltreffen in Reykjavík hat uns allen vor Augen geführt, daß das sowjetische Friedensprogramm keine Utopie ist und daß praktische Vereinbarungen durchaus erreichbar sind. Es kommt jetzt nur noch darauf an, ob die USA und ihre Bündnispartner bereit sind, Realismus an den Tag zu legen.

Die Erarbeitung eines konstruktiven Beitrags zur Beseitigung der Kriegsgefahr hat mit der Deklaration von Delhi über die Prinzipien einer von Atomwaffen und Gewalt freien Welt eine neue Qualität erreicht. Die Deklaration von Delhi wurde am 27. November 1986 von Michail Gorbatschow und Rajiv Gandhi unterzeichnet.

Dieses Dokument ist in vieler Hinsicht bemerkenswert, zunächst einmal dadurch, daß es von zwei friedliebenden Staaten formuliert wurde, die unterschiedliche gesellschaftspolitische Systeme vorstellen. Ihm liegt die Prämissen von der Einheit der Menschheit und der Unzulässigkeit eines thermonuklearen Krieges zugrunde. Dieses Dokument steht für die Idee einer für alle gleichen Sicherheit auf der Grundlage der friedlichen Koexistenz und erkennt jedem Staat das Recht auf politische und wirtschaftliche Sicherheit zu. Die Deklaration von Delhi bringt Abrüstung, Ent-

wicklung und die Lösung weltweiter, menschheitsrelevanter Probleme in Übereinklang.

Appell an die Moral

In meinen Augen liegt die Leistung der Deklaration von Delhi darin, daß sie nicht nur an den Verstand appelliert, sondern auch an Emotionen und Moral der Menschen. Um mit Gorbatschows Worten zu sprechen, machte sie Schluß mit „der Abtrennung der Politik von menschlich-sittlichen Normen“. Sie rückte die Interessen der ganzen Menschheit und jedes Einzelnen ein für allemal in den Vordergrund. In Punkt zwei der Deklaration heißt es: „Das Menschenleben muß als das wertvollste Gut gelten“. Punkt sieben fordert die Garantie für eine harmonische Entwicklung der Persönlichkeit. Logisch folgt daraus, daß die Lebensgrundlage der menschlichen Gemeinschaft das Prinzip der Gewaltlosigkeit sein muß: „Philosophie und Politik, die auf Gewalt und Abschreckung, Ungleichheit und Unterdrückung, Diskriminierung aus Gründen der Rasse, der Religion oder der Hautfarbe basieren, sind amoralisch und unzulässig.“

Im Raketen- und Atomzeitalter ist eine Hinwendung zu Moral und Sittlichkeit so neu wieder nicht. Erstmalig durch die Deklaration von Delhi jedoch wurden moralisch-ethische Prinzipien zu einem anerkannten Bestandteil politischen Denkens.

In der geistigen Kultur der Völker der Sowjetunion und Indiens, der beiden Mitverfasser der Deklaration, ist die kompromißlose Suche nach dem Sinn des Lebens, nach der höheren Bestimmung des Menschen und der gesellschaftlichen Bedeutung seiner Gedanken und Taten tief verwurzelt. Was Rußland betrifft, möchte ich hier vor allem an Lew Tolstois leidenschaftliches Bekenntnis zu moralischer Vervollkommnung und Dostojewskis Idee der moralischen Obereinstimmung bei Zielen und Mitteln ihrer Verwirklichung erinnern.

Besonders kennzeichnend für die alte und vielfältige Kultur Indiens ist wohl die Relation zwischen menschlichem Vorgehen und moralisch-ethischen Leitsätzen bei hoher Verantwortung vor den lebenden und künftigen Generationen.

In die Deklaration von Delhi wurden aus dem reichen kulturellen Erbe beider Völker Wertvorstellungen übernommen, die für die Welt von heute unerlässlich sind.

Indem man die Konzeption einer atomwaffenfreien Welt um den moralisch-ethischen Aspekt erweitert hat, konnte man ihren Einflußbereich, ihren Einfluß auf gesellschaftliche Bewegungen und Organisationen erweitern, von denen viele moralisch oder religiös motiviert werden.

Gewaltlosigkeit ist nicht Stillhalten. Das Recht der Völker, ihren Entwicklungsweg frei zu wählen, die Prinzipien der friedlichen Koexistenz, die auch die Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten umfassen, die Respektierung ihrer Souveränität, die Unantastbarkeit ihrer Grenzen und die Heiligkeit des menschlichen Lebens, diese Prinzipien der Deklaration von Delhi ächten Gewalt und geben Völkern, Staaten und Einzelpersonen das Recht, der Gewalt aktiv entgegenzutreten und ihre Interessen zu verteidigen.

Seit der Unterzeichnung der Deklaration von Delhi ist ein halbes Jahr vergangen. Im Westen versucht man jetzt, ihre zehn Gebote als Utopie und Wirklichkeitsfremd abzutun.

Geschichte als Überwindung der Isolation

Zweifellos sind die Ideale und Prinzipien der Deklaration von Delhi heute noch weit davon entfernt, allgemein anerkannt oder gar verwirklicht zu werden. Gewalt ringsum. Trotzdem bin ich davon überzeugt, daß die Zukunft der Deklaration von Delhi und ihren Prinzipien gehören wird. Die Lebensfähigkeit fortschrittlicher Ideen läßt sich keineswegs direkt aus der Realität ableiten, die sie erst verändern müssen. Es dauerte immer mehr oder weniger lange, bis eine Idee vom Volk aufgegriffen wurde. Die Lebensfähigkeit jeder Idee muß sich daran messen lassen, inwiefern sie Bedürfnisse ihrer Zeit zum Ausdruck bringt. Betrachten wir die Deklaration von Delhi unter diesem Aspekt.

Die wichtigste Aufgabe des Dokuments besteht darin, die Menschheit vom Untergang zu erlösen, in den das atomare Wettrüsten sie hineinzieht, und die Ressourcen, die heute auf die Waffenproduktion verwandt werden, einzusetzen im Kampf gegen Armut, Hunger und Krankheiten, für den Schutz unserer natürlichen Umwelt. Die Deklaration von Delhi wendet sich an den einzelnen Menschen, an das Individuum, dessen Talent entwickelt und realisiert werden muß, und nicht unter unerträglichen Lebensbedingungen verschüttet oder im thermonuklearen Kriegsbrand vernichtet werden darf. Entspricht das etwa nicht den dringendsten Aufgaben unserer Zeit?

Nehmen wir einen anderen Aspekt: den Bezug der Deklaration von Delhi zu den historischen Realitäten, zunächst einmal zur Entwicklung der materiellen Grundlagen der menschlichen Zivilisation. Die moderne Kriegstechnik und die in Instituten und Labors geschaffene Technik droht den Menschen, ihren Erzeuger, zu überwältigen. Ursprüngliche Verteidigungswaffen des Menschen verwandeln sich in eine absolute Bedrohung seines Lebens. Weltraumwaffen sind so konzipiert, daß

sie ihren Einsatz selbst bestimmen. Die Technik aber ist herzlos und moralisch neutral. Sie menschlich machen, also ihr die Möglichkeit vorenthalten, die Menschheit zu töten, kann nur der Mensch, der sich selbst zum Menschen gemacht hat. Damit ist der Appell der Deklaration von Delhi an humane moralische Werte kein utopischer frommer Wunsch, sondern das gesetzmäßige Resultat des heutigen Abschnitts in der Entwicklung der Produktivkräfte und materiellen Grundlagen für die Existenz des Menschengeschlechts.

Auf der sozialen Ebene hat man sich die Geschichte der Menschheit als permanente Überwindung von Isolation vorzustellen, der Sippe, des Stammes, der nationalen und staatlichen Isolation, im Zuge eines ständig erweiterten Austauschs von Produkten der Arbeit, der Technik, der Ideen und Kulturwerte, als Herausbildung einer einheitlichen Menschheitsgemeinde mit gemeinsamen Interessen und Wertvorstellungen und mit einem gemeinsamen Schicksal. Die Erkenntnis dieser Gemeinsamkeit vertieft sich besonders angesichts des über allen hängenden atomaren Damoklesschwertes. Somit bezieht sich der in der Deklaration von Delhi enthaltene Aufruf an die Menschheit und an menschliche Wertvorstellungen, wie wir sehen, auf reale Prozesse in einer real existierenden Welt.

Zu den geistigen humanistischen Strömungen: Auf der Erde leben Tausende Völker und Völkerschaften mit unterschiedlichem Nationalcharakter. Sie gehören verschiedenen Religionen an und pflegen unterschiedliche Lebensformen. Diese Unterschiede waren nicht selten Ursache für Reibungen, Mißtrauen, Feindschaft und blutige Zusammenstöße. Auf der anderen Seite haben alle Nationalkulturen ohne Ausnahme einen gemeinsamen humanistischen Grundkonsens. Motive von Menschlichkeit und Mitleid, der Traum von Glück und Gerechtigkeit, ein System von Auffassungen und Normen, die die Einmaligkeit des Menschen und sein Recht auf Leben anerkennen, durchziehen Volkskunst, Literatur, religiöse und philosophische Schulen. Das Wesen des Humanismusbegriffs hat sich dabei natürlich weiterentwickelt. Zu Beginn unserer Geschichte ließ unser ferner Urahn den Wert menschlichen Lebens nur für die Mitglieder seiner Sippe oder seines Stammes gelten. Dem Humanismus waren relativ enge Grenzen seiner "Rechtsgültigkeit" gezogen. Diese Begrenzungen erweiterten sich im Lauf der Zeit. In dem Maße, wie sich die Menschgemeinschaft heraußbildete, erhielt der Artbegriff des Menschen weltweite Bedeutung und stieg der Wert des Individuums. Die Mißachtung humanistischer Traditionen in unserer Zeit birgt unberechenbare Gefahren für die ganze Menschheit in sich. Das wird in der Deklaration von Delhi berücksichtigt und artikuliert.

Der Gedanke einer atomwaffen- und gewaltfreien Welt, wie ihn die Deklaration von Delhi für alle hörbar verkündet, ist mehr als nur das gesetzmäßige Resultat eines viele Jahrhunderte dauernden Fortschritts der materiellen und geistigen Kultur, sich vervollkommnender Intelligenz und Gefühle des Menschen und der gesamten Menschheitsentwicklung, er ist der kategorische Imperativ, die conditio sine qua non für den Fortbestand des Menschengeschlechts. Die in diesem Sinne in Delhi unterzeichnete Deklaration verkörpert eine neue Denkweise und bietet eine neue Philosophie an, Prinzipien für ein neues zwischenmenschliches und internationales Miteinander. Sie ist ein richtungweisendes Dokument, und ich bin überzeugt, daß ihre Bedeutung noch zunimmt.

Konsequent und logisch

Damit ist noch nicht gesagt, daß der Weg der Deklaration von Delhi, bis sich ihre Prinzipien durchgesetzt haben, mit Rosen übersät ist. Damit sie zur Norm der internationalen Beziehungen werden, müssen alle Mitglieder der Weltgemeinschaft, allen voran die Großmächte, ihre Denkart radikal ändern, sich von gewohnten Dogmen lossagen, zumal im Handeln. Sie müssen den Widerstand jener Kräfte brechen, für die Gewalt nicht nur eine Kategorie des Denkens, sondern auch Richtschnur ihres Handelns ist, um bestimmte Ziele zu erreichen. Dazu reicht Überzeugung allein nicht aus, dafür müssen in der Welt Verhältnisse geschaffen werden, unter denen Gewaltmethoden eindeutig zum Scheitern verurteilt sind. Somit ist also nicht nur kollektives Nachdenken erforderlich, sondern bestimmte Mechanismen, die den Mißerfolg von Gewaltanwendung in der Politik garantieren. Wie diese Mechanismen aussehen und in welchem Zeitraum sie verwirklicht werden können, ist schwer zu sagen. Daß diese Mechanismen notwendig sind, und daß es sie geben wird, steht außer Zweifel, denn es gibt keine Alternative zum Frieden.

In seiner letzten Konsequenz bedeutet das, daß der Frieden zwischen den Völkern, der Frieden zwischen Staaten nur stabil sein kann, wenn er sich auf Gewaltlosigkeit im Innern jedes einzelnen Landes stützen kann. Aber, die Gewalt aus dem Leben einer konkreten Gesellschaft zu verbannen, ist eine noch schwerer zu lösende Aufgabe, denn Gewalt ist das Ergebnis von sozialen, von Klassenwidersprüchen, die man mit Deklarationen weder umgehen noch aufheben kann. Soziale Widersprüche hat es immer gegeben und wird es immer wieder geben, sie sind Ergebnis der gesellschaftlichen Entwicklung und zugleich Triebkraft dieser Entwicklung, die treibende Kraft der Geschichte.

GROSSBRITANNIEN

Wieder
Tories?

• DIE HAUPTRIVALEN IM WAHLKAMPF SIND DIE TORIES (REGIERUNGSPARTEI) UND DIE OPPOSITION: DIE LABOURS SOWIE EINE ALLIANZ DER LIBERALEN UND DER SOZIALEMOKRATEN.

Ebenso wie die vorangegangenen von 1983 werden die gegenwärtigen Parlamentswahlen um ein Jahr vorzogen (Margaret Thatcher steht dem konservativen Kabinett seit 1979 vor). Die Wähler haben 650 Mitglieder des Unterhauses zu wählen. Die Regierungspartei hat dort vorläufig ein Übergewicht von 141 Sitzen.

Nach Konsultationen mit ihren Ministern und einem traditionellen Besuch bei der Königin kündigte Mrs. Thatcher die Auflösung des Parlaments an. Allgemeine Wahlen sollen am 11. Juni stattfinden. Was bewog die Premierministerin zu diesem Beschuß? Wahrscheinlich doch die Ergebnisse der in England und

Wales vor kurzem abgehaltenen Wahlen zu den örtlichen Verwaltungsorganen, bei denen die Tories einen eindrucksvollen Sieg errangen. Ein weiterer Grund sind eine gewisse Belebung der Industrie und langsameres Anwachsen der Inflationsraten: günstige, wenn auch offensichtlich saisonbedingte Tendenzen in der Wirtschaft.

All diese "Pluspunkte" haben im Wahlmanifest der Regierungspartei selbstverständlich ihren Niederschlag gefunden. In ihren öffentlichen Ansprachen betonte die Premierministerin nicht ohne Stolz ihre "Siege über den Sozialismus", worunter sie die von den Tories betriebene Reprivatisierung der Wirtschaft meint. Gemäß diesem Kurs wurde etwa ein Drittel des staatlichen Sektors an Millionen Aktionäre übereignet.

In der Hitze der Wahlaktion kommen jedoch auch andere Ergebnisse der Wirtschaftspolitik der Tories ans Licht: mehr als 3 Millionen Arbeitslose, Hundertausende "neue Arme" und Obdachlose, eine Pleitenwelle, die chronische Stagnation in mehreren Zweigen der verarbeitenden Industrie. Viele Briten sind zudem über die militärischen Vorbereitungen der Regierung besorgt, die für die Stärkung des

britischen nuklearen Potentials und für das Konformgehen mit Washington eintritt.

Selbstverständlich nutzen die Oppositionsparteien die "Minuspunkte" der Tory-Politik aus. Die Labours versprechen, wenn sie an die Macht kommen, gleich in den beiden ersten Jahren die Arbeitslosigkeit um ein Drittel zu kürzen, die Sozialausgaben dagegen zu erhöhen. Das militärische Programm der Labours sieht vor, daß Großbritannien zwar in der NATO bleibt, aber auf Kernwaffen verzichtet und die US-Militärstützpunkte in England auflost. Die Labours schnitten bei den Munizipalwahlen schlecht ab, sind jedoch fest entschlossen, es mit den Tories in der diesjährigen Kampagne aufzunehmen.

Übrigens hat Kinnocks Partei Gegner auch in Übersee. Dem "Sunday Telegraph" zufolge sei Präsident Reagan ein in der NATO vorgefertigter geheimer Plan zugeleitet worden: Falls die Labours jetzt siegen, sei die britische Regierung zu stürzen. Die meisten Sorgen bereite der US-Administration die Aussicht auf den Abzug amerikanischer Basen und Rüstungen aus England und auf die von den Labours angekündigte kernwaffenfreie Politik. Deswegen enthalte der Plan eine ganze Kollektion von "Vorbeugemaßnahmen",

wonach die britische Regierung, noch ganz im Siegestaumel, fallen werden.

Ich weiß nicht, ob so ein Plan wirklich besteht, solcherlei "Entlarvungen" lösen in Großbritannien keine Sensation aus. Auf jeden Fall wurden mitten in der Wahlkampagne die Unzufriedenheit und die Drohungen an die Adresse der Labours publik gemacht, und das wird einige britische Wähler, denen die endlose "Hexenjagd" ohnehin auf die Nerven geht, sicherlich beeindrucken.

In Großbritannien gilt das Mehrheitssystem. Die Allianz kann wohl kaum damit rechnen, allein an die Macht zu kommen. Deshalb sprechen sich ihre führenden Politiker für eine Koalitionsregierung aus. In ihrem Manifest setzen sie sich für eine Reform der legislativen Macht und des Staatsapparates sowie für die Erweiterung von Bürgerrechten und Demokratie ein.

Meines Erachtens lohnt es sich nicht, die beharrlichen Prognosen einiger britischer Blätter unbesehn zu glauben, die Tories würden sowieso siegen. Immerhin sind 6 von je 10 Wählern gegen die Konservativen. Übrigens haben Experten aus der Forschungsfirma MORI errechnet: Wenn wenigstens zwei von je 100 heutigen Verehrern der Tories der Partei den Rücken kehren,

In der Unterzeichnung der Deklaration von Delhi durch einen Kommunisten, den führenden Politiker einer sozialistischen Weltmacht, sahen einige ausländische Kommentatoren fast eine Abweichung vom Marxismus-Leninismus, oder noch schlimmer, pure Heuchelei. Hierauf sollte man vielleicht ausführlicher eingehen.

Zunächst einmal muß man präzisieren, welche Art Gewalt in der Deklaration gemeint ist. Es geht um physische Gewalt, die Menschenleben gefährdet. Außerdem haben Marxisten die physische Gewalt nie verabsolutiert. Sie gingen und gehen von der vorzuziehenden Möglichkeit aus, selbst akute soziale Widersprüche, und sei es in Perioden sozialer Revolutionen, mit friedlichen Methoden zu lösen. Die progressiven und Befreiungskräfte haben physische Gewalt nicht nötig, sie können der Unterstützung des Volkes gewiß sein. Marx und Engels sahen die Möglichkeit vor, Kapitalisten durch Aufkauf ihres

Eigentums zu entledigen. Nach der Oktoberrevolution wandte sich die junge Sowjetmacht des öfteren an die gestürzten Klassen Rußlands und rief sie auf, sich dem Aufbau einer neuen Gesellschaft anzuschließen. Dafür wären ihre Kenntnisse, ihre Qualifikation und ihre Verbindungen nützlich gewesen. Bis in die Gegenwart entschied jedoch die Geschichte anders. Die gestürzten Klassen griffen mit ausländischer Hilfe zu den Waffen, um sich der neuen Macht zu widersetzen und den gesellschaftlichen Fortschritt zu verhindern. Die revolutionären Kräfte waren damit gezwungen, dieser Gewalt ihre eigene revolutionäre Gewalt entgegenzusetzen.

Im Verlauf der Entwicklung erwies sich die konterrevolutionäre Gewalt als historisch perspektivlos. Denn letztlich lösen fortschrittlichere gesellschaftliche Formationen überlebte Formationen ab, die die Entwicklung der Produktivkräfte fesseln. Wenn sich also

die abtretenden Klassen als historisch weitsichtig erweisen und das Streben ihrer Völker zu einer neuen sozialen Ordnung als unvermeidlich begreifen, muß es nicht zu physischer Gewalt kommen. Dann funktioniert die Gewalt der Vernunft. Eine solche Wendung der Ereignisse erfordert eine hohe politische Kultur und die Verankerung demokratischer Fertigkeiten und Prozeduren in der jeweiligen Gesellschaft. Ist derartiges real denkbar? Man sollte meinen, ja, denn die neue Denkweise, durch die praktische Notwendigkeit hervorgebracht, Frieden unter den Völkern zu wahren, wird sich auch auf andere Bereiche des Lebens und der zwischenmenschlichen Beziehungen auswirken.

Soweit ist alles noch Phantasie. Die Welt von heute kommt diesem Ideal nicht gerade sehr nahe. Letzten Endes wird aber Phantasie Realität, wenn die Menschheit den Willen zu leben in sich findet. Einen anderen Weg gibt es einfach nicht.

wird diese Partei keine Mehrheit erhalten, und wenn das 4 von je 100 tun, werden die Labours siegen. Warten wir also die Ergebnisse ab.
J. KUDIMOW

JAPAN

Seltsam,
aber wahr

MEINUNGSUMFRAGEN
ZEIGEN IMMER WIEDER,
DASS DIE MEISTEN JAPANER
FÜR DIE BEACHTUNG DER
VON DER REGIERUNG VER-
KÜNDETEN "DREI
NICHTNUKLEARPRINZIPIEN"
EINTRETEN. DOCH NUR SEHR
WENIGE ZWEIFELN DARAN,
DASS SICH NUKLEARWAF-
FEN TROTZDEM IM LAND BE-
FINDEN.

Dieses Problem ist um so aktueller, als die japanische Presse jetzt den Aufruf der Sowjetunion zur Vernichtung der Nuklearwaffen auf dem gesamten asiatischen Kontinent und zur Schaffung von kernwaffenfreien Zonen in der Region erörtert. Unterdes ist Japan besorgt über neue Meldungen, daß die "drei Nichtnuklearprinzipien" verletzt werden.

Die NZ berichtete bereits in Heft 16/87 über den sensationalen Fund, der einer Suchergruppe der Kommunistischen Partei Japans (KPJ) in Washington gelang. Sobald das Telegramm, das US-Außenminister Dean Rusk 1966 an den ehemaligen Botschafter in Japan, Edwin Reischauer, richtete, bekannt geworden war, begann die japanische Regierung das offensichtliche Vorhandensein einer "vertraulichen" Vereinbarung, die den Transit von Nuklearwaffen erlaubt, kategorisch abzustreiten. Obwohl die Echtheit des Telegramms nicht angezweifelt wird... bestätigte Reischauer eine solche Geheimvereinbarung und erinnerte sich sogar an ihm bekannte konkrete Fälle, als US-Schiffe mit Nuklearsprengköpfen an Bord japanische Häfen anliefen. Roger Garthoff, Ex-Berater des State Department, der



"Bin ich etwa schlechter als eine TV-Brücke? Auch ich verbinde schließlich Länder und Kontinente..."

Zeichnung: Wsewolod Arsenjew

1966 an der Formulierung von Rusk's Direktive beteiligt war, betonte, daß die Vereinbarung Washington-Tokio nicht nur den Transit von Nuklearwaffen ohne irgendwelche vorhergehenden Konsultationen erlaube, sondern auch deren ständige Stationierung auf japanischem Territorium ermögliche. Und Arthur Barber, damaliger Assistent des stellvertretenden US-Verteidigungsministers, behauptete, in den Hauptstädten beider Län-

der werde je ein Exemplar dieses Abkommens aufbewahrt.

Doch die Regierung streitet weiterhin alles ab. Das einzugeben würde bedeuten, das Gesicht zu verlieren, könnte zu einem Rücktritt der Regierung und zu Stimmenverlusten für die LDP führen.

Das Prinzip des Pentagon, das Vorhandensein von Nuklearwaffen auf amerikanischen Stützpunkten oder Kriegsschiffen "weder zu bestätigen noch

zu dementieren", sagt Tokio überaus zu. "Wir gehen davon aus, daß die USA unsere Nichtnuklearprinzipien respektieren. Sollten sie uns bitten, die Einbringung von Nuklearwaffen zu erlauben, werden sie eine Absage erhalten" — so lautet die Standardantwort auf Vorwürfe, Tokio wolle nicht für die effektive Einhaltung und die Überprüfung des Verbots für die Einbringung von Nuklearwaffen sorgen. Doch die Amerikaner werden

wohl kaum auf einmal um Erlaubnis bitten, wenn sie das bislang nicht gotten haben. Das Schweigen des Pentagon ist das Ergebnis beherrlicher Bitten der Regierungen jener Länder, die die Stationierung von Nuklearwaffen auf ihrem Territorium nicht erlauben wollen (das ergibt sich aus dem bereits vor zehn Jahren veröffentlichten Bericht des Kernenergieausschusses des US-Kongresses).

Anfang Mai entdeckten Vertreter der KPJ ein weiteres Dokument — ein Fotalbum der Besatzung des Flugzeugträgers "Midway", der seit 1973 Yokosuka als Heimat-hafen nennt. In diesem Album figuriert eine Sonderheit, zu deren Aufgaben die Wartung "geheimer Munition" gehört. Admiral a. D. Carroll,

ehemaliger Kommandant der "Midway", teilte mit: Mit der "geheimen Munition" seien Nuklearsprengköpfe gemeint, und die Einheit sei für deren Entgegennahme, Überprüfung und die Bestückung der Trägerflugzeuge verantwortlich.

Eigentlich kann man sich kaum denken, daß der Atomflugzeugträger seinen Heimat-hafen ohne seine wichtigsten Angriffswaffen, Nuklearsprengköpfe, anläuft. Die "Midway" aber lag seit 1983 fast die Hälfte der Zeit gerade in diesem Hafen. Und folglich sprechen die kommunistischen Parlamentsabgeordneten schon keineswegs nur vom Transit, sondern von der ständigen Stationierung von Nuklearwaffen in Japan.

W. OWSJANNIKOW
NZ-Korrespondent

Tokio

VERSTÄRKUNG DER US-MILITÄRPRÄSENZ IN DER REGION.

Es wurde bekanntgegeben, daß die US-Kriegsmarine im Persischen Golf und im Arabischen Meer von nun an in die "dritte Bereitschaftsstufe" versetzt ist und den Befehl hat, beliebige Flugzeuge und Schiffe, die "feindlicher Absichten" verdächtigt werden, zu vernichten.

PERSISCHER GOLF

Ein gefährliches Spiel

○ DER TRAGISCHE ZWISCHENFALL, DER SICH DIESER TAGE IM PERSISCHEN GOLF ABSPIELT (DIE US-FREGATTE "STARK" WAR AUS DER LUFT ANGEGRIFFEN WORDEN. 37 BESETZUNGSMITGLIEDER KAMEN UM), DIENTE ALS VORWAND FÜR EINE JÄHE

Präsident Reagan, der im US-Bundesstaat Florida bei der Beisetzung der umgekommenen Besatzungsmitglieder der "Stark" sprach, ließ sich unumwunden über das Recht der USA aus, im Persischen Golf zu "patrouillieren", und erinnerte daran, daß dies ja seit 1949 erfolgt, verstanden ja "... alle amerikanischen Präsidenten

„Er glaubt fest an sein Friedenskonzept...“

Italienische Journalisten über das Gorbatschow-Interview

Gerardo CHIAROMONTE,
Chefredakteur der "Unita":

Gorbatschow ist sehr herzlich und gelöst. Und auch darin ist er seinen Vorgängern so unähnlich. Er ist ein Mann, der nicht krampfhaft nach jedem Wort sucht... Die Antworten Michail Gorbatschows auf die Fragen nach seiner Bildung sind vielsagend. Infolge seiner Stellung "mußte" er sich mit Wirtschaftswissenschaft befassen, doch er hat auch eine Vorliebe für Philosophie und Literatur. Er ist sehr umfassend gebildet. Er verfolgt sehr aufmerksam das Weltgeschehen. So gesehen, erinnerte er mich einigen seinen Äußerungen nach an Enrico Berlinguer: durch sein Verständnis für die Interdependenz der Probleme der Welt, durch seine ständigen Warnungen vor der drohenden Möglichkeit eines nuklearen Infernos, möglicherweise ausgelöst durch ein Versehen; durch sein Verständnis dafür, daß es keine Sieger in einem solchen Krieg geben wird und folglich die Vernunft Oberhand gewinnen muß. Das sind die Probleme, über die er, wie man spürt, lange nachgedacht hat und zu denen er sich so aufrichtig äußert. Als ich ihm zuhörte, kam ich zu der

Überzeugung, daß das Treffen mit Reagan stattfinden wird. Und ich hatte den Eindruck, daß es gelingen wird, ein Abkommen zumindest über die Mittelstreckenraketen zu erreichen.

Gorbatschow handelt aus tiefer Überzeugung: Zweifellos ist er kein Schauspieler, er glaubt vielmehr fest an sein Friedenskonzept. Er ist fest davon überzeugt, daß die Erneuerung die unabdingbare Voraussetzung dafür ist, daß sein Land wieder weiter vorankommt; wahre Zivilcourage und tiefe Humanität bewegen ihn dabei. In dem Interview sagte Gorbatschow auch, er selbst mache eine "revolutionäre Umstellung" durch. Er spürt, daß hinter ihm die Kraft seiner Ideen steht.

Renzo FOA,
stellvertretender Chefredakteur der "Unita":

Ich will mit den ersten Minuten des Gesprächs im Arbeitszimmer des Generalsekretärs des ZK der KPdSU im Kreml beginnen. Gorbatschow, der 30 maschinengeschriebene Seiten in der Hand hielt, bemerkte so nebenbei, er habe nicht alle Fragen beantwortet.

„Sonst könnte ja das Interesse an dem nächsten Interview verlorengehen...“

Dann überreichte er dem gegenüber-sitzenden Chefredakteur der "Unita", Gerardo Chiaromonte, einen Stoß von Seiten und schaute, ob der Inhalt ins Italienische übersetzt war. Das war nicht der Fall, es gab nur einen russischen Text. Deshalb begann das Gespräch sozusagen aufs Geratewohl, doch Themen gab es genug.

In den letzten beiden Jahren gab der führende Repräsentant der Sowjetunion wenig Interviews, wobei er diese mit großem Takt zwischen den Zeitungen und Zeitschriften verschiedener Länder — Frankreichs, der USA, Indiens, Algeriens und der CSSR — verteilte. Die "Unita" sollte, wenn ich mich nicht täusche, das sechste Presseorgan sein — das absolut erste in Italien.

Es hatten sich viele Fragen angehäuft, und wir hatten eine endlos lange Liste neuer zusätzlich zu den 23 Fragen vorbereitet, die wir ihm vor einigen Wochen zur Beantwortung übergeben hatten. Das Treffen war für eine Stunde geplant...

Unser Gespräch verlief schnell, und Genrich Smirnow, der vorn am Tisch zwischen Gorbatschow und Chiaromonte saß, dolmetschte praktisch ununterbrochen. Pausen traten nicht ein. Der Generalsekretär des ZK der KPdSU antwortete gleich. Er zeigte sich in seinem Arbeitszimmer ebenso wie bei den wichtigsten Begegnungen in der Öffentlichkeit: lebendig und natürlich.

In den anderthalb Stunden kam nur einmal das Gespräch ins Stocken. Als ich ihn nach seinem Privatleben, nach seiner Lektüre und seinen Freizeitbeschäftigungen fragte, bemerkte Gorbatschow, daß

seit dem zweiten Weltkrieg die große strategische Bedeutung dieser Region". Er konnte sich auch folgender Passage nicht enthalten: "Wenn irgendeine feindlich gesinnte Großmacht irgendwann in dieser strategisch wichtigen Region und über ihre Ressourcen dominieren sollte, würde das die Freiheit unserer Verbündeten und unsere eigene ernstlich bedrohen." Im gleichen Geist war auch Reagans Rundfunkansprache an die Amerikaner gehalten, in der er die militärische US-Präsenz viele Tausende Meilen vor der amerikanischen Küste zu "rechtfertigen" suchte. Und der stellvertretende US-Außenminister Richard Murphy, der kürzlich eine Nahostreise beendete, verstieg sich sogar zu der Behauptung, ein amerikanisch-iranischer Krieg könne aus-

brechen. Allerdings beeilten sich Vertreter des Weißen Hauses, ihn zu desavouieren: Angeblich komme es Murphy in seiner Position nicht zu, solche Probleme zu erörtern! Doch sie mußten eingestehen, daß die Worte des Vizeaußenministers wie eine Drohung klingen.

Auch amerikanische Generale ließen sich nicht die Möglichkeit entgehen, an dem gefährlichen Spiel teilzunehmen. So beeilten sich General John Piotrowski, der das Vereinte Kommando der Luft- und Weltraumverteidigung Nordamerikas und das Weltraumkommando der USA leitet, vorzuschlagen, dabei Elemente von SDI einzusetzen! Der General erklärte entschieden, die Zeit sei gekommen, Radaranlagen zur ständigen Beobachtung des Persischen Golfs und anderer

Spannungsherde in den Weltraum zu bringen. Er rechnete sogar aus, daß ein solches aus 12-15 Funkmeßsatelliten bestehendes Beobachtungssystem nur 6-10 Md. Dollar kosten würde, also kaum teurer wäre als die heute verwandten AWACS-Flugzeuge, die die amerikanischen Steuerzahler 5 Md. Dollar kosteten.

Bislang greift das Pentagon noch nicht auf SDI zurück. Doch es weiß die Zeit zu nutzen. Der Flugzeugträger "Constellation" wird ins Arabische Meer verlegt, der mit 85 Kampfflugzeugen bestückt ist. Sie erhielten den Auftrag, das im Persischen Golf operierende US-Kriegsschiffsgeschwader zu schützen. Ohne die stark beschädigte "Stark" kreuzen dort jetzt sechs Kriegsschiffe,

noch vor kurzem waren es vier. Ferner wurde bekanntgegeben, daß an dem für August angesetzten Marine- und Heeresmanöver "Bright Star", das im Nahen Osten abgehalten wird, vier (1) amerikanische Flugzeugträgergruppen teilnehmen werden. Ziel des Manövers ist, die Eingreiftruppen der USA auf Kampfhandlungen unter den Bedingungen des Nahen Ostens vorzubereiten.

Bekanntlich haben Entwicklungen ihre Eigendynamik. Man kann sich kaum vorstellen, daß die Drahtzieher des tragischen Geschehens, das sich jetzt im Persischen Golf abspielt, das nicht wissen. Die Folgen einer kriegerischen Eskalation wären unvorhersehbar.

J. KORSCHUNOW

es bei ihnen nicht angebracht sei, derartige Themen zu berühren, doch nichtsdestoweniger antwortete er.

Das Interview dauerte etwas länger als anfänglich geplant, bis es schließlich — es war 12.30 — zu Ende ging. Gorbatschow stand ein offizielles Treffen mit dem führenden Repräsentanten Vietnams Nguyen Van Linh bevor. Wir konnten nur noch einen Händedruck wechseln.

Wir verließen den Kreml, ohne die schriftlichen Antworten des Interviews, auf das wir ein ganzes Jahr gewartet hatten, durchgelesen zu haben. Doch Material hatten wir schon — das anderthalbstündige Gespräch mit Gorbatschow und die Eindrücke von der Lebendkraft, die von ihm ausgeht, von der Energie, mit der er uns ansteckte. Natürlich wäre es merkwürdig, etwas anderes von Gorbatschow zu erwarten, der jetzt schon zwei Jahre versucht, ein Land wie die UdSSR in Bewegung zu bringen, dessen Mechanismen durch Konformismus und Bürokratie blockiert sein sollte.

Wir mußten uns noch eine halbe Stunde gedulden, bis wir die Moskauer Wohnung des ständigen "Unita"-Korrespondenten Chiesa erreichten, wo gleich drei Übersetzer auf uns warteten. Am meisten interessierten uns die Antworten auf die Fragen nach der Demokratie und zur Tschechoslowakei.

Und hier die Antworten. Zur Tschechoslowakei — das Wesen des Problems wird nicht berührt. Die Antworten zur Demokratie — ihnen sind viele Absätze gewidmet — faszinieren. Der Übersetzer liest: "Ohne Demokratie gibt es keine Initiative... gibt es keine soziale

Gerechtigkeit..." Das steht völlig im Gegensatz zu dem, was wir im Laufe vieler Jahre gehört haben. "Wahre Demokratisierung kann dem Sozialismus keineswegs schaden." Und hier ein neues Konzept — möglicherweise mehr mit Hinblick auf die anhaltende Diskussion in der UdSSR. "Die Demokratisierung hat einen eigenen Wert."

Wir suchen die Antwort auf die Frage nach dem Widerstand gegen den Umbau, wovon bereits die Rede im Kreml gewesen war, doch wir möchten mehr erfahren. Der Übersetzer fährt fort: "Es wäre zumindest unrealistisch zu meinen, daß eine so bedeutende, revolutionäre Wende ... leicht verläuft. Ich möchte betonen, daß der Umbau ein langwieriger und schwieriger Prozeß ist." Davon spricht Gorbatschow offen.

Er bestätigt den klaren Eindruck, von dem viele schrieben und weiter schreiben. Ich selbst konnte mich davon 15 Tage zuvor überzeugen, als ich in Moskau zu dem Gespräch mit Gorbatschow, das zunächst auf Freitag, den 8. Mai, angesetzt worden war, und zuvor noch zur Teilnahme an dem internationalen Treffen, das die "Prawda" anlässlich des 75. Gründungsjahres der Zeitung organisierte, eintraf.

Das Treffen begann am Sonntag morgen, doch ich war am ersten Tag nicht dabei. Und da mußte ich mich in eine Polemik mit einem unbekannten Deutschen einlassen. Doch abends hörte ich von meinem "Prawda"-Kollegen, ich hätte schärfer polemisierte und selbst sie, die sowjetischen Journalisten, kritisieren sollen, da der Umbau zu langsam vorankomme. Eine interessante und sehr aufschlußreiche Episode, wenn

davon gesprochen wird, wie die Atmosphäre dieser Tage in Moskau ist.

Die Bitte an Gorbatschow, uns ein Interview zu gewähren, hatte zuerst das Mitglied der Leitung der IKP Emanuele Macaluso vorgetragen, der mit dem neuen Generalsekretär des ZK der KPdSU bei der Beisetzung Konstantin Tschernenkos zusammengetroffen war, dann äußerte ein Jahr später Chiaromonte offiziell die gleiche Bitte. Die Antwort: Dieser Wunsch möge offiziell formuliert werden.

Einige Monate später wurde grünes Licht gegeben. Schriftliche Fragen wurden präsentiert. Ein Vorsignal wurde im Dezember 1986 gegeben. Dann folgten zusätzliche Fragen. Doch im Januar 1987 wurde das Interview verschoben.

Im April folgte ein weiteres Signal, und ein Endtermin für das Treffen wurde festgesetzt — in der kommenden Woche, bis zum 3. Mai. In Moskau wurde sogar Freitag der 1. Mai genannt. Doch am Dienstag wurde alles um eine Woche verschoben. Dann noch einmal um drei Tage, bis zum Montag. Diesmal war alles ziemlich klar. Als Chiaromonte und ich in der zweiten Hälfte des Donnerstags aus Rom eintrafen, begegneten wir zufällig auf der Straße dem Assistenten des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Anatoli Tschernjakow, der uns mitteilte, alles sei bereit für das Gespräch am nächsten Nachmittag. Nichtsdestoweniger diskutierte Gorbatschow zu dieser Stunde immer noch mit Chirac die Raketen in Europa.

Kurz gesagt, die komplizierte Geschichte eines komplizierten Interviews...

DIE BONNER TORWARTE, oder die Angst der CDU-CSU vor der Abrüstung

Nikolai PORTUGALOW

Der Titel des Romans des österreichischen Schriftstellers Peter HANKE „Die Angst des Tormannes beim Elfmeter“ wurde in der bundesdeutschen politischen Presse zu einem Begriff, der unüberwindliche irrationale Angst kennzeichnet. Und nun schreibt die liberale und linke Presse in der BRD dieser Tage von der „Angst der CDU/CSU vor der Abrüstung“. Diese Angst nimmt sich auf den ersten Blick fürwahr irrational aus.

Ein neuer Suppenkaspar?

Die Haltung der Bonner Christdemokraten zu den Problemen der europäischen Abrüstung, vor allem zur Reduzierung und anschließenden Beseitigung der auf dem Kontinent stationierten Nuklearwaffen, verschlägt selbst abgebrühten Beobachtern die Sprache. Noch nie waren aus Bonn — genauer gesagt aus dem Bundeskanzleramt sowie dem Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, diesen Domänen der CDU/CSU als des Seniorpartners der Regierungskoalition — so viele unklare, wortreiche und zweideutige Erklärungen zur nuklearen Abrüstung in Europa zu vernehmen. Noch nie aber konnten all diese Wortschnörkel das, was eindeutig dahinter steht, verbergen — „wir wollen keine nukleare Abrüstung in Europa, erst recht keine ‚doppelte Null-Lösung‘“, d. h. die Beseitigung der Mittelstreckenraketen sowohl größerer (LRINF) als auch kürzerer Reichweite (SRINF) mit einem Radius von 500 bis 1000 km. Ebenso wie der Suppenkaspar, der seine Suppe partout nicht essen wollte und letztlich verhungerte.

Ein derartiges trauriges Schicksal droht der CDU/CSU einstweilen nicht, doch trotzdem ist die „Angst vor der Abrüstung“ für die Konservativen mit gewissen Unannehmlichkeiten verbunden. Sie sind schon jetzt nicht gerade zu beneiden. Angefangen damit, daß es eine Mehrheit für die nukleare Abrüstung jetzt schon nicht nur bei der BRD-Bevölkerung (wie Meinungsumfragen immer wieder demonstrieren) gibt, sondern auch im Bundestag: Die Oppositionsparteien — die SPD und die Grünen — lassen daran keinen Zweifel, und die Freien Demokraten, der Juniorpartner der CDU/CSU, unterstützen einmütig ihren Außenminister Hans-Dietrich Genscher, dessen Sympathie für die „doppelte Null-Lösung“ selbst die verständlichen Erwägungen der Koali-

tionspartei nicht zu verbergen vermögen. Unlängst wurde der CDU/CSU auch eine klare innenpolitische Lektion verpaßt: Unmittelbar vor den Landtagswahlen in Hamburg und in Rheinland-Pfalz hatte Bundeskanzler Kohl vorgeschlagen, die Verhandlungen über alle Arten von Nuklearraketen in Europa zu einem Paket zu schnüren. Natürlich ist das eine ganz andere Verhandlungskonzeption, die greifbare Ergebnisse auf den Sankt-Nimmerleins-Tag hinausschieben würde. Ganz zu schweigen davon, daß der sowjetische Plan für die Beseitigung aller Nuklearwaffen in Europa nach wie vor auf dem Tisch liegt und bislang unbeantwortet ist.

Die Rechnung ließ nicht lange auf sich warten: Am 17. Mai mußte die CDU bei den Landtagswahlen in Hamburg und in Rheinland-Pfalz schwere Verluste hinnehmen.

Jetzt ist in politischen Kreisen der BRD die Meinung verbreitet, eine weitere „Nachrüstung“ bei einer beliebigen Kategorie von in der BRD stationierten Nuklearraketen — und gerade darauf laufen so oder so alle Bonner „Korrekturen“ an dem Plan für eine Beseitigung der Mittelstreckenraketen hinaus — würde die CDU dem Willen der überwiegenden Bevölkerungsmehrheit entgegenstellen.

Und doch beharren die Bonner Christdemokraten auf dem Ihnen. Mehr noch. Die Hartnäckigkeit der CDU hat die BRD in der NATO fast völlig in die Isolation getrieben: Alle europäischen NATO-Staaten, mit Ausnahme Frankreichs, sprechen sich für eine „doppelte Null-Lösung“ in Europa bei den LRINF wie bei den SRINF aus. Unlängst plädierte, wenn auch mit Vorbehalt, selbst London für diese Variante. Was aber Paris angeht, so nützt dessen Sympathie der CDU wenig: Auf französischem Boden gibt es keine US-Raketen, niemand gedankt sie dort zu stationieren, und in Paris wäschte man sozusagen die Hände in Unschuld, während man Bonn lau unterstützt. Doch vor allem — geriet die BRD unter der Macht solcher „Freunde Amerikas“ wie der Christdemokraten wohl erstmals in ihrer Geschichte in militärischen Fragen in Widerspruch zum „großen Bruder“ USA. Und das in einem Augenblick, da das Weiße Haus offenbar endlich zur gemeinsamen Suche nach einem beiderseits annehmbaren Kompromiß bereit ist, der zum ersten Mal in der europäischen

Nachkriegsgeschichte zu einem konkreten und bedeutenden Schritt bei der nuklearen Abrüstung führen würde. Fürwahr ernste Gründe muß die CDU/CSU haben, um diesen positiven Prozeß zu bremsen und dadurch gleichzeitig die Fundamente der eigenen Herrschaft im Lande und die Stabilität im westlichen Bündnis zu erschüttern.

Man könnte wie gewohnt den Kurs der CDU/CSU als Bündnis der Bonner Aufrüster sowie der Falken aus dem Pentagon und der militärischen Führungsspitze der NATO, die die „doppelte Null-Lösung“ nur widerwillig schlucken, interpretieren. Man könnte an ein Spiel mit verteilten Rollen denken, da viele der für Moskau unannehbaren amerikanischen Forderungen bei den Genfer Verhandlungen über die LRINF stark an die Bonner Pläne für eine „Nachrüstung“ bei den SRINF erinnern. Man denke da nur an den Plan, die Pershing 2 in Pershing 1 mit geringerer Reichweite umzurüsten (was Experten zufolge so und auch umgekehrt nicht mehr als 48 Stunden dauern würde) oder an den Plan, in der BRD Cruise Missiles größerer Reichweite, bei denen die nuklearen durch konventionelle Sprengköpfe ersetzt wären, beizubehalten (was absolut nicht zu verifizieren wäre). Und doch wäre das eine zu einfache, zumindest unvollständige Erklärung. Betrachten ja die Amerikaner jetzt die Erreichung einer „doppelten Null-Lösung“ bei den LRINF und den SRINF als Verhandlungsziel (anders als Bonn, das diese Verhandlungen nicht führt, mit dieser Zielsetzung aber nicht einverstanden ist). Wie unterschiedlich die Positionen der Seiten auf der einen oder anderen Etappe der Verhandlungen auch sein mögen, wichtig ist ihre Kompromißbereitschaft. Und die ist bei den LRINF-Verhandlungen offenbar gegeben.

Argumente gegen die „Null“

Bevor wir versuchen, dieses Rätsel zu lösen, wollen wir eingehender die Elemente der Haltung Bonns, d. h. der CDU/CSU, in der Frage der LRINF, der SRINF und bei den Nuklearwaffen in Europa allgemein behandeln. Bekanntlich hatte die CDU/CSU nur widerwillig der „Null-Lösung“ bei den LRINF zugesagt, nachdem das Paket von Reykjavik in Moskau aufgeschnürt worden war — und das nicht ohne den Druck der USA. Dafür brach in der CDU/CSU sich ein wahrer Sturm los, als Michail Gorbatschow im April in Prag vorschlug, auch die Mittelstreckenraketen kürzerer Reichweite in Europa zu beseitigen. Die „doppelte Null-Lösung“ stieß gleich auf entschiedenen Widerstand. Die Christdemokraten zögern von ihren Schaltstellen

in Bonn aus entgegen den eindeutigen Empfehlungen Genschers bislang eine Entscheidung hinaus, wobei sie zu verstehen geben, daß der Vorschlag ihnen mißfällt. Kurz gesagt, die NATO marschiert nicht im Gleichschritt...

Siebt man das Wichtigste aus den endlosen mehr oder weniger glaubwürdigen Bonner Informationslecks heraus, dann zeichnet sich folgendes Bild ab: Die CDU/CSU möchte nicht nur ihre 72 Pershing 1A mit einer Reichweite von ca. 750 km (die Nuklearsprengköpfe dazu befinden sich auf BRD-Territorium "unter Verwahrung" der Amerikaner) beibehalten und modernisieren, sondern dazu noch eine gewisse Zahl (man spricht von 40) US-Raketen der gleichen Kategorie erhalten — wohl eben jene "verkürzten" Pershing 2, d. h. nach dem erwähnten einfachen Rezept in Pershing 1B umgerüstete Missiles. So schlägt die CDU/CSU statt der Beseitigung einer ganzen Rüstungskategorie (gegenwärtig besitzt die NATO außer den 72 Bonner Pershing-1A-Raketen keine anderen SRINF in Europa) eine weitere "Nachrüstung" des Westens in dieser Kategorie vor.

Und schließlich schießen bei den nuklearen Gefechtsfeldwaffen (Reichweite bis 500 km) die „Nachrüstungs“-Pläne mächtig ins Kraut. Sollten die Amerikaner doch ihre nuklearen Sprengköpfe zu den bundesdeutschen Pershing 1A (die angeblich als "Waffen einer dritten Seite" nicht Gegenstand der Verhandlungen in Genf sein können) abziehen, so erhofft sich die CDU einen soliden Ausgleich bei den Kurzstreckenraketen, vor allem gut 100 modernisierte Lance-Raketen mit einer Reichweite bis 400 km zur Stationierung bei US-Einheiten in der BRD wie bei der Bundeswehr.

Mit welchen Argumenten nun sucht man im Bundeskanzleramt und im Verteidigungsministerium die angebliche Notwendigkeit einer solchen Orge der "Nachrüstung" zu begründen? Führen wir die Hauptargumente an:

— die Schwächung, vielleicht gar der Verlust der berüchtigten Verkammerung mit den USA, d. h. der amerikanischen Nukleargarantien, bei einer Beseitigung der SRINF in Europa;

— bei einer Verschrottung der SRINF würden in Europa auf beiden Seiten allein Kurzstreckenraketen bleiben, die nur auf dem Territorium der BRD und der DDR eingesetzt werden könnten. Das dürfe nicht zugelassen werden;

— bei der angeblich bestehenden Oberlegenheit der Länder des Warschauer Vertrages bei den Kurzstreckenraketen, den Streitkräften und den konventionellen Rüstungen sowie bei den chemischen Waffen sei eine "Nachrüstung" der NATO bei den Kurzstreckenraketen unbedingt erforderlich. Zudem müßten aus den gleichen Erwägungen heraus die konventionellen und die chemischen Waffen in den Abrüstungsprozeß in Europa einbezogen werden;

— und schließlich seien die sowjetischen Mittelstreckenraketen kürzerer Reichweite klein und mobil, sie könnten leicht verlagert und der Kontrolle entzogen werden. Deshalb sollten sie nicht nur in Europa, sondern "global" beseitigt werden.

Urschwer kann man sich von der Schwäche dieser Argumente überzeugen, selbst wenn man daran nur mit den strategischen Kriterien der NATO herangeht. Bekanntlich hieß es, die Pershing 2 und die Cruise Missiles in Europa seien allein durch ihre Fähigkeit, Ziele auf sowjetischem Territorium zu treffen, ein Unterpfand für die amerikanischen Nukleargarantien. Jetzt halten es die USA und die meisten NATO-Länder für möglich, ohne die amerikanischen LRINF auszukommen. Was sollen sie dann mit den SRINF, die sowjetische Ziele nicht erreichen können? Zudem versichert Washington seinen Verbündeten, seine Garantien würden ebenso wie das Funktionieren des Mechanismus der "flexiblen Antwort" durch ihre 4600 Atomsprengköpfe auf den Forward Based Systems der USA in Europa und durch die amerikanischen Divisionen auf dem Kontinent gewährleistet.

Kurs auf Sabotage

Die Forderung nach globaler Beseitigung der SRINF ist ein Element der amerikanischen Haltung bei den Verhandlungen in Genf und wird in der NATO von allen Anhängern der "doppelten Null-Lösung" unterstützt. Die sowjetische Seite vertritt einen anderen Standpunkt, wobei sie betont, daß ihre Raketen in Asien das Gegengewicht zu dem starken US-Nuklearpotential im asiatisch-pazifischen Raum bilden. Doch

Zeichnung aus: „Der Spiegel“ (BRD)



hierbei haben beide Seiten zumindest das gleiche Ziel vor Augen — eine weltweite Beseitigung der LRINF und der SRINF. Ebendeshalb kann man damit rechnen, daß in Genf ein entsprechender Kompromiß erzielt wird. Bonn aber nutzt diese Forderung, um eine Vereinbarung zu hinterreiben, der im Grunde die USA und die anderen Verbündeten zustimmen. Zeugt das nicht vom Fehlen guten Willens?

Folglich entbehren selbst nach NATO-Kriterien die überzogenen Forderungen Bonns jeder Grundlage. Und schon ganz heuchlerisch nehmen sie sich aus, wenn man die nach Reykjavik vorgenommenen Korrekturen an der sowjetischen Haltung zu Fragen der nuklearen Abrüstung berücksichtigt. Die Sowjetunion stellt in Rechnung, daß sich nicht nur politische Kreise, sondern auch recht breite Schichten der Öffentlichkeit in Westeuropa nur sehr langsam an die Idee eines kernwaffenfreien Kontinents gewöhnen und, da sie noch von den Konfrontationsklischees befangen sind, "Abmachungen der Großmächte auf ihre Kosten" befürchten. Die UdSSR ist Westeuropa entgegengekommen: "Als der Wunsch, besonders der westeuropäischen Länder, deutlich wurde, daß wir einer Herauslösung der Beseitigung der Mittelstreckenraketen größerer Reichweite aus dem Gesamtpaket zustimmen, haben wir das getan; als Unruhe im Zusammenhang mit dem Ungleichgewicht bei den Mittelstreckenraketen kürzerer Reichweite auf dem europäischen Kontinent laut wurde, haben wir der vollständigen Beseitigung der sowjetischen und der amerikanischen Waffen dieser Kategorie in Europa zugestimmt" (Michail Gorbatschow. Antworten auf Fragen der Redaktion der Zeitung "l'Unita").

Hierzu kommt noch, daß die sowjetische Seite das britische und das französische Nuklearpotential ausklammerte und einstweilen auf die Erörterung der Frage der amerikanischen Forward

Based Systems, die in ihrer Mehrheit Systeme mittlerer Reichweite sind, verzichtete.

Doch auch das ist noch nicht alles: Das Propaganda-Zerball von der "Überwältigenden Überlegenheit" des Warschauer Vertrages bei den konventionellen Waffen ist offenbar schon fest zu einem Glaubensgrundsatz der Westeuropäer geworden. Und das, obwohl es unzählige Äußerungen westlicher Experten gibt, die diese Behauptung entschieden ablehnen.

Nuklearer Minderwertigkeitskomplex

"Wir lassen allest spitze Gallierchiffern und düster-deutschen Genius..." (Alexander Blok). Diese Worte des Dichters beschreiben die entstandene Lage nur ungefähr. Mit den "Gallierchiffern", die diesmal vielleicht nicht ger so spitz sind, ist alles im Grunde klar. Auf einen kurzen Nonner gebracht, kann man sagen, daß Paris die Gewähr seiner strategischen Unabhängigkeit im bundesdeutschen nuklearen Verfeld sieht — in einer mit US-Nuklearwaffen gespickten Bundesrepublik. Das ist zwar nicht sonderlich weitsichtig und recht egoistisch, doch eine gewisse Logik hat das. Trotz der Freundschaft mit Bonn befürchtet man in Paris vor allem, die Bundesdeutschen würden dieses Modell als nicht im eigenen nationalen Interesse liegend ansehen. Nicht von ungefähr beginnt sich die große französische Presse, angeführt vom renommierten "Monde", über jede Bonner Ente, sollte sie irgendwelche Befürchtungen über ein "neues Rapallo" wecken, auszulassen. Wohin aber sich der "düster-deutsche Genius" bewegt (gemeint ist hier das politische und strategische Denken in der CDU/CSU), das soll hier eingehender betrachtet werden.

Eine Analyse der bundesdeutschen Presse und der Äußerungen einiger christdemokratischer Politiker, vor allem vom rechten Flügel der CDU/CSU — eben jener "Stahlhelmfraktion", deren Mitglieder dem "Stern" zufolge den Stahlhelm selbst bei warmem Wetter nicht abnehmen —, ruft in diesem Zusammenhang Besorgnis hervor. Es entsteht der Eindruck, daß sich die CDU/CSU ganz bewußt auf eine „begrenzte Konfrontation“ mit Washington eingelassen hat, um größere Selbständigkeit in Verteidigungsfragen zu zeigen. In christdemokratischen Kreisen wird die Lösung eines künftigen Europas als einer "dritten Kraft" zwischen der UdSSR und den USA modisch, und zu einem der Hauptelemente dieser "dritten Kraft" soll, wie die "Stahlhelmfraktion" meint, die BRD werden. Deshalb strebt sie auch so danach, auf eigenem Territorium eine "nukleare Abschreckung" zu besitzen, bei der die Raketen in eigener, die Sprengköpfe in amerikanischer Verfügungsgewalt wären.

Doch etwas anderes sind die möglichen Ansprüche Bonns (genauer gesagt, der Bonner Rechten) auf einen quasi-nuklearen Status im Rahmen dieser Struktur und auf eine künftige "Gleichstellung" mit den europäischen Nuklearmächten Großbritannien und Frankreich. Das sind keine übertriebenen Angst. Wenn die CDU/CSU bereits jetzt dazu neigt, die US-Sprengköpfe zu den Pershing 1A der Bundeswehr als ihren Besitz zu betrachten — was wird dann erst nach einer von der CDU/CSU geplanten "Nachrüstung" bei den SRINF und den Kurzstreckenraketen sein? Und gedenkt die BRD nicht, so wie das die Politiker der "Stahlhelmfraktion" möchten, sich nach Ausrüstung der Bundeswehr mit Pershing 1B, modernisierten Lance-Raketen und Patriot-Luftabwehraketen dann auch einer Euro-SDI anzuschließen und schließlich den Rüstungsstand des 21. Jh. zu erreichen? Und folglich, ohne formell ihren Selbstverzicht auf Nuklearwaffen aufzugeben, den Status einer militärischen Großmacht zu erlangen, die Gebietsansprüche an ihre Nachbarn stellt?

Sicher werden da wütende Dementis aus dem Lager der CDU/CSU kommen, doch die sowjetische Öffentlichkeit hat durchaus Grund zu solcher Besorgnis. Man braucht da nur ein Arbeitspapier der CDU/CSU-Faktion zu studieren, in dem die Forderung erhoben wird, die Wiedervereinigung Deutschlands in die Abrüstungsgespräche (?!?) der Großmächte aufzunehmen.

Wie soll das „europäische Haus“ aussehen?

Auch daß man Europa die Rolle einer "dritten Kraft" zuweisen will, kann Besorgnis wecken. Was für ein Europa ist da gemeint? Nur Westeuropa, ein Kleineuropa? Für eine „dritte Kraft“ ist es natürlich zu schwach. Doch es sieht ganz danach aus, als sei für gewisse führende BRD-Politiker die "dritte Kraft" identisch mit eben jenem „freien Europa“, in dem die „Selbstbestimmung der Deutschen“ verwirklicht würde und in dem es offen gesagt Platz weder für die DDR noch für die sozialistische Gesellschaftsordnung in den anderen osteuropäischen Staaten gäbe. Eben so stellt man sich in der CDU/CSU den Bau des "gemeinsamen europäischen Hauses" vor (ein Begriff, der unterdes offiziell von Bonn unterstützt wird): den osteuropäischen Gebäudeflügel abzutragen und ihn erneut als Kopie des westlichen Teils herzustellen. Aussichtslos und gefährlich wäre das! Wollen die Bundesdeutschen das wirklich?

Nein, in unserer Vorstellung würde das "gemeinsame europäische Haus", dessen Fundament bei dem Helsinki-Prozeß gelegt wird, anders aussehen. Vor allem, was die Sicherheit seiner Bewohner angeht. Die Befreiung zumindest seines Mittelteils von allen Arten

der Nuklearwaffen und von den destabilisierenden Arten anderer reiner Offensivwaffen, die Schaffung der Voraussetzungen, um Überraschungsangriff unmöglich zu machen, sowie die Annahme neuer, weitgehender vertrauensbildender Maßnahmen. Der unlängst bekanntgegebene "Jaruzelski-Plan" liefert eine gelungene Skizze dieser Etappe des Baus.

Der weitere Bau und die Fertigstellung des "gemeinsamen europäischen Hauses" würden neue Möglichkeiten eröffnen, die, wie ich meine, die Bundesdeutschen erfreuen sollten. Um den Vergleich fortzuführen, sei gesagt, daß jeder Bewohner dieses Hauses zweifellos voll und uneingeschränkt Herr in seiner Wohnung wäre. Der Umfang und der Charakter der freundschaftlichen Beziehungen zwischen den einzelnen Hausbewohnern aber würden dabei von ihren Interessen, darunter spezifischen, von den gegenseitigen Sympathien diktiert werden. Man kann sich unschwer vorstellen, daß die Bewohner der beiden — souveränen und unabhängigen — "deutschen Wohnungen", wenn auch jeder auf seine Art leben würde, doch miteinander sehr enge Beziehungen unterhalten könnten, um so mehr, da sie ja die gleiche Sprache sprechen. Und dann würde auch die Zeit kommen, die Wohnungen im Mittelteil des Hauses endlich von den fremden Militärquartieranten zu befreien.

Vor nicht allzu langer Zeit sagte Franz-Josef Strauß in seiner traditionellen Aschermittwochrede: "... Wenn Gorbatschow sich durchsetzen kann, bringt ein Frühling für Europa und die Welt an." Von Strauß derartiges zu hören, kam doch ziemlich unerwartet. Deshalb wäre es um so interessanter, wenn der bayerische Ministerpräsident seinen Gedanken weiterentwickeln und ausführen würde, wie er selbst sich das Leben der Bewohner des "gemeinsamen europäischen Hauses", darunter auch das der Deutschen, vorstellt. Wir zumindest haben dazu bestimmte Vorstellungen.

* * *

Als diese Zeilen geschrieben wurden, trafen Meldungen aus Bonn ein, daß die Erarbeitung der endgültigen Haltung der BRD zur Beseitigung der LRINF und der SRINF in Europa noch nicht abgeschlossen sei, einigen Anzeichen zufolge die Bundesregierung doch der Annahme der "doppelten Null-Lösung" zuneige und gedenke, ihre Einwände auf der am 12. Juni bevorstehenden NATO-Ratstagung in Reykjavik zurückzunehmen. Am 4. Juni wird Kanzler Kohl erneut eine Regierungserklärung zu dieser Frage vor dem Bundestag abgeben. Man möchte hoffen, daß Weitsichtigkeit, Realismus und guter Wille die Oberhand gewinnen und die Bundesrepublik ihren konstruktiven Beitrag zu einem ersten bedeutsamen Schritt auf dem Weg zur nuklearen Abrüstung in Europa leisten wird.

Wie der Frieden ein Stück näherrückt

Praktische Chancen einer politischen Regelung des längsten Regionalkonfliktes

Alexander SOTOW

Viele Nahostexperten können schon nicht anders, als auf den Gedanken an eine mögliche Regelung in der Region skeptisch zu reagieren. Weder sporadische Erklärungen führender Politiker einiger in den arabisch-israelischen Konflikt verwickelten Länder, sie seien (unter bestimmten Bedingungen) bereit, direkt morgen Verhandlungen aufzunehmen, noch verschiedene Regelungsvorschläge gelten als sicheres Zeichen, daß der Frieden in dieser Region näherrückt. Das Ganze wird ja von beinahe täglichen Mitteilungen übertönt, daß die israelische Luftwaffe palästinensische Flüchtlingslager in Libanon angreift und daß Straftrupps der Israelis auf den okkupierten arabischen Territorien schalten und walten. Dennoch tritt im Kampf für eine gerechte friedliche Beilegung des Nahostkonfliktes und für eine entsprechende internationale Konferenz eine qualitativ neue Etappe ein.

Worin besteht das Neue? Meines Erachtens vor allem darin, daß praktisch alle Länder immer besser verstehen: Vierzig Jahre regionaler Konflikt sind eine für die heutige Welt eindeutig kritische Zeit. Die Menschheit kann und darf die chronisch explosive Lage im Nahen Osten nicht weiter dulden.

Konferenz als einzige Chance

Für eine baldige friedliche Bereinigung des arabisch-israelischen Konfliktes auf einer internationalen Konferenz unter UNO-Ägide treten jetzt fast alle in Ost und West ein. Vorbei ist die Zeit, da man die sowjetische Initiative zu einer solchen Konferenz totzuschweigen oder als Propaganda abzutun versuchte und der UdSSR vorwarf, auf ihren Einfluß in Nahost bedacht zu sein. Jetzt wird die Idee einer Konferenz als einzige Chance empfunden, zu einem für alle annehmba-

ren friedlichen Kompromiß zu finden. Nur noch aus den USA und Israel hört man, die Aktivitäten der Weltgemeinschaft bei der Suche nach einer Nahostregelung seien eher schädlich als nützlich, denn schließlich müßten die Konfliktseiten selbst ihre Streitfragen lösen und nicht die Weltmächte agieren lassen. Outsider seien, wenn überhaupt, nur nötig, um die Konfliktparteien an den Verhandlungstisch zu führen und sich dann zurückzuziehen. Das scheint logisch: Sollen doch die Araber und Israelis ihren Konflikt miteinander austragen, sich gegenseitig Zugeständnisse machen und ein friedliches Nebeneinander im Nahen Osten vereinbaren! Und doch stimmt das nicht. Stünde es um die Lage wirklich so, hätten die Araber und Israelis schon längst Frieden geschlossen oder zumindest einen ernsthaften Versuch in dieser Richtung unternommen. Ägypten wagte ein direktes Friedensabkommen mit Israel, zu bezahlen hatten dafür jedoch Libanon und die Palästinenser. Nach Camp David zog sich der nahöstliche Knoten noch fester zu. Die Wurzel des Übels liegt darin, daß

Nach dem Abzug der israelischen Okkupanten aus der syrischen Stadt El Quenitra blieben diese Ruinen zurück.

der friedliche Prozeß nicht nur vor Versuchen Außenstehender, den Konfliktparteien fertige Lösungen aufzuzwingen, bewahrt werden muß. Schlimmer sind solche Versuche der einen Seite gegenüber der anderen, die im Moment vielleicht schwächer ist. Tatsächlich läßt sich bei vorgehaltenem Gewehr kein gerechter Frieden herstellen. Selbst wenn man annimmt, daß eine Vereinbarung unter solchen Umständen doch zustande kommt, wird sie der Region keine wahre Sicherheit bringen, denn das wäre Drachensaft. Kräftegleichgewicht ist eine variable Größe, nicht immer müssen die 150 Millionen Araber schwächer bleiben als Israel.

Folglich ist für eine wahre Regelung eine grundsätzliche Basis nötig, und hier kommt der Weltgemeinschaft eine besonders wichtige Rolle zu. Die Seiten müssen sich vor der ganzen Welt zu jenen Prinzipien bekennen, die in ihrer Gesamtheit den friedlichen Prozeß untermauern könnten. Eine internationale Konferenz wird außerdem die Weichen stellen, damit die Regelung keine falsche Richtung nimmt oder sich im Sande verläuft. Diese Prinzipien sind, obwohl in zahlreichen internationalen Beschlüssen und Dokumenten formuliert, nichts von außen Hineingetragenes und widersprechen den Interessen der nahöstlichen Völker und Staaten nicht. Mehr noch, sie spiegeln gerade die dringlichsten Wünsche dieser Völker wider.

Israel erklärt, ihm gehe es vor allem darum, sich das Recht auf ein friedliches, sicheres Bestehen zu gewährleisten. Man wolle nicht in Verhandlungen klären, ob man eine Chance habe, von den arabischen Nachbarstaaten anerkannt zu werden. Ebenso wie andere Länder betrachtet Israel dieses Recht als unabdingbar. Die arabischen Staaten haben einen Teil ihres Territoriums verloren. Auch sie betrachten das Recht auf die Rückführung dieser Gebiete als unabdingbar, denn sonst müßten sie Israel das Recht zuerkennen, gewaltsam fremde Territorien zu annexieren. Zusammen machen diese zwei Prinzipien die Formel "Territorien gegen Frieden" aus, die sich



ohne weiteres aus der vom UNO-Sicherheitsrat schon im November 1967 gefaßten Resolution 242 ableitet.

Schließlich noch ein Aspekt: die Zukunft des palästinensischen Volkes. Die Palästinenser können den friedlichen Prozeß nicht als Verfahren akzeptieren, in dem geklärt wird, ob sie ein vollwertiges und folglich zur Bestimmung seiner Zukunft berechtigtes oder aber ein minderwertiges Volk seien. Ich möchte in diesem Zusammenhang hervorheben, daß das Selbstbestimmungsgerecht des palästinensischen Volkes für eine erfolgreiche Regelung nicht minder wichtig ist als der Abzug der israelischen Okkupationstruppen im Austausch gegen den Frieden.

UdSSR--USA: Wo decken sich die Interessen?

Alle Probleme einer Regelung sind nicht in einem noch so breiten und zielstrebigsten diplomatischen Kraft über Nacht zu lösen. Einige Fragen sind vorrangig, andere, obwohl vielleicht nicht minder bedeutsam, sollten erst nach der Bewältigung der ersten an die Reihe kommen. Die Hauptsache ist, daß alle Aspekte der Regelung gemeinsam behandelt werden, daß die allgemeinen Prinzipien für den Frieden in der Region von Anfang an klar sind.

Die Weltgemeinschaft als aktiver interessierter Teilnehmer eines Regelungsprozesses muß nicht nur zur Ausarbeitung, sondern durch entsprechende Garantien auch zur Verankerung der Friedensformel beitragen. Schon die Tatsache, daß solche Garantien gewährt werden, würde den Konfliktparteien, namentlich Israel, dabei helfen, den so sehr betonten "Sicherheitsimperativ" bei der Lösung der Gebietsfragen zu mildern. Die Rolle der Weltgemeinschaft bei der Regelung ist auch wegen des nationalistischen Charakters des arabisch-israelischen Konfliktes so wichtig. Der Nationalismus erschwert die Suche nach direkten Kompromissen außerordentlich. Jedes Zugeständnis einer Seite würde von ihren Anhängern beinahe als nationaler Verrat eingeschätzt werden. Etwas anderes ist, wenn die Seiten nicht nur einander nechgeben, sondern auch der allgemeinen Forderung nach Frieden und Stabilität und wenn eine solche Notwendigkeit durch die Teilnahme anderer Staaten am Friedensprozeß bekräftigt wird, die interessiert und verantwortungsbewußt auf eine Normalisierung im Nahen Osten hinwirken.

Heute setzt sich die Erkenntnis in der Welt durch, daß es ein Anliegen aller ist, der Nahostregelung einen positiven Impuls zu geben. Hierbei muß jeder Versuch unterbleiben, die Aussicht auf Frieden in der Region an das egoistische Ziel zu knüpfen, den Rivalen aus dem

Nahen Osten zu verdrängen und die eigenen Positionen auf Kosten des anderen zu verstärken. Unter diesen Umständen muß der Frieden im Nahen Osten u. a. darauf beruhen, daß die USA und die UdSSR ihre gegenseitigen Interessen respektieren. Die UdSSR hat dort nicht weniger, wenn nicht noch mehr Interessen als die Amerikaner, schon weil sie dieser Region geographisch näher ist. Es wäre falsch, die Interessen der UdSSR und der USA im Nahen Osten als grundverschieden zu betrachten. Ich bin überzeugt, daß beide Mächte, vom Frieden im Nahen Osten, von der Beseitigung dieses überaus gefährlichen Spannungsherdens nur profitieren würden.

Die Aufforderung der UdSSR zu kollektiven Anstrengungen zwecks Vorbereitung einer internationalen Konferenz ist Ausdruck der Bereitschaft zu einer fairen Partnerschaft mit den USA, den westeuropäischen Ländern, mit China und den anderen interessierten Seiten bei der Gewährleistung von Frieden und Sicherheit im Nahen Osten. Moskau schlägt vor, eine solche Zusammenarbeit durch Einsetzung eines Vorbereitungskomitees einzuleiten. Dem Komitee könnten Vertreter der fünf Ständigen Mitglieder des UNO-Sicherheitsrates angehören. Ferner erklärte sich Moskau bereit, zur Gewährleistung des Nahostfriedens durch ein System von Garantien beizutragen, an dem die fünf Großmächte oder der gesamte Sicherheitsrat teilnehmen könnten.

Die UdSSR hat nicht vor, jemandem ein hartes Schema für Verhandlungen im Rahmen der Konferenz aufzuzwingen, und erst recht nicht, ihren Ausgang und alle Einzelheiten der endgültigen Regelung im voraus festzulegen. Es ist kein so kitzerischer Gedanke, den Frieden in der Region stufenweise herbeizuführen, u. a. im Rahmen einer Übergangsperiode zwischen dem Abzug der israelischen Truppen und der Realisierung des Rechts der Palästinenser auf die Entscheidung über ihr nationales Schicksal. Bei der Gelegenheit möchte ich hervorheben, daß Yasser Arafat, der Führer der Palästinischen Befreiungsorganisation, seine Bereitschaft bekräftigte, nach Abzug der israelischen Truppen die palästinensischen Gebiete zeitweilig unter UNO-Kontrolle zu stellen. Von einer solchen Idee gehen auch die vom Juli 1984 datierenden sowjetischen Vorschläge über eine Regelung aus.

Shamir lehnt ab,

Peres schwimmt

Doch das Wichtigste an den wie auch an den späteren sowjetischen Initiativen sind nicht die Details, sondern die präzise Formulierung des Regelungsziels: Herbeiführung eines gerechten und folglich stabilen Friedens.

Selbstverständlich erfordert das ein konkretes sachliches Gespräch mit allen, die eine friedliche Regelung in der Tat anstreben, und die Respektierung ihrer Erwägungen.

Wenn es aber Kräfte gibt, die keinen Frieden wollen (das verraten natürlich nicht ihre Worte, sondern ihre Taten)? So stößt jeder Hinweis auf das Selbstbestimmungsrecht der Palästinenser bei Israel auf Abwehr. Immer wieder erklärt die israelische Führung, sie werde niemals einen unabhängigen palästinensischen Staat zulassen und keine Kontakte zur PLO als legitime Vertreterin des palästinensischen Volkes aufnehmen, solange die PLO die Resolution Nr. 242 des UNO-Sicherheitsrates nicht anerkannt und den aktiven antiisraelischen Kampf nicht aufgegeben hat. Etwa dasselbe wäre über Washingtons Haltung zu sagen. Die israelische Regierung ist, zumindest in ihrer jetzigen Zusammensetzung, nicht bereit, an einer internationalen Konferenz teilzunehmen, und lehnt auch die Formel "Gebiete gegen Frieden" ab. Das aber heißt, daß auch Israel die Resolution Nr. 242 etwas merkwürdig auffaßt.

Seinerzeit hatte US-Präsident Carter vom damaligen israelischen Premierminister Begin mehrmals eine Erklärung darüber gefordert, ob Israel anerkenne, daß sich die Resolution 242 auf das von ihm okkupierte Westjordanland und den Gasa-Streifen erstrecke. Immer wieder hörte er darauf: "Niemals werden wir auf dem Territorium des historischen Israel Ausländer sein." Aber Okkupanten auf den besetzten arabischen Territorien zu sein, dazu sind sie bereit. Diesen Standpunkt bezieht auch der heutige Regierungschef Shamir, Begins Nachfolger auf dem Posten des Likud-Vorsitzenden.

Ein Posten von UNO-Beobachtern vor den syrischen Golan-Höhen, die Israel okkupiert hat.

Fotos: J. Korschunow



Auch Außenminister Peres, Shamirs politischer Rivale und Vorsitzender der Partei der Arbeit, hat vorläufig nichts Präzises geäußert. Zwar sagt er, er unterstütze die Idee einer Konferenz, aber seiner Meinung nach sei sie nur dazu gut, in ihrem Rahmen Separatverhandlungen mit Jordanien aufzunehmen. Wie Peres sagt, hätte er nichts dagegen, wenn der jordanischen Delegation gewisse palästinensische Vertreter - keine PLO-Mitglieder! - angeschlossen seien. Mir ist nicht klar, ob Peres, der seinen Kurs gegenwärtig als "friedliche Alternative" zur Shamir-Linie preist, es tatsächlich darauf anlegt, daß Israel die annexierten palästinensischen Gebiete im Rahmen des "territorialen Kompromisses" aufgibt. Meint er vielleicht nur einen "funktionellen" Kompromiß mit Jordanien, d. h. ein jordanisch-israelisches Kondominium über ein angeblich autonomes palästinensisches Gebiet, in dem Israel die Funktion der Sicherheitskontrolle beibehält? Eine solche Abmachung wäre Gewaltausübung gegenüber den Palästinensern und würde wohl ihren Widerstand hervorrufen. Sie würde sich auch nicht in die Konzeption einer mit großen Befugnissen ausgestatteten und aktionsfähigen internationalen Konferenz fügen, schon deshalb nicht, weil das die Lösung der Palästinafrage ohne die Palästinenser selbst wäre.

Dennoch dürfen jene, die sich eine objektive Meinung über die Entwicklung im Nahen Osten bilden wollen, nicht übersehen, daß Peres, anders als Shamir, die Notwendigkeit gewisser Korrekturen am israelischen Kurs einsieht. Offenbar spürt er, daß sich die Orientierung auf Militarismus, auf die endlose Bedrohung der Araber mit militärischer Gewalt die israelische Gesellschaft selbst gefährdet, zu ihrer materiellen Erschöpfung und Demoralisierung führt. Peres manövriert, muß jedoch seine Manöver um die Idee einer Konferenz als Mittel zum Frieden gruppieren. Auch darin sehe ich die Bestätigung dessen, daß die Nahostregelung in ein qualitativ neues Stadium eingetreten ist.

Von den USA läßt sich vorläufig nicht viel sagen. Dort hat man meines Erachtens noch nicht beschlossen, ob es sich jetzt, nach dem Fiasco in Libanon und der Iran-Affäre, lohnt, Präsident Reagan in einen aktiven Friedensprozeß im Nahen Osten einzuschalten. Allerdings hat man es in Washington schon gelernt, die Worte "internationale Konferenz" auszusprechen. Das will immerhin etwas heißen.

Ende des Zwistes!

Eine qualitativ neue Erscheinung ist das zunehmende Engagement der Westeuropäer in den nahöstlichen Angelegenheiten. Das erscheint logisch. Ich denke, darin äußert sich die Reaktion der

westeuropäischen Länder, die in der Tat bedeutende Interessen im Nahen Osten haben, auf die früheren US-Versuche, die Nahostregelung zu monopolisieren und in der Region eine Pax americana einzurichten. Im sowjetischen Herangehen an die Einberufung einer Konferenz deckt sich nicht alles mit dem der Westeuropäer, aber der Dialog ist im Gange und wird immer konstruktiver.

Von besonderer Bedeutung für die künftige Regelung ist der in der arabischen Welt zu beobachtende Trend, Zwist und Hader zu überwinden und endlich einen koordinierten Standpunkt zum Frieden mit Israel auszuarbeiten. Wir wollen uns nicht täuschen, der Trend ist noch nicht sehr stark, weil sich das Beharrungsvermögen noch bemerkbar macht. Nichtsdestoweniger kann durchaus gesagt werden, daß die Araber zunehmend die Notwendigkeit begreifen, die „Konfrontationslogik“ abzulegen, um den heranwachsenden Generationen nicht das Gewehr zu hinterlassen, sondern einen realen Vorlauf für die Lösung der Aufgabe, die Industriestaaten sozialökonomisch einzuholen. Vor allem aber dazu, jene Spannungslemente zu mindern, die sich in den inneren Strukturen der meisten arabischen Länder immer deutlicher zeigen. Das ist ein Gebot des Lebens. Die Zeiten der hohen Erdölpreise sind vorbei, und moderne Rüstungen werden auch nicht billiger.

In der arabischen Welt versucht man jetzt, erstmals seit langer Zeit mit der Vorbereitung eines gesamtarabischen Gipfels zu beginnen. Die Araber bemühen sich jetzt mehr darum, dem irakisch-iranischen Krieg Einhalt zu gebieten, denn neben dem Waffenkauf ist er der zweite Verlustposten, wobei nicht nur gewaltige materielle Ressourcen draufgehen, sondern auch Hunderttausende Menschen umkommen. Leider fördert Irans Verhalten nicht gerade die Beendigung dieses Krieges.

Ein positives Ereignis in der arabischen Szene war die erfolgreiche Vereinigungstagung des Palästinensischen Nationalrats, die im April in Algier stattfand. Die allgemeine Krise in der politischen Führung der arabischen Welt wirkte sich unmittelbar auf die leitenden Organe der palästinensischen Bewegung aus, und auch sie erwies sich praktisch als zersplittet. Zudem nahmen die palästinensisch-syrischen Beziehungen schädliche, ihnen gar nicht eigene zugespitzte Formen an. Da sich in der PLO miteinander rivalisierende Fraktionen herausbildeten, wußte man nicht recht, wer eigentlich "der einzige legitime Vertreter des palästinensischen Volkes" sei. Jetzt, nach Algier, hat sich die Situation in den Reihen der Palästinenser merklich verbessert, obwohl die PLO und Damaskus nicht wenig tun müssen, um das für eine gerechte Nahostregelung so notwendige syrisch-palästinensische Zusammenwirken auf die Dauer wiederherzustellen.

Zwei Standpunkte zur palästinensischen Einheit

Meiner Ansicht nach kann eine einheitliche und mäßgebliche PLO das palästinensische Volk auf einer internationalen Konferenz vertreten und in seinem Namen für alle annehmbare Entscheidungen besprechen: Das ist ein wichtiger Faktor des Friedens. Es gibt aber auch einen anderen Standpunkt: Man habe die Wiederherstellung der PLO-Einheit bezahlen müssen, und zwar mit der Abkehr vom flexiblen Manövriren und dem verstärkten Akzent auf die Aufgabe der Resolution 242 und die Schaffung eines eigenen unabhängigen Staates. Das habe die Chancen der PLO, sich in den friedlichen Prozeß einzuschalten, verschlechtert, denn als richtige nationale Befreiungsorganisation werde sie nicht über die Schwelle der Konferenz treten. Damit sie sich wenigstens durch ein Hintertürchen, das man den Palästinensern eventuell aufmacht, hineinzwängen kann, brauche sie die in Algier zurückgelassene Flexibilität. Auf diese Weise denkt man in Israel und anderswo.

Dazu wäre nur eins zu sagen: Verzichtet auf den diskriminierenden Kurs gegenüber den Palästinensern und sprecht ihnen ihre natürlichen, unveräußerlichen Rechte zu! Dann erst könnt ihr urteilen, ob sich die palästinensische Führung verantwortungsbewußt und realistisch benehmen wird. Ich habe keinen Zweifel, daß sich die PLO nur deshalb weigert, die Resolution 242 anzuerkennen, weil Israel darin nur eins gelten läßt: die Feststellung, daß ihm das Recht auf Frieden und Sicherheit zustehe. Die Palästinenser dagegen werden in der Resolution kraft konkreter Umstände und der Zeit ihrer Annahme (November 1967) nur als Flüchtlinge behandelt. Wiederholt gab die PLO-Führung klipp und klar zu verstehen, sie würde diese Resolution annehmen, wenn den Palästinensern das Selbstbestimmungsrecht zugesprochen werde. Was die Form betrifft, in der dieses Recht wahrgenommen werden soll - ob als unabhängiger Staat oder als Bestandteil einer künftigen Konföderation mit Nachbarstaaten - , so müßten das die Palästinenser selbst entscheiden.

Zusammenfassend möchte ich einen Gedanken unterstreichen, den Moskau wiederholt zum Ausdruck brachte: Es gilt, möglichst bald mit praktischen Vorbereitungen auf eine internationale Nahostkonferenz zu beginnen.

Da Anzeichen für eine bessere Perspektive der Nahostregelung vorliegen, spricht man in der arabischen Welt sogar von einer eventuellen Einberufung der Konferenz noch in diesem Herbst. Man möchte ja glauben, daß das wirklich möglich ist. Aber dann ertappe ich mich bei dem Gedanken, daß ich schließlich auch Fachmann für Nahostfragen bin und einem so nahen Termin doch recht skeptisch gegenüberstehe. ■



Es diskutiert
NZ-Kommentator
Alexander
BARYSCHEW

In Ihren politischen Einschätzungen ist oft zweierlei Maß festzustellen. Beispiel: Der salvadorianische Präsident Duarte erweist sich guten Willens, indem er mit linken Aufständischen verhandelt. Der führende Politiker Nikaraguas, Ortega, weist allein schon den Gedanken an Verhandlungen mit Aufständischen in seinem Land weit von sich. Das wiederum hindert Sie nicht, die Haltung der Sandinisten als ehrlich und konstruktiv herauszu streichen und das Oberhaupt der demokratischen salvadorianischen Regierung zu verteufeln.

Jose Hernandez RIVERA
Tegucigalpa, Honduras

alle demokratischen Kräfte angehören sollten. Duarte schlug den Partisanen vor, die Waffen zu strecken, allerdings gegen die Möglichkeit, sich an Wahlen zu beteiligen.

Was hätte das bedeutet, "einseitig die Waffen niederzulegen"? Bereitwillig hin zunehmen, daß Mitglieder rechtsextremistischer Gruppen und Strafkommandos in Uniformen nicht auf dem Schlachtfeld, sondern in Folterkellern Patrioten physisch vernichten. So sah von Anfang an Duartes "guter Wille" aus. Etwas anderes war von ihm auch nicht zu erwarten, schließlich stand die amerika-

linke militärpolitische Organisationen, die den bewaffneten Kampf führen. Der FRD ist eine weitgespannte Bündnisorganisation, in der linke Christdemokraten, Sozialdemokraten, fortschrittliche Intellektuelle, Studenten, Geistliche, demokratisch gesinnte Militärs und Geschäftsläute vertreten sind. Beide patriotischen Organisationen sind in El Salvador hoch angesehen. Sie bringen die Interessen des Volkes zum Ausdruck. Nicht umsonst werden diese Organisationen im Ausland anerkannt. Viele renommierte internationale Foren haben sie in Resolutionen unterstützt. Über 30 Staaten Europas und Lateinamerikas unterhalten

Stimmt die Analogie?

Ihr Brief, Herr Rivera, weist einige Ungenauigkeiten auf. Untersuchen wir zunächst, was Sie den "guten Willen" des salvadorianischen Präsidenten Duarte nennen. Das Friedensangebot wurde ihm von kämpfenden Patrioten gemacht. Seit 1981 bieten die Einheitsfront der Nationalen Befreiung Farabundo Martí (FLNM) und die Revolutionäre Demokratische Front (FRD) Verhandlungen an. Jahre lang lehnten die Behörden ab. Erst im Mai 1984 ließ sich Duarte auf Gespräche über die Einstellung des Blutvergießens und eine politische Lösung des Konflikts ein. Ein Beweis "guten Willens"? Duarte trat nicht aus freien Stücken in Verhandlungen ein, sondern weil sich das Kräfteverhältnis zu jener Zeit nicht zugunsten der Regierung verlagert hatte. FLNM und FRD hatten die Initiative übernommen. Die Centadora-Gruppe setzte sich ebenfalls für einen Dialog ein. Das mußte man einfach berücksichtigen. Später erwies sich, daß Duarte die Verhandlungen als Atempause nutzen wollte, um die Opposition zu spalten.

Am 15. Oktober 1984 kam die erste Verhandlungs runde zustande. Das Ge pück, mit dem die Seiten in dieses Treffen gingen, ist aufschlußreich. FLNM und FRD schlugen vor, eine Regierung der nationalen Einheit zu gründen, der

nische Regierung hinter ihm und seinen Kollegen.

Kein geringerer als US-Staatssekretär George Shultz ordnete vor der Begegnung an: „Keinerlei Beteiligung an der Macht durch die Partisanen und keinerlei Verträge, bis sie nicht die Waffen niedergelegt haben!“

Die letzten Begegnungen zwischen Patrioten und Repräsentanten der Macht brachten keine Regelung. Jetzt wurde nur noch offensichtlicher, daß Duarte, dessen Regime sich eben noch mit Washingtoner Finanzhilfe über Wasser hält, nicht gewillt ist, irgend etwas ohne Sanktionierung durch das Weiße Haus zu unternehmen. Es wird immer offensichtlicher, daß nur die Einstellung der US-Einmischung in die inneren Angelegenheiten El Salvadors Bedingungen schaffen kann, unter denen Verhandlungen zu einer Einstellung des Blutvergießens führen können.

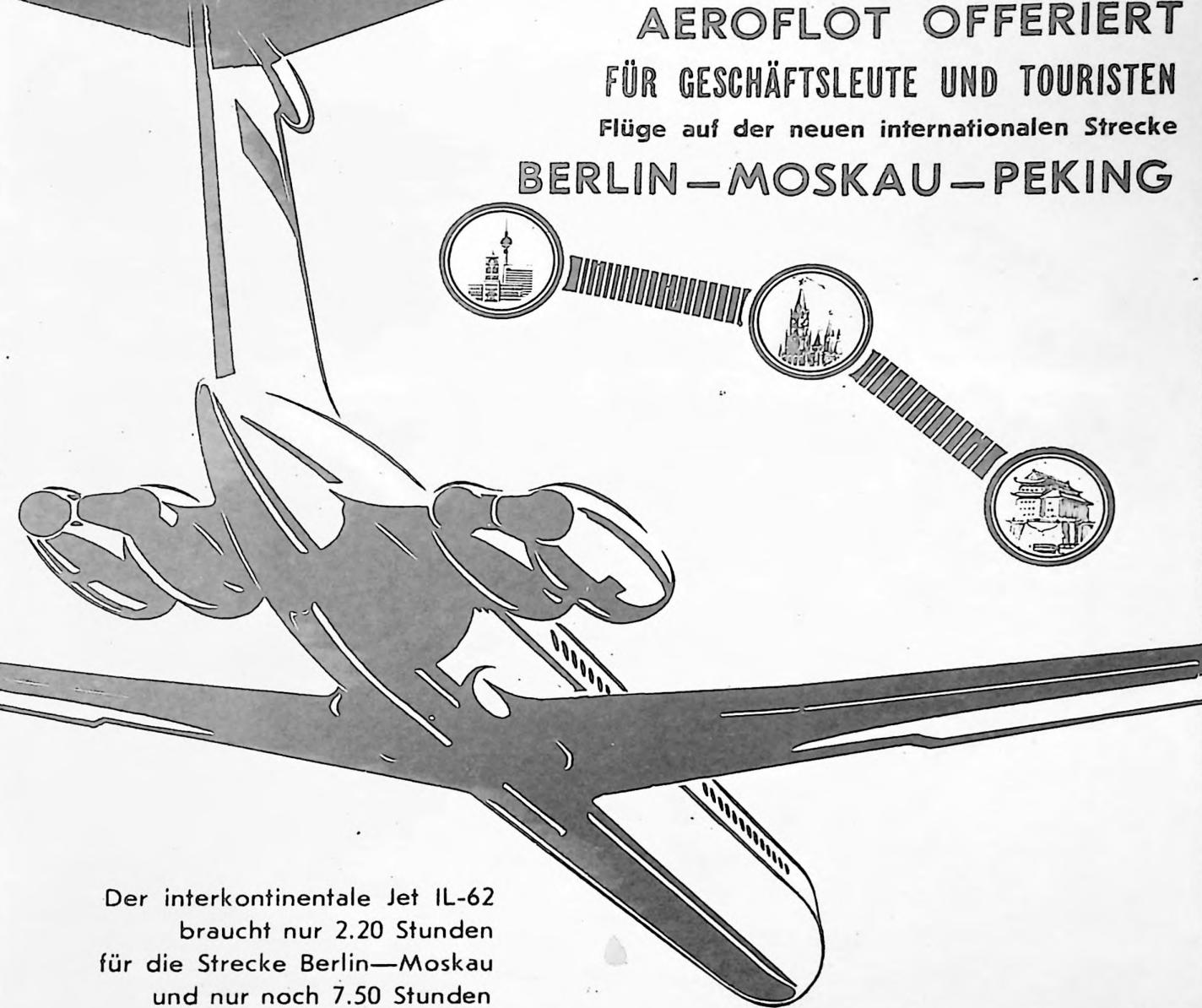
Jetzt zu den Sandinisten, die angeblich jeden Gedanken an Verhandlungen mit den Aufständischen weit von sich weisen. Zunächst einmal nennen Sie die Angehörigen nikaraguianischer konterrevolutionärer Banden ohne jeden Grund "Aufständische". Ich fürchte, Sie stellen sie auf eine Stufe mit den Kämpfern der FLNM und FRD in El Salvador. Die Nationale Befreiungsfront vereint jedoch

offizielle politisch-diplomatische Beziehungen mit FLNM und FRD.

In Bezug auf die nikaraguianischen Contras leugnet selbst die US-Presse nicht, daß sich ihre führenden Offiziere und einfachen Soldaten aller Ränge aus der früheren Nationalgarde Somozas rekrutieren. Sie sind für ungezählte Verbrechen gegen das Volk in den Jahren der Somoza-Tyrannie verantwortlich. Jetzt stehen sie im Sold der CIA, die sie ausrüstet und in Lagern, auch auf dem Territorium Ihres Landes, Honduras, unterbringt.

Übrigens läßt sich die militärpolitische Lage in El Salvador nicht mit der Nikaraguas vergleichen. Die salvadorianischen Widerstandskämpfer stellen eine gut organisierte Kraft dar, die Abteilungen der Regierungstruppen effektive Schläge versetzt, den Kampf in allen 14 Departements des Landes im offenen Gefecht führt und ein Viertel des Territoriums der Republik fest unter Kontrolle hat. Sie kämpfen gegen ein System der Ausbeutung und Unterdrückung und für sozialen Fortschritt. Ihr Gegner ist eine Regierung, deren Legitimation höchst zweifelhaft ist. Immerhin wurde Duarte nach Scheinwahlen, die von einem Großteil der Bevölkerung boykottiert wurden, von Washington auf den Schild gehoben. Die Contras dage-

AEROFLOT OFFERIERT
FÜR GESCHÄFTSLEUTE UND TOURISTEN
Flüge auf der neuen internationalen Strecke
BERLIN—MOSKAU—PEKING



Der interkontinentale Jet IL-62
braucht nur 2.20 Stunden
für die Strecke Berlin—Moskau
und nur noch 7.50 Stunden
bis Peking.

Komfort und traditionelle
russische Gastfreundschaft
gestalten diesen kürzesten Weg
von Berlin nach Peking
über die UdSSR
zu einem angenehmen Erlebnis.
Bei einem Zwischenaufenthalt
in Moskau
können Sie die berühmten Theater
und Museen besuchen,
Denkmäler der Geschichte
und Architektur besichtigen.

Flugplan:

SU-595 IL-62 Freitag	Flughafen	SU-596 IL-62 Sonntag
17.45 ab	Berlin	16.00 an
22.35 an	Moskau	15.35 ab
23.30 ab	Peking	14.05 an
12.35 an		10.35 ab
Sonnabend	Flughafen	Sonntag
Ortszeit		

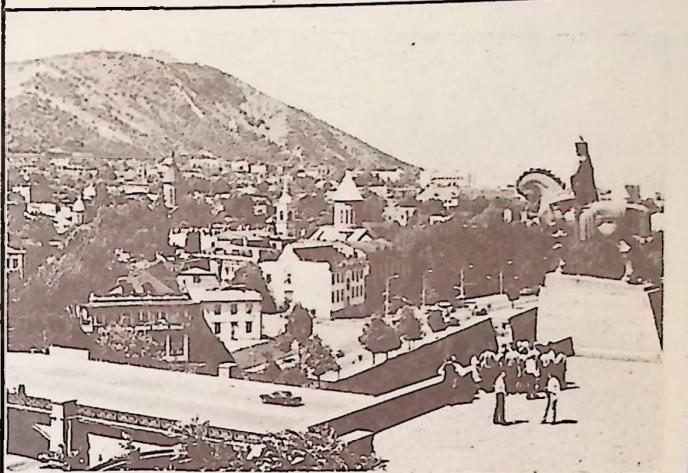
АЭРОФЛОТ
Soviet airlines

FÜR GESCHÄFTSLEUTE UND TOURISTEN!

Ab 15. Mai

neue internationale Strecke

SOFIA – TBILISSI



**Besuchen Sie Tbilissi, die Hauptstadt
des sonnigen Georgien,**

**eine der schönsten Metropolen
des sowjetischen Transkaukasien.**

**Von dort können Sie Ihre Reise
durch die Sowjetunion fortsetzen.**

**Jede Aeroflot-Vertretung hilft Ihnen
bei der Auswahl faszinierender
Ausflüge.**

Das gastliche Tbilissi erwartet Sie!

Die gemeinsam betriebene Route
wird von modernen komfortablen
TU-154-Maschinen beflogen.

Flugplan:

LZ/SU-183 TU-154 Freitag	Flughafen	LZ/SU-184 TU-154 Freitag
17.15 ab 20.50 an	Sofia Tbilissi	23.25 an 21.50 ab
Freitag	Flughafen	Freitag
Ortszeit		

АЭРОФЛОТ
Soviet airlines

Geheime US-Kriege

Gen sind versprengte Haulen, die von Lagern in Ihrem Land nach Nikaragua eingeschleust werden. Die Contras verüben feige Überfälle auf die Zivilbevölkerung und verschonen selbst Frauen, Kinder und Greise nicht. Wenn sie jemand anerkennt, dann Regierungsbehörden der USA oder Organisationen wie die Antikommunistische Liga.

Die Verhandlungsbereitschaft, die Sie in Ihrem Brief ansprechen, Herr Rivera, war vor kurzem hochaktuell. Kommt Ihr Vorwurf an die Adresse der Sandinisten vielleicht von daher? In der amerikanischen Presse erschienen vom Weißen Haus inspirierte Meldungen, wonach die USA ihre Haltung zu Verhandlungen mit der Sandinistischen Regierung abzumildern bereit seien und daß Verhandlungen zwischen Sandinisten und "Repräsentanten des demokratischen Widerstands" keine Einwände hervorrufen würden". Die Sandinisten schließen den konstruktiven Dialog mit Nikaraguern nicht aus, die die Reaktion in den unerklärten Krieg gegen das eigene Volk hineingezogen hat, wie etwa mit den Indianern, von denen viele nach Honduras vertrieben und in Contras-Banden geprägt worden sind. Sie meint man aber nicht in Washington. Dort wurden erneut die für die Sandinisten inakzeptablen Vorschläge geäußert, sich mit Banditen an den Verhandlungstisch zu setzen, die das Blut ihrer Landsleute vergießen wollen.

Diese Aufforderung aus Washington ist eindeutig von der Absicht diktiert, den Contras doch noch irgendwie einen offiziellen Status zu verpassen. Wenn die Sandinisten diese Ultimaten dann ablehnen, kann man sie wieder der mangelnden Verständigungsbereitschaft beschuldigen.

Welche Wahl haben danach noch die Kongreßmitglieder? Die Contras großzügig besolden, damit sie für die USA die Kastanien aus dem Feuer holen? Einer unmittelbaren amerikanischen militärischen Einmischung zustimmen? Führt das Weiße Haus seine Gesetzgeber nicht gerade dadurch ins Dilemma, daß man Verhandlungen mit den Somozabanditen über Mittelsmänner ins Gespräch bringt? Dazu dienen doch wohl Behauptungen von der Unnachgiebigkeit der Sandinisten im Gegensatz zum "guten Willen" Duartes.

Wenn hier nicht zweierlei Maß sichtbar wird! Nach dem einen bemüht man die Ereignisse in der Öffentlichkeit, nach dem anderen betreibt man von Regierungskabinetten der USA aus politische Manöver in Mittelamerika.

David MacMichael, von dem wir folgende Zuschrift erhalten haben, war 10 Jahre Offizier der US-Marineinfanterie. Wie er uns mitteilt, befehligte er im Koreakrieg einen Zug und wurde schwer verwundet. In den 60er Jahren dankte er ab, studierte, machte in Geschichte der US-Diplomatie seinen Dr. phil. und erforschte am Stanford Institute im Auftrag des US-Verteidigungsministeriums die Methoden zur Bekämpfung aufständischer Bewegungen in Mittelamerika und Südostasien. Von März 1981 bis April 1983 gehörte er beim Nationalen Aufklärungsausschuß — einer Abteilung der CIA — einer Analytikergruppe an. Er schreibt:

Über zwei Jahre befaßte ich mich bei der CIA mit Waffenlieferungen nach Mittelamerika. Als ich im April 1983, da mein Vertrag ablief, aus der CIA ausschied, reiste ich zweimal nach Nikaragua, um dort nachzuprüfen, was ich eigentlich schon wußte. Damals suchte die Regierung Reagan nach Beweisen dafür, daß die Regierung Nikaraguas den Guerillas von El Salvador Waffen lieferte. In den USA kannten nur wenige die wahre Sachlage. In Wirklichkeit legten Agenten der US-Regierung in den Häfen Nikaraguas Minen, sprengten seine wichtigsten Erdölmagazine in die Luft und drillten und finanzierten eine Söldnerarmee für einen Terrorkrieg gegen das nikaraguanische Volk. Das alles geschah natürlich im Sonderauftrag des US-Präsidenten. Dafür, wie die USA die nikaraguanischen Contras unterstützen haben und noch jetzt unterstützen, gibt es keine Rechtfertigung.

Die CIA hat sich in Nikaragua viel intensiver betätigt, als das Weiße Haus seinerzeit zugab. Erst jetzt, nach den sensationellen Pressemeldungen über die geheimen Waffenlieferungen an den Iran und die Contras, erkennen viele Amerikaner allmählich, wie massiv sich die USA in die Angelegenheiten des souveränen Staates Nikaragua einmischen.

Vor einiger Zeit entschied der Internationale Gerichtshof in Den Haag mit 14 Stimmen gegen 1, daß der "Ge-

heimkrieg" gegen das Volk Nikaraguas ein schwerer Verstoß gegen das Völkerrecht ist, und forderte, daß die USA Nikaragua Reparationen zahlen. Ich war einer derjenigen, die in dem Aufsehen erregenden Fall aussagten und mit Befriedigung sehen, daß die Abstimmung so eindeutig und der Entscheid so klar ausgefallen ist.

Der "Geheimkrieg" in Nikaragua ist ein gräßlicher Verstoß nicht nur gegen das Völkerrecht, sondern auch gegen eine Reihe von Gesetzen der USA. Eins, das sogenannte Boland-Amendment, verabschiedete der US-Kongress speziell, um der Administration den Kampf gegen das Volk Nikaraguas zu verbieten. Jetzt zeigt es sich ganz klar, daß die Reagan-Administration auch gegen andere gesetzliche Verbote von Waffenlieferungen ins Ausland verstößt. Auf die Neutralität von Staaten hat die Administration nie Rücksicht genommen. Das bestätigen die Untersuchungen, die jetzt in Washington geführt werden.

Der Fall ist so ernst, daß der "Geheimkrieg" in Mittelamerika und sogar die heimlichen Waffenverkäufe an den Iran nur die Spitze eines Eisbergs sind.

Es gibt viel weniger bekannte tragische Einnischungen der US-Regierung und der CIA in die Angelegenheiten Südafrikas, Südostasiens, des Nahen Ostens, fast aller Länder der dritten Welt. Im Süden Afrikas treibt unsere

Regierung z. B. ein gefährliches und scheinheiliges Spiel. Trotz des von Zeit zu Zeit geäußerten "aufrichtigen Mitgefühls" mit den Schwarzen bleiben die USA dem aktiven Militärbündnis mit dem brutalen Apartheidregime treu. Gemeinsam heizen die USA und die RSA den Geheimkrieg gegen Angola auf, liefern Waffen und Geld für die Ausbildung von Aufrührern und versehen diese mit Aufklärungsinformationen.

Die USA führen ihre größeren und kleineren "Geheimaktionen" auf der ganzen Erde durch: in Kampuchea, Afghanistan, am Horn von Afrika und in vielen anderen Regionen. Zu diesen "Geheimaktionen", die von der US-Regierung gefördert werden, zählt auch der Terrorismus, der von unseren Behörden scheinheilig "der schlimmste Feind des Landes" genannt wird. Solche Kriege „auf den Hinterhöfen“, auch "Konflikte von geringer Intensität" genannt, werden fortduern und sogar noch um sich greifen, wenn wir es nicht fertigbringen sollten, sie zu verhüten.

Gegen die "Geheimkriege" der USA tritt auch eine Organisation auf, der ich angehöre: die Koalition für eine neue Außenpolitik. Sie brandmarkt die gefährliche, verlogene, gesetzwidrige Politik, die die USA in aller Welt zu treiben suchen. Es ist unmöglich, daß man im Kapitol nichts vom Einfluß dieser Koalition merkt. Wir wollen alle Kräfte der US-Gesellschaft zum Kampf gegen die Politik der US-Regierung aufbieten, die allen denen ihren Willen aufzuzwingen sucht, die ihren eigenen, von den USA unabhängigen Weg gehen wollen.

David MACMICHAEL,
ehemaliger CIA-Analyst
Washington, USA

Scheiterhaufen auf dem Opernplatz



"Laut 'Berliner Börsencourier' stehe ich auf der 'weißen Autorenliste' des neuen Deutschlands, und alle meine Bücher mit Ausnahme meines Hauptwerkes 'Wir sind Gefangene' werden empfohlen! Ich bin also dazu berufen, einer der Exponenten des 'neuen' deutschen Geistes zu sein!.. Womit habe ich diese Schmach verdient?" So begann der Schriftsteller Oskar Maria Graf, der Hitlerdeutschland verlassen hatte, seinen Offenen Brief, der 1933 in europäischen Zeitungen veröffentlicht wurde. Und weiter: "Diese Unehr habe ich nicht verdient! Nach meinem ganzen Leben und nach meinem ganzen Schreiben habe ich das Recht, zu verlangen, daß meine Bücher der reinen Flamme des Scheiterhaufens überantwortet werden..."

Der Maler Ernst Ludwig Kirchner, dessen Werk erst in den Nachkriegsjahren gebührend eingeschätzt werden sollte, schrieb in einem privaten Brief: Was in Deutschland vor sich gehe, habe ihn zutiefst erschüttert, und doch sei er stolz, daß die braunen Bilderstürmer auch seine Werke vernichteten. Es wäre eine Schande für ihn gewesen, setzte er fort, hatten sie ihn verschont.

Kann man sich nach einem halben

Jahrhundert die Atmosphäre jener Zeit vorstellen? Ein schwüler Abend in Berlin am 10. Mai 1933...

Die Berliner waren im voraus darüber informiert worden, was sich auf dem Platz vor der Oper abspielen sollte. Sturmabteilungen und Studenten fuhren in Lastwagen durch die Stadt und beschlagnahmten verbotene Bücher in Bibliotheken. Nur wenige Jahre sollten vergehen, da wurden solche Bücher im "neuen Deutschland" zur Rarität. Als deutsche Jungen und Mädchen nach 1945 in die Mittel- und Hochschulen kamen, hörten sie voller Staunen große, aber ihnen bis dahin völlig unbekannte Namen. Nach der Machtergreifung durch die Nazis wurden 149 Schriftsteller verboten. Auf der Liste der verbotenen Literatur standen 12 400 Werke, ein bedeutsamer Bestandteil der nationalen und internationalen Kultur.

Lastwagen mit SA-Leuten und Studenten rasan durch Berlin. Seit die rote Fahne mit dem schwarzen Hakenkreuz im weißen Kreis über der Stadt hängt, gehören LKWs mit SA-Leuten zum Berliner Leben. Bald wird eine Kundgebung "zum Schutz der nationalen Kultur" veranstaltet, bald hebt man einen gehei-

Berlin am 10. Mai 1933. Unter den brennenden Büchern auch Bände Heinrich Heines, der vorausgesagt hatte: „Dort, wo man Bücher verbrennt, verbrennt man auch am Ende Menschen“. Foto aus dem Album "Deutsche Chronik 1933 - 1945" (DDR)

men Treffpunkt der in die Illegalität gezwungenen Kommunisten aus, oder man bekommt einfach Lust, mal ein paar jüdische Läden zu demolieren.

Leute, für die die Idee der geistigen Befreiung Deutschlands, der Läuterung seiner Kultur von allem "Artfremden", von der "Asphaltiliteratur", von dem mit dem Idealismus der "wahren Deutschen" unvereinbaren Materialismus der "Zuge-reisten", von Marxismus und Unmoral, von der Herabminderung der nationalen Geschichte begeistert waren, versammelten sich am Abend vor dem Studentenklub in der Oranienburger Straße. Sie bildeten einen Fackelzug und marschierten auf den Opernplatz zu.

Das Feuer loderte auf, und die ersten Bücherstöße flogen auf den Scheiterhaufen.

Das „Kükens“ wird aggressiv

Am 17. und 21. Mai verletzte der Raketenkreuzer "Arkansas" der U. S. Navy die UdSSR-Staatsgrenze im Raum der Awatscha-Bucht (Kamtschatka). Das UdSSR-Außenministerium legte Protest ein.

Eine Provokation. Der hochmoderne Raketenkreuzer tauchte nicht zufällig in sowjetischen Hoheitsgewässern auf. Ein Fehler, der sich wiederholt, ist so gut wie ausgeschlossen. Der Kurs war absichtlich so festgelegt — und das nicht zum erstenmal.

Vor einigen Jahren gestand der Chef des US-Kriegsmarinestabs Admiral James Watkins vor dem Streitkräfte-Ausschuß des Senats eins: "Wir sprechen von einer Verteidigungsstrategie, doch das ist nur die Pose, die wir einzunehmen. Wir meinen, daß eine offensive Verteidigung, die Verlegung der Kreuze in die vor-

dersten Linien, ihre Dislozierung in unmittelbarer Nähe des Gegners, die Aggressivität unserer Schiffe" (hervorgehoben — die Red.) "die beste Art der Abschreckung ist".

Zur Aggressivität wird auf höchster Ebene aufgerufen. US-Kriegsmarineminister John Lehman, der 1981 die "Strategie der vorderen Grenzen" verkündet hatte, erklärte im gleichen Jahr: Die amerikanischen Flugzeugträger müssen in "Zonen erhöhter Gefahr" vor der sowjetischen Küste einlaufen. Im März 1983 erlaubte Präsident Reagan persön-

lich der Flotte, Manöver näher als je zuvor an den sowjetischen Grenzen im Fernen Osten zu beginnen als je zuvor.

Diese Direktive Washingtons wurde in der Pazifikregion beinahe als Freibrief für Provokationen, für derartige "Kriegsspiele" aufgenommen. Und die US-Militärs inszenieren regelmäßig solche "Spiele". Das beliebteste heißt "Kükens auf dem Meer". So nimmt eine US-Fregatte in internationalen Gewässern direkt Kurs auf ein sowjetisches Kriegsschiff — bis das Schiff in letzter Minute abdreht. Oder die Anti-U-Boot-Flotte beginnt die "Jagd auf ein sowjetisches U-Boot". Oder trotz Warnung führt ein Kapitän sein Schiff bis unmittelbar an den "Gegner". Wer abdreht, um einen Zusammenstoß zu vermeiden, wer sich der provokatorischen "Jagd" entzieht, der ist das "Kükens".... Es gab Dutzende solcher Fälle, wie das Magazin "U. S. News and World Report" berichtet.

Bei einem Manöver im Frühjahr 1983 wollte der Kapitän des Flug-
"NEUE ZEIT" 22.87

Was für ein Anblick! Es brannten Feinde des "neuen Deutschland", sein Volk befreite sich von Verderbnis, ihm erwachsenen nationale Kräfte. Die vom bläulichen Licht zahlreicher Scheinwerfer beleuchtete Menge jubelte bei jedem neuen Bücherschub, der im Feuer landete.

Bei einem neuen Stoß verkündete der Ordner laut:

"Gegen den Klassenkampf und Materialismus! Für Volkstum und Idealismus! Ich übergebe die Werke von Marx und Kautsky den Flammen!"

Gegen Dekadenz und moralische Zersetzung! Für Strenge und Sittsamkeit in Familie und Staat! Ich übergebe die Werke von Heinrich Mann, Ernst Glaeser und Erich Kästner den Flammen!

Gegen die Verzerrung unserer Geschichte und die Herabwürdigung ihrer großen Helden! Für heiliges Gedenken der Vergangenheit! Ich übergebe die Werke von Emil Ludwig und Werner Hegemann den Flammen!

Gegen die volksfeindliche kosmopolitisch-jüdische Journaille! Für zielsstreibige Zusammenarbeit beim nationalen Aufbau! Ich übergebe die Bücher von Theodor Wolf und Georg Bernhard den Flammen!"

Der Wind wehte angesengte Seiten fort, fegte den vom Anblick gebannten Berlinern die Asche vor die Füße, Rauchschwaden lagerten über dem Platz, doch hätte damals auch das feinste Gespür nicht den Geruch brennender Menschenkörper wahrgenommen.

Auf dem Höhepunkt der Ereignisse tauchte Dr. Joseph Goebbels, Leiter der Berliner NSDAP-Organisation, auf. Er war zum Minister für Volksbildung und Propaganda aufgerückt und gab sich energisch mit Literatur ab. Was er da

sah, befriedigte ihn, er wußte jedoch, daß die Bücherverbrennung keine Endlösung brachte. Drei Jahre später erließ der Volksbildungminister einen Befehl über die Vernichtung einer ganzen Literaturgattung: Da auch das Jahr 1936 keine merkliche Verbesserung der Kunstkritik gebracht habe, werde mit Wirkung vom 27. November 1936 jede weitere Kunstkritik endgültig verboten.

Am 10. Mai 1933 fanden auch in München, Dresden, Frankfurt am Main Bücherverbrennungen statt. Wer befaßte sich damit neben den SA-Leuten, die für die Organisation sorgten? Studenten, von ihren Mentoren dazu angeholt. Waren sie alle Anhänger der neuen Macht, unterstützten sie das Programm der NSDAP? Nein. Aber sie glaubten den Worten, daß Deutschlands Kultur nur auf diese Weise zu erhalten sei, daß man dem deutschen Volk nur so den Glauben an seine Kräfte zurückgeben, es aus der Krise herausführen und ihm zu einem würdigen Platz in der Welt verhelfen könne.

Wer dachte damals beim Anblick des Feuers, das gierig Bücher verschlang, an Auschwitz? Das Vernichtungssystem der Nazis entstand nicht über Nacht, vielmehr wurde es allmählich ausgebaut und machte sich in den Köpfen der Menschen breit, vor deren Augen Plätze für neue Scheiterhaufen mit Stacheldraht abgesperrt wurden. Ein Repressionsapparat formte sich, aber parallel dazu auch die Weltanschauung von Menschen, die die Vernichtung anderer, in Rasse, Glauben oder politischen Ansichten unterschiedlicher Menschen für gerecht hielten.

Niemand von denen, die damals auf dem Opernplatz standen, hatte begriffen, daß zusammen mit den Büchern auch ihr Leben den Flammen übergeben wurde.

Was mit Bücherverbrennungen begann, endete für die Regimegegner mit den KZ-Krematorien, und für jene, die den SA-Leuten und Studenten begeistert Beifall spendeten, mit den Schützengräben von Stalingrad, während ihre Familien in den von gegnerischen Flugzeugen in Brand gesetzten Städten, in Hamburg und Dresden, verbrannten.

Jemand mag einwenden, daß ich den Kausalzusammenhang zu direkt auffasse.

Die Nazis begannen nicht zufällig mit der Vernichtung von Büchern. Worauf rechneten sie? "Einem Volk das moralische Rückgrat zu brechen ... , indem man ihm seine Literatur nahm und ihm dafür einen literarischen Abschauum vorsetzte", schrieb Stephan Hermlin, ein deutscher Schriftsteller der älteren Generation. "Ein Volk orientiert sich vor allem an seiner Literatur. Man nahm den Deutschen ihre beiden größten Philosophen, einen größten klassischen Dichter" (Hermlin meint Marx, Engels und Heine) "und faktisch ihre gesamte zeitgenössische Literatur. Man unterbrach damit bestimmte Verbindungsäden zu dem stehengebliebenen humanistischen Rest und machte ihn völlig beziehungslos." Ein Mensch ohne Bücher ist leicht manipulierbar, verliert sein Gesicht und kann dem Übel keinen Widerstand entgegensetzen.

Der 10. Mai 1933 ist keine einzeln dastehende Episode in der Geschichte der Menschheit. Vor und nach den Nazis wurden Schriftsteller und ihre Werke mit Bann belegt und verbrannt. Stets war das ein Anzeichen künftiger Menschenvernichtung. Auch ein halbes Jahrhundert nach dem Scheiterhaufen auf dem Opernplatz ist die Menschheit nicht gegen eine neue Bücherverbrennung gefeit.

Leonid MLETSCHIN

zeugträgers "Midway" den ersten "Zug" tun, abgestimmt mit dem Flottenkommando, berichtet der amerikanische Journalist Seymour Hersh. Nachts, mit abgeschalteten elektronischen Anlagen, entfernt sich der Flugzeugträger von der Flotte und steuert die Kurilen an. Am Morgen liegt die "Midway" südöstlich

von Kamtschatka. Das soll angeblich die sowjetischen Militärs beunruhigen. Der nächste "Zug", erklärt Hersh, kommt unerwartet selbst für das Flottenkommando. Einige Kampfflugzeuge starten von der "Midway" sowie von einem anderen Flugzeugträger, der "Enterprise", und überfliegen sowjetisches Territorium...

Im März 1986 verletzten der Kreuzer "Yorktown" und der Zerstörer "Caron" die UdSSR-Grenze im Schwarzen Meer vor der Südküste der Krim. "Das war keine Provokation", erwidert das US-Kriegsmarineministerium auf den sowjetischen Protest. Die "New York Times" meldete wenig später, beide Schiffe seien mit Abhöranlagen und anderen elektronischen Geräten ausgerüstet gewesen, um Angaben über die sowjetischen Streitkräfte zu sammeln. Es war also Spionage.

Und nun verletzte die "Arkansas" zweimal die Grenze. Das "Küken" wird immer aggressiver...

M. PUTINKOWSKI

Der Kreuzer "Arkansas", der im Oktober 1980 in Betrieb genommen wurde. Ausgerüstet mit 8 Cruise Missiles sowie mit anderen modernen Raketen-, Artillerie- und Torpedowaffen. 2 Bordflugzeuge. 562 Mann Besatzung

Foto aus der Zeitschrift:
"Jane's Fighting Ships" (London)



WIRTSCHAFT IN ZAHLEN

1986 wurden in Rumänien pro Kopf der Bevölkerung 1,33 t Getreide geerntet. Die Arbeitsproduktivität in der Landwirtschaft und die technische Ausrüstung wachsen ständig. Heute arbeiten 185 000 Traktoren und 65 000 Mähdrescher auf den Feldern des Landes. 3 Mio Hektar Land wurden bewässert. In den Jahren der Volksmacht verringerte sich der Anteil der Bauern an der berufstätigen Bevölkerung von 80% auf weniger als 30%. Die Industrie der SR Rumänien entwickelt sich dynamisch. Von 1938 bis heute wuchs der Teil des Nationaleinkommens, den die Industrie produziert, von 30,8% auf 60%. Energiewirtschaft, Maschinenbau, Metallurgie, chemische, petrochemische und holzverarbeitende Industrie sind die derzeit führenden Industriezweige. In der Produktion von Energie, chemischen Produkten und Stahl erreichte bzw. überbot die SKR pro Kopf der Bevölkerung das durchschnittliche Niveau der RGW-Länder. Partei und Regierung legen großen Wert auf die Entwicklung von Elektronik, Mikroelektronik, Feinmechanik, die Produktion von Automatisierungsmitteln und Robotertechnik sowie die Schaffung neuer Baustoffe.

Der 8. Fünfjahrplan sieht für die sozialökonomische Entwicklung (1986-1990) ein höheres Wachstumstempo als in den vergangenen fünf Jahren vor. Das Volumen der Industrieproduktion muß um 43,3-49% steigen. (Vergleich 1981-1985: 21,6%). Bis 1990 soll die jährliche Getreideproduktion auf 32,4 Mio t gesteigert werden. (1985: 23 Mio t). Durch den Bau von 750 000 Wohnungen wird das Wohnungsproblem im wesentlichen gelöst.

57% des Außenhandelsumsatzes der SRR entfallen auf die sozialistischen Länder, wobei die UdSSR den ersten Platz einnimmt. In den

Nachkriegsjahren errichtete Rumänien mit Hilfe der UdSSR 130 große Industriekonzerne. In den Jahren 1981-85 betrug der sowjetisch-rumänische Warenaustausch 18,6 Md. Rubel. Im laufenden Fünfjahrplan ist eine Steigerung um 70% auf 30 Md. Rubel geplant. Die ökonomischen Verbindungen zwischen der UdSSR und der SRR erfolgen auf der Grundlage abgestimmter Pläne in Verbindung mit einem langfristigen Programm der ökonomischen und wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit, das bis zum Jahr 2000 reicht.

GEMISCHTE BETRIEBE

SIEMENS UND ANDERE

In Ungarn gibt es derzeit über 70 gemischte Betriebe, die mit Beteiligung von Firmen kapitalistischer Länder arbeiten. Das Gründungsverfahren derartiger Einrichtungen sowie deren Besteuerung wurden jetzt vereinfacht und günstiger für das ausländische Kapital gestaltet. Damit soll ein weiterer Anstieg der Devisenverschuldung der UVR ausgeschlossen werden. Interesse zeigen besonders mittelgroße internationale Firmen, aber auch die BRD-Firma Siemens oder europäische Tochtergesellschaften des amerikanischen ITT-Konzerns und der Citybank beteiligten sich an der Gründung gemischter Betriebe. Zur Zeit laufen Verhandlungen über die Gründung von 30 weiteren Einrichtungen dieser Art.

Der ausländische Partner wird in Zukunft über den größten Teil des Grundkapitals verfügen, wurde jetzt beschlossen. Besonders gefördert wurde die Gründung gemischter Betriebe auf dem Gebiet der Produktion, des Hotelbaus und des Gaststättenwesens. Die amerikanische Firma McDonald's, die in 44 Ländern der Welt vertreten ist, eröffnete beispielsweise in Ungarn Imbißstuben.

Gemischte Betriebe solcher wichtiger Zweige wie Elektronik, Rechentechnik oder Pharmazie werden die ersten

5 Jahre von der Profitsteuer befreit. Die ungarische Regierung unterzeichnete ein Abkommen über Investgarantien mit Belgien, der BRD und Frankreich, und konnte dadurch das Vertrauen der ausländischen Firmen festigen. Ein entsprechendes Abkommen soll auch mit Österreich und Kuwait geschlossen werden. Die westdeutsche Filiale der amerikanischen Firma ITT Standard Elektrik Lorenz AG und der ungarische Betrieb Skala-Koop begannen in der UVR mit der gemeinsamen Produktion von Farbfernseh- und Videogeräten. Für 1987 ist die Produktion von 40 000 Farbfernsehgeräten und 5000 Videogeräten vorgesehen. Auch die erste ungarisch-finnische Firma wurde gegründet. Sie soll in technisch-ökonomischen Fragen beraten und Bestellungen zur Organisation der Arbeit und der Produktion annehmen. Die ungarische Handelskammer gründete einen "Klub", der die Interessen der in der UVR bestehenden gemischten Betriebe vertritt. Hier konsultieren sich ausländische Firmen, die Interesse an einer Kapitalanlage in gemischten Betrieben zeigen, zu damit verbundenen juristischen Fragen.

AUSSENHANDEL

DIE BLOCKADE UMGEHEN

Vor 25 Jahren trat der Handelsembargobeschluß der USA gegen Kuba in Kraft. In Washington war man der Meinung, daß sich, wenn auch nicht alle, so doch die Mehrheit der Verbündeten dieser Maßnahme anschließen würde. Es kam aber anders. Hier nur einige Meldungen der letzten Zeit.

Die gemischte Kommission Kuba-Italien tagte zum 5. Mai. Kuba legte der italienischen Seite einige Projekte vor, die die Beteiligung von Firmen der Apenninenhalbinsel vorsehen. Diese Zusammenarbeit ist nicht neu. Beispielsweise bewährt sich bereits einige Zeit eine italienische Anlage in der kubanischen Provinz Pinar del Rio, mit deren Hilfe täglich 30 t Reis produziert werden.

In Havanna wurde ein kubanisch-französisches Abkommen über technische Zusammenarbeit unterzeichnet. Das Dokument sieht vor, die Kooperation zur Erhöhung der Produktionsqualität zu entwickeln sowie die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Normierung und des Austausches von technischen Informationen zu fördern.

Zwischen Kuba und Uruguay wurden fünf Export-Import-Verträge abgeschlossen. Kuba wird dem südamerikanischen Partner Zink- und Aluminiumschrott, Tabak und Rum liefern und gefroste Hühner sowie Fleischkonserne importieren. Uruguay ist ebenso interessiert an kubanischen Düngemitteln, Ausflugsschiffen, Medikamenten für die Veterinärmedizin und Austern, wobei das Land Kautschuk, Ausrüstungen für die Tabakindustrie und die Reparatur von Schiffen anbietet.

Ein Handelsabkommen zwischen Kuba und Ecuador wurde ratifiziert.

SOZIALES

JUNGE FAMILIEN

Am 1. Mai dieses Jahres trat der Ministerratsbeschuß der DDR zur Erhöhung des monatlichen Kindergeldes in Kraft. Für das erste Kind erhöhte sich der staatliche Zuschuß von 20 auf 50 Mark, für das zweite von 20 auf 100 Mark. Für das dritte und jedes weitere Kind erhalten die Eltern 150 Mark pro Monat, anstatt wie bisher 100 Mark. Zur Verwirklichung dieser wichtigen sozialpolitischen Maßnahme wird die DDR jährlich 2 Mrd. Mark aus dem Staatshaushalt zur Verfügung stellen.

Die Sorge um die Gesundheit der Bürger, die Unterstützung junger Familien und Hilfe bei der Erziehung der Kinder sind

wichtige Aspekte der Sozialpolitik des ersten sozialistischen Staates auf deutschem Boden. Dafür werden über 5% des Nationaleinkommens verwendet.

Im Gesundheits- und Sozialwesen der DDR arbeiten 570 000 Menschen, über 6% aller Beschäftigten. Es gibt 39000 Ärzte und 12000 Stomatologen. Somit hat ein Arzt 433 Menschen zu betreuen, ein Zahnarzt ist für die Behandlung von 1400 Bürgern zuständig. Mit diesen Kennziffern nimmt die Republik einen führenden Platz in der Welt ein.

WIRTSCHAFT

SCHWERPUNKT NORDALBANIEN

In der SVR Albanien begann eine neue Etappe der ökonomischen und sozialen Entwicklung des Landesnordens, bemerkt die Zeitschrift "Horizont" (DDR). Nachdem das Plenum des ZK der Partei der Arbeit Albaniens im März vergangenen Jahres die Bürger des Landes aufgerufen hatte, sich freiwillig zur Arbeit in den nördlichen Bezirken zu verpflichten, fuhren mehr als tausend qualifizierte Arbeiter, Ingenieure und Techniker in diese Gebiete.

Diese wenig besiedelten, in den Bergen liegenden Bezirke waren die rückständigsten in Albanien. Ihre bevorstehende beschleunigte Industrialisierung beruht vor allem auf dem reichen Vorkommen von Bodenschätzen. Im Bezirk Kukes erreichte der Anteil der Chrom-Nickel- und Bauxitförderung bereits 51% der Gesamtmenge des Landes, und in Mirdita, wo Kupfer gefördert wird, 90%.

Vorgesehen ist auch die intensivere Entwicklung der Landwirtschaft. In Zukunft sollen sich die nördlichen Gebiete mit Futtergetreide und solchen Nahrungsmitteln wie Brot, Gemüse, Obst, Milch und



Fünf CSSR-Bürger begaben sich in einem LKW "Tatra-815" GTC auf eine Weltreise, die zwei Jahre dauern soll. Das speziell eingerichtete Auto soll unter erschweren Bedingungen auf den Straßen von 60 Staaten gefestet werden und dabei 120 Tausend Kilometer fahren. Vom Verlauf dieser ungewöhnlichen Reise wird ein mehrteiliger Dokumentarfilm des Studios "Barrandov" berichten, den Kameramänner, die an der Reise teilnehmen,

Foto: TASS

Fleisch selbst versorgen. Für die kommenden Jahre ist ein wesentlicher Anstieg der Viehproduktion vorgesehen. Für die Entwicklung Nordalbaniens sind auch die weitere Vervollkommnung der technischen Basis und die Ausbildung neuer Facharbeiter notwendig. Seit dem 1. April 1986 arbeiten 20 freiwillige Jugendbrigaden aus ganz Albanien am Bau der Eisenbahnlinie Milot-Resheni-Klos, einem der Hauptobjekte des gegenwärtigen Fünfjahrsplans.

46,9 Mrd. Dollar aufgenommen, davon 44,4 Mrd. bis 1981.

Ein Drittel der Kredite verwendete die VRP auf den Import von Maschinen und Ausrüstungen. Obwohl 39,8 Md. Dollar bereits zurückgezahlt wurden, betragen die Schulden infolge der hohen Zinsen Ende 1986 immer noch 33,5 Mrd. Das entspricht 40% des Nationaleinkommens und übersteigt die jährlichen Exporteinnahmen um das Fünffache.

Die Auslandsschulden sind der Hauptgrund der heutigen finanziellen Schwierigkeiten der VRP. Um wieviel einfacher wäre es, den Markt im Land stabil zu halten, die Inflation zu begrenzen, notwendige Veränderungen in der Industrie durchzuführen, wenn nicht die Schulden zu begleichen wären, da sich auch gleichzeitig das zur Distribu-

FINANZEN

DEVISENSCHULDEN

Wie "Tribuna Ludu" schreibt, hat Polen in den vergangenen 15 Jahren in westlichen Ländern Kredite im Umfang von

tion vorgesehene Nationaleinkommen verringert. Jetzt ist es unbedingt notwendig, den Export so zu steigern, daß mit den Einnahmen die jährliche Zinsrückzahlung gedeckt werden kann. Erst danach kann man an eine wesentliche Verringerung der Grundschulden denken.

Die Betriebe, deren Maschinen und Einrichtungen bedeutend veraltet sind, werden gezwungen sein, den Import neuer Maschinen zu begrenzen. Die für den Export erarbeiteten Mittel werden für die Versorgung der Industrie mit Rohstoffen, Materialien und Ersatzteilen eingesetzt.

"Unter diesen Bedingungen, schreibt die "Tribuna Ludu", hat der Export unumstrittene Priorität. Da das Problem der Verschuldung gelöst werden muß, können wir uns noch nicht so bald anderen Zielen widmen - der Beherrschung der Inflation und der Stabilität des Marktes.

BERUFSORIENTIERUNG

BETRIEBSSTIPENDIEN FÜR WEN?

In Slowenien, der industriell am weitesten entwickelten Republik Jugoslawiens, erhält die Hälfte der Schüler und Studenten, das sind 55 000 Lernende, ein Betriebsstipendium, da die Industrie ihren Bedarf an qualifizierten Kadern sichern will.

Bisher bekamen nur Beststudenten ein derartiges Stipendium. Nunmehr ist es aber nicht mehr unbedingt nötig, in allen Fächern ausgezeichnete Leistungen aufzuweisen. Schüler mit hervorragenden Fähigkeiten sind gewöhnlich in den Fachrichtungen erfolgreich, zu denen sie eine besondere Neigung haben. Die übrigen Fächer studieren sie gerade ausreichend und befinden sich dann leistungsmäßig in der Mitte.

Ziel der eingeleiteten Maßnahmen ist es, im voraus die Fähigkeiten der Schüler und Studenten zu fördern und damit einen guten Facharbeiternachwuchs zu sichern.

Umbau in der Integration

RGW-Sekretär Wjatscheslaw SYTSCHOW beantwortet Fragen des TASS-Korrespondenten Jewgeni Werlin.

Vor anderthalb Jahren wurde ein bis zum Jahr 2000 geltendes Komplexprogramm für den wissenschaftlich-technischen Fortschritt der RGW-Länder beschlossen. Jetzt ist es in allen seinen fünf Sparten der wirtschaftlichen Entwicklung angelaufen: in Informatik, Produktionsautomatisierung, Biotechnologie, Energetik und neuen Baustoffen.

Wie geht es damit vorwärts? Was für Hindernisse haben sich ergeben?

Beim Vergleich des Komplexprogramms der RGW-Länder mit dem west-europäischen „Eureka“-Programm haben Journalisten gewisse Ähnlichkeiten der Schwerpunkte festgestellt.

Aus Höflichkeit frage ich Sie mich jetzt nicht, wer was bei wem abgeschrieben hat. Ich hätte Ihnen die Frage so beantwortet: Unser Komplexprogramm erlaßt die fünf Schwerpunkte des Fortschritts in Wissenschaft und Technik, weil die technische Revolution gerade in diesen fünf Schwerpunkten einen schnellen allseitigen wissenschaftlich-technischen Fortschritt bewirkt. Das ist schon lange festgestellt worden. Beim Vergleich unseres Programms mit „Eureka“ ist es sinnlos zu fragen, wer diese Prioritäten als erster entdeckt hat. Wissenschaft und Technik entwickeln sich ja in aller Welt nach den gleichen Gesetzen, und es wäre sonderbar, wenn es bei uns andere Prioritäten als in Westeuropa gäbe.

Was den Zeitfaktor anbelangt (den ich übrigens für unwichtig halte), so waren unsere fünf Schwerpunkte erstmalig in den Dokumenten des RGW-Wirtschaftsgipfels genannt, die im Juni 1984 veröffentlicht wurden, als von „Eureka“ noch niemand etwas gehört hatte.

Welches sind die wichtigsten Zielsetzungen des Programms? Was will der RGW mit der Programmerfüllung erreichen?

Kurz gesagt, will er bis zum Jahr 2000 die Arbeitsproduktivität in den RGW-Ländern mindestens verdoppeln

und die Energie- und Materialintensität je Einheit des Nationaleinkommens bedeutend senken, mit anderen Worten, der ins 21. Jahrhundert tretenden sozialistischen Gemeinschaft eine technisch-wirtschaftliche Basis sichern, die den Anforderungen im neuen Jahrhundert entspricht.

Bis dahin sollen in den RGW-Ländern über 1500 neue Maschinentypen, etwa 500 moderne Technologien, über 400 neue Werkstoffe und vieles anderes geschaffen werden.

Soll das heißen, daß das Programm ein für allemal in dieser Form angenommen worden ist und nicht geändert werden darf?

Planmäßigkeit setzt Flexibilität voraus. In den 13 Jahren bis dahin können auch neue Entwicklungsrichtungen in Wissenschaft und Technik entstehen, können sich in der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung neue innere und äußere Faktoren ergeben. Es wäre falsch, das Programm für unveränderlich zu halten. Die Praxis macht unweigerlich Präzisierungen erforderlich. Deshalb haben die RGW-Länder bei der Annahme des Programms vereinbart, zwei Jahre vor Anbruch des nächsten Planjahrhunderts wissenschaftliche Prognosen zu stellen, wie sich die genannten Schwerpunkte weiterentwickeln werden. Ich wiederhole: Die Erfüllung des Komplexprogramms bedeutet nicht nur Erfüllung der bereits geschlossenen Abkommen und Verträge, sondern eine stete Perfektionierung der

Steuerung der Entwicklungs- und Konstruktionsarbeiten und die Einführung modernster Formen der Zusammenarbeit.

Skeptiker zweifeln nicht etwa an der Fähigkeit unserer Wissenschaftler und Techniker, sondern an der bloßen Möglichkeit eines abgestimmten Zusammenwirkens der RGW-Länder in Wissenschaft, Produktion, Volato- und Finanzfragen, im rechtlichen und in anderen Aspekten.

Seit Dezember 1985, als das Programm beschlossen wurde, werden in den einzelnen RGW-Ländern sowohl wirtschaftliche als auch rechtliche Voraussetzungen für eine höhere Effektivität der zwischenstaatlichen wissenschaftlichen und technischen Zusammenarbeit geschaffen. In den einzelnen Ländern sind leitende Instanzen für die Erfüllung des Komplexprogramms gebildet worden. Die Verpflichtungen der Länder laut Programm sind in ihre Wirtschaftspläne für 1986-1990 eingebaut worden. Sie werden in ihren Jahresplänen präzisiert. Für die Bereitstellung der erforderlichen Finanzen, Arbeitskräfte und Materialien sowie für die Inbetriebnahme neuer und die Rekonstruktion der funktionierenden Kapazitäten ist gesorgt, damit die Produktion der geplanten Erzeugnisse gesichert ist.

Auch die Quellen der einzelnen Länder, aus denen die Arbeiten laut Programm finanziert werden sollen, sind größtenteils schon festgelegt. In Ungarn werden die Arbeiten aus dem Zentralfonds für technische Entwicklung und aus den Betriebsfonds, in Polen aus Zentralfonds für Forschungs- und Entwicklungsarbeiten finanziert. Bei uns in der UdSSR sind die leitenden Stellen (die die Arbeiten an einem bestimmten Problem allgemein leiten) befugt, bei unserer Außenhandelsbank Transferrabel-Konten für erforderliche Forschungen und die kontraktmäßige Herstellung im Programm vorgesehener Versuchsmuster zu eröffnen. Die Programmauflagen kommen so oder so in bilateralen Abkommen der RGW-Länder zum Ausdruck.

Bis jetzt haben Sie nichts von Unzulänglichkeiten gesagt. Welches ist die größte Schwierigkeit?

Sie liegt in der organisatorischen Unzulänglichkeit des Mechanismus für das Zusammenwirken der RGW-Länder. Diese wirkt sich auf die Erfüllung der Pläne aus. Ziemlich viel Organisatorisches wirkt hemmend. Auf der 41. RGW-Tagung hatten wir z. B. vereinbart, daß sich die Zusammenarbeit im Prinzip nach Wirtschaftsverträgen vollziehen wird. Manchmal werden wir durch die rechtlichen Formalitäten aufgehalten.

Finden Sie nicht, daß sich die Zeit der Organisierung zu lange hinzieht?

Was den Umfang der aufgeworfenen

Probleme, die Art der erwarteten Resultate und die Wirkung auf die wirtschaftliche Entwicklung der RGW-Länder betrifft, ist das Komplexprogramm etwas Einmaliges. In der Geschichte der RGW-Zusammenarbeit hat es noch nie dergleichen gegeben, ich meine in dem Sinne, daß weder die RGW-Länder zusammen noch einzelne Landesorganisationen Erfahrung in einer derart vielseitigen Einwirkung auf den sozialen und wirtschaftlichen Aspekt des gesellschaftlichen Lebens gehabt hatten. Das hat sich natürlich auf das Tempo ausgewirkt. So hat sich die Vorbereitung einiger Abkommen über die Produktionsspezialisierung und -kooperation in die Länge gezogen. Wir müssen vor allem den gemeinsamen Bedarf der RGW-Länder an Erzeugnissen schneller klären und in jedem Land die Herstellerbetriebe bestimmen.

Das Komplexprogramm betrifft nicht nur gemeinsame Forschungen. Jedes Vorhaben muß unbedingt ein Resultat haben, das die technische Basis der Wirtschaft unserer Länder einschneidend verändert. Uns genügt es keineswegs, auf neue Ideen zu kommen, mögen sie auch noch so gut sein. Wir müssen jetzt ein neues Versuchsmuster entwickeln, dessen kooperierte Produktion miteinander absprechen, die Quantität nach Bedarf der einzelnen Länder festlegen, das Muster in die Massenproduktion bringen und für die Wartung der Produktionsanlagen sorgen.

Besteht eine Garantie dafür, daß die Ergebnisse dieser Arbeit allen Anforderungen genügen werden?

Die Pläne für die Zusammenarbeit sind von führenden Wissenschaftlern und Experten im Detail geprüft worden. Sie haben festgestellt, daß viele noch im Vorbereitungsstadium befindliche Anlagen und Technologien schon im Projektstadium den angestrebten Weltstandard nicht erreichten. Die leitenden Stellen aller am Komplexprogramm beteiligten Länder müssen sich gehörig ins Zeug legen, um diesem Mißstand abzuheben.

Es ist ganz klar, daß die Absprache wissenschaftlicher, technischer und pro-

duktionstechnischer Fragen bei derart umfangreichen und komplizierten Vorhaben auf der seit Jahren gewohnten Ebene der Ministerien und anderen Zentralinstanzen allein nur hemmend wirkt. So kann das nicht weitergehen. Nur die direkt kooperierenden Organisationen oder Betriebe können die Zusammenarbeit in allen Details — bis hin zur Gründung gemeinsamer Betriebe und wissenschaftlich-technischer Organisationen — in die Wege leiten. Solche Verbindungen entwickeln sich bereits zügig. Ihr Umfang und die Zahl der gemeinsamen Betriebe nehmen schnell zu, weil die Regierungen unserer Länder wichtige Beschlüsse gefaßt haben, die die außenwirtschaftlichen Befugnisse der Wirtschaftsorganisationen dieser Länder wesentlich erweitert haben.

Wichtig ist auch folgendes: Bei der neuartigen Zusammenarbeit müssen einige währungsfinanzielle Entscheidungen sowie Entscheidungen über eine Perfectionierung der Preisbildung für die gemeinsame Produktion und über die gegenseitige Belieferung getroffen werden.

Eine weitere Schwierigkeit bei der Entwicklung dieser Formen der Zusammenarbeit besteht, meiner Ansicht nach, darin, daß die Betriebe der einzelnen Länder nicht ausreichend darüber informiert sind, wer in den anderen RGW-Ländern als Partner in Frage kommt. Deshalb ist wohl die Anregung von Interesse, eine Bank für Angaben über Betriebe einzurichten, die Direktverbindungen mit Betrieben in Bruderländern anzuknüpfen wünschen.

Wie wird sich das Komplexprogramm auf die Angleichung des Wirtschaftsniveaus der beteiligten Länder auswirken?

Ganz unmittelbar. Es erfaßt alle RGW-Länder, auch die minderentwickelten, nämlich Vietnam, Kuba und die Mongolei. Der RGW-Wirtschaftsgipfel hat es als eine unserer Hauptaufgaben bezeichnet, ihre Wirtschaft der anderen RGW-Länder anzugeleichen. Außer den schon lange praktizierten Vergünstigungen bei Krediten und anderer Wirtschaftshilfe sieht das Komplexprogramm für die wirtschaftliche

Entwicklung der drei Länder Vorfzugsbedingungen vor.

Mit dem Beistand der Freundsänder gründen sie jetzt schon moderne Produktionszweige und streben eine ausgewogene durchgehende Entwicklung ihrer Wirtschaft an. Bei der RGW-Leitung ist übrigens vor kurzem eine sehenswerte Ausstellung der vietnamesischen Elektronikindustrie eröffnet worden. Ihr Besuch war durchaus lohnend. Auch in dieser Branche hat Vietnam schon erste Erfolge aufzuweisen.

Der RGW-Wirtschaftsgipfel hat die Absicht bestätigt, die Verbindungen mit kapitalistischen Industrieländern auszudehnen, die dazu bereit sind. Wie steht es damit und speziell mit den Beziehungen zwischen RGW und EG?

Angesichts der in der ganzen Welt zunehmenden gegenseitigen wirtschaftlichen Abhängigkeit ist es besonders notwendig, die intereuropäische Zusammenarbeit profunder zu gestalten. Eine möglichst baldige Herstellung offizieller Beziehungen zwischen EG und RGW wird nicht zuletzt dazu beitragen. Diesbezügliche Verhandlungen sind bereits im Gange.

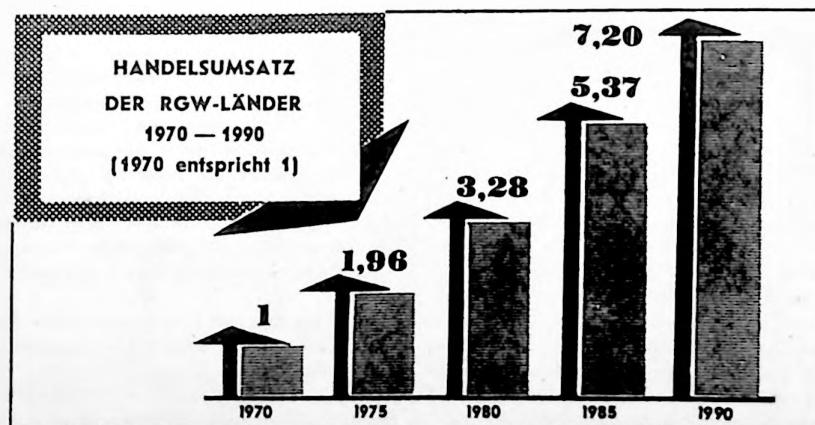
Wie weit sind sie gedehnt?

Für die Herstellung der Beziehungen liegt bereits ein Projekt vor. Beide Seiten sind bereit, es nach endgültiger Vereinbarung zu unterzeichnen. Vielversprechend für die intereuropäische Zusammenarbeit sind gemeinsame Unternehmen mit Gründung gemeinsamer Betriebe.

Neue Möglichkeiten bieten, wie gesagt, die in den RGW-Ländern getroffenen Maßnahmen zur außenwirtschaftlichen Umstellung. Ihre Betriebe und Produktionsvereinigungen bekommen neue Befugnisse zu Produktions- und Handelsbeziehungen mit Partnern im Ausland und dazu, gemeinsam mit ihnen Firmen zu gründen. Ich möchte auf Ihre erste Frage, auf einen Vergleich zwischen dem Komplexprogramm und westlichen Programmen, z. B. "Eureka", zurückkommen. Schon der bloße Vergleich zeigt, daß eine derartige Zusammenarbeit für beide Seiten effektiv und lohnend sein kann.

Sind in dem Projekt über die Zusammenarbeit RGW-EG die Branchen angegeben?

Nein, aber dadurch haben die Partner die Möglichkeit, die gemeinsamen Arbeitsbereiche sorgfältig zu erwägen und frei ihre Wahl zu treffen. Darüber werden wir natürlich nach Aufnahme der offiziellen Beziehungen speziell verhandeln. Der Übergang zu einer für beide Seiten vorteilhaften Zusammenarbeit in Produktion, Wissenschaft, Technik, Handel und im sozialen Bereich ist aber etwas ganz Reales. Eigentlich geht es darum, in der Praxis der gesamteuropäischen Zusammenarbeit die Grundsätze der friedlichen Koexistenz von Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung zu befolgen.



4—6—0 und die anderen

Inoffizielle Jugendklubs

„Die Jugend macht sich heutzutage nicht viel aus Politik. Ihr geht es um guten Verdienst, interessante Freizeitgestaltung...“ Mit dieser Meinung, die ich zum ersten Mal auf einem Treffen mit Mafilm-Regisseuren hörte, fing alles an.

Davon erzählte ich den Freunden von der Jugendkommission des Ungarischen Landesfriedensrates, der unsere Delegation vom Sowjetischen Friedenskomitee zum traditionellen Maitreffen für Frieden und Freundschaft eingeladen hatte. Bereits in Moskau hörte ich von dessen Erfolgen in der Jugendarbeit. Am meisten interessierten mich natürlich die Gründe dafür.

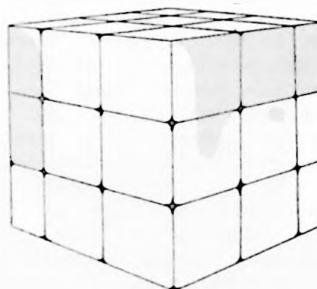
„Will die Jugend heute wirklich von Politik nichts mehr wissen?“

Auf diese Frage erhielt ich eine Menge Antworten, die insgesamt auf folgendes hinausliefen:

„Ein Teil der Jugend - kann sein. Viele sind skeptisch, engagieren sich politisch kaum, zumindest nicht auf die gewohnte, traditionelle Weise. Doch wir sind ja selbst daran schuld, weil wir den Jugendverband und die gesellschaftlichen Organisationen dermaßen verbürokratisiert und damit viele einfach abgestoßen haben. Die Jugend begann, sich selbstständig neu zu organisieren, gründete z.B. spontan Friedensclubs. Darauf wurden wir bereits 1982 aufmerksam, spürten den Tatendrang. Vor einem Jahr schufen wir dann die Jugendkommission zur Koordinierung der verschiedenen Klubs. Wir wollen nicht kontrollieren, sondern helfen...“.

Woran es den bis heute rund 60 Klubs garantiert nicht fehlt, ist schöpferische Initiative. Ein junger Journalist bot sich z.B. an, eine Anthologie mit Friedensgedichten herauszugeben. Er arbeitet nebenberuflich und ohne Bezahlung. Mit Hilfe des Friedensrates gelang es, eine Druckerei zu finden, die den Band dann sogar kostenlos druckte. Kürzlich fand auf Initiative eines Klubs anstelle des gewohnten Meetings ein Festival von Antikriegsfilmen statt.

Der Sekretär des Ungarischen Landesfriedensrates Istvan Fedor bezeichnet die Jugendarbeit als eine der wichtigsten Aufgaben des Rates.



„Den meisten Erfolg haben wir - sagt er - mit Diskussionen, an denen auch die ältere Generation teilnimmt. Wir haben kein Recht, eine künstliche Grenze zwischen uns und der Jugend zu ziehen. Wir sind doch Teile ein und derselben Gesellschaft...“

Aus dem Gespräch in der Jugendkommission:

„Die Jugendfunktionäre müssen umdenken. Früher meinte man: Wir haben eine politische Idee - die einzige richtige - und die Axt, mit der wir uns die Jugend zurechtschnitzen, wie wir sie brauchen. Unsere Aufgabe ist es aber, die Jugend denken zu lehren, sie zu befähigen, in der Masse von Ideen die wichtigsten zu erkennen, und auf dieser Grundlage etwas Eigenes zu machen...“

Pal Kocsis leitet einen der ersten Friedensclubs. In der Vergangenheit war es nicht immer einfach. Pal: „Wir nennen uns 4-6-0. Das soll heißen: Der erste Weltkrieg dauerte vier, der zweite sechs Jahre - ein neuer Krieg nur einen Augenblick.“

1982 begannen wir, eine Gruppe Studenten und junger Intellektueller, selbständig Friedensforschung zu treiben. Wir nannten uns „Dialog“. Als wir dann zum Friedensrat kamen, haben sie sich nett mit uns unterhalten und uns zu verstehen gegeben, daß wir gern unseren Beitrag zum Friedenskampf leisten können, indem wir Geld spenden. Es war so, als ob sie uns sagen wollten: In allen anderen Fragen wissen wir schon ohne Euch, was zu tun ist. Wir waren also uns selbst überlassen. Als wir 1983 dann mit der Idee kamen, daß die Erhaltung der menschlichen Zivilisation wichtiger ist als ideologische Gegensätze, hat man uns nicht verstanden, und es kam zu Spannungen zwischen uns und dem Friedensrat. Natürlich hat das auch falsche Schritte unsererseits hervorgerufen, besonders was internationale Kontakte angeht. Mancher von uns sah in der These, daß beide Supermächte gleichermaßen am Weltkrieg Schuld hätten, einen rationalen Kern. Man nannte uns Dissidenten. Am Ende löste sich „Dialog“ auf. Trotzdem gelang es vielen von uns, mit dem Friedensrat eine gemeinsame Sprache zu finden, weil wir der Meinung waren, daß der Kampf für das

Oberleben der Menschheit nicht an Meinungsverschiedenheiten darüber, wie er zu führen sei, scheitern darf. So entstand dann bald darauf der Klub in seiner heutigen Gestalt. Wir führen eigene Forschungen durch. Man hört uns an und nimmt manches auf. Letztendlich bringt ja gerade die Diskussion die Wahrheit ans Licht. In der letzten Zeit hat sich viel geändert - sowohl bei uns als auch in der Sowjetunion. Die ungewöhnlichen Initiativen der UdSSR beflügeln uns wirklich.“

Während der Treffen mit den ungarischen Freunden erinnerte ich mich an meine letzte USA-Reise. Damals sagte mir ein junger Amerikaner: Die Jugend in eurer sozialistischen Gesellschaft ist unreif, weil sie nicht um ihre Existenz kämpfen muß und ihr alles in den Schoß fällt...“

In manchem gab ich ihm Recht. Doch die Treffen in Ungarn, ja auch die Vorgänge im eigenen Land machen deutlich, daß das alles nicht so einfach ist. Natürlich gibt es junge Leute, die sich um nichts sorgen und ruhig von der Gesellschaft nehmen, was sie von Kind auf zu nehmen gewohnt sind. Da sind aber auch andere - und zwar die Mehrheit - , die versuchen, ihre Gedanken und Fähigkeiten zu realisieren, sich auf verschiedenen Gebieten zu beweisen. Es liegt in der Natur des Sozialismus, daß jeder die Möglichkeit bekommt, sich zu entfalten. Sollten aber in der sozialistischen Gesellschaft Prozesse entstehen, die die schöpferische Entwicklung der Persönlichkeit hemmen, dann bringt gerade diese Gesellschaft selbst Tendenzen hervor, sie zu überwinden.

Ein Umstand wirkt zerstörend auf das moralische Klima jeder Gesellschaft: die Existenz der Atomwaffe. Denn sie dient denen als Rechtfertigung, die gleichgültig in den Tag leben. Man kann die Jugend nur davor schützen, wenn man ihr die Möglichkeit gibt, sich selbst am Kampf gegen die atomare Gefahr zu beteiligen.

„Der Frieden beginnt zu Hause in der Familie“ hörten wir am Balaton. Bei einem Familienwochenende für den Frieden gibt es Sportwettkämpfe, eine Ausstellung von Kinderzeichnungen „Wie ich den Frieden sehe“ und vieles mehr. Janos Czingraber, einer der Organisatoren des Weekends, weist auf ein Plakat des Ungarischen Landesfriedensrates: Es zeigt einen Rubik-Würfel, auf dessen Seiten anstelle der gewohnten farbigen Quadrate Friedenstauben abgebildet sind.

Wir werden uns noch ganz schön den Kopf zerbrechen müssen, ehe dieses Bild zustande kommt...“

G. SIDOROWA
NZ-Sonderkorrespondent
Budapest

Zum 66. Mal in der UdSSR

Seit Mitte der 50er Jahre bietet die amerikanische Firma Alsimet auf dem sowjetischen Markt Ausrüstungen für die Hüttenindustrie und andere Erzeugnisse an. Der 73jährige Joseph H. Filner ist einer der aktivsten Manager in den USA. Ihn interessieren schon lange sowjetische Technologien in dieser Branche. Vor kurzem besuchte er die Sowjetunion zum 66. Mal.

Auf dem Weg zum Flughafen denkt er laut über seine Treffen mit sowjetischen Kollegen nach: „Ideen zum Ausbau der Geschäftsbeziehungen zwischen Ost und West gibt es mehr als genug. Besonders seit die sowjetische Führung neu an diese Fragen herangeht... Schon im 19. Jahrhundert sagte der amerikanische Philosoph, Dichter und Diplomat James Russell Lowell: „Es gibt kein besseres Mittel, die Vernunft zu erhalten, und sie vor Unvernunft zu schützen als das Geschäft.“ Das gilt voll und ganz für die heutigen amerikanisch-sowjetischen Beziehungen. Der Beschuß Ihrer Regierung, die Bildung gemeinsamer Betriebe zu fordern, läßt dabei auf weitere Fortschritte hoffen.“

„Wie schätzen Sie die konkreten Perspektiven für eine Erweiterung der amerikanisch-sowjetischen Handels- und Wirtschaftsbeziehungen ein?“

„In der UdSSR vertrete ich nicht nur amerikanische, sondern auch europäische Firmen. Wir glauben, daß im großen und ganzen ein gesichertes Potential für die Erweiterung des Handels zwischen unseren Ländern, der ja einen Aufwärtstrend aufweist, existiert - trotz der ernsthaften politischen Spannungen, die zum Teil durch die Neuinterpretation des ABM-Vertrages seitens unserer Regierung und durch das Drängen einer bestimmten Gruppe in der Administra-

tion auf eine baldige Stationierung von Weltraumwaffen hervorgerufen wurden.“

„Und das nimmt Ihnen nicht den Optimismus?“

„Nein. Weil die taktischen und strategischen Ziele der amerikanischen Politik gegenüber der UdSSR von fundamentalen und objektiven Faktoren bestimmt werden, die positive Resultate ermöglichen. Nehmen wir drei davon: Erstens wächst selbst in den höchsten Finanz- und Industriekreisen die Besorgnis über die materiellen, politischen und ökonomischen Gefahren, die das Welttrüben im Weltall hervorbringt, das destabilisierend wirkt. Zweitens verstärkt sich der wirtschaftliche Druck auf die Administration, der zum Ziel hat, das niedrigwesene Handels- und Finanzdefizit zu reduzieren. Das macht die Geschäftsbeziehungen mit der UdSSR und den anderen Ländern Osteuropas - vor allem nach dem starken Kursverfall des Dollars - besonders attraktiv. Drittens wächst das Vertrauen weiterer Kreise in den USA zu M. Gorbatschows Friedens- und Demokratisierungsprogramm immer mehr.“

„Die vielen Vertragsverletzungen durch die amerikanische Seite und die anderen Verstöße der US-Regierung gegen allgemein übliche Normen des internationalen Handels haben wir natürlich noch frisch im Gedächtnis.“

„Wir versuchen die sowjetischen Partner zu überzeugen, dieses Risiko einzugehen, denn es gibt Beweise, daß wir aus früheren Fehlern gelernt haben.“

Eben weil jede Verbesserung der Handelsbeziehungen auch Verbesserung des politischen Klimas bedeutet, glauben wir, daß es sich für beide Seiten lohnt, dies um des Weltfriedens willen zu riskieren. Gerade jetzt, da ein neuer wichtiger Faktor in unseren Handels- und Wirtschaftsbeziehungen hinzugekommen ist. Und zwar gemeinsame Betriebe.“

„Was halten Sie von gemeinsamen Betrieben mit der UdSSR?“

„Es gibt schon amerikanische Firmen, die großes Interesse daran haben. Wie bei jeder neuen Sache wird es auch hier viele Fragen und unvorhergesehene Probleme geben. Aber es steht außer Zweifel, daß diese Betriebe beiden Seiten Nutzen bringen werden. Die Sowjetunion hat einen großen Binnenmarkt. Ausländischen Partnern eröffnen sich Möglichkeiten für Exporte in Drittländer, sie können auf einer soliden Grundlage ihre Lieferungen in die UdSSR und folglich ihre Gewinne vergrößern... Für die Sowjetunion heißt das Zufluß von ausländischem Kapital, schnelle Modernisierung der Industrie. Sie kann ihre Technologien schneller auf den Weltstand bringen. Nur wenn man die Interessen beider Seiten einkalkuliert, wird man leichter zu Vertragsabschlüssen kommen und die bürokratischen Schranken überwinden können.“

Natürlich ist es wichtig, stereotype Denk- und Handlungsweisen zu überwinden. Das gilt für uns wie für Sie. Die Teilhaber, Partner von gemeinsamen Unternehmen werden viel Enthusiasmus und Kreativität benötigen, um erfolgreich zu sein. Widerstand gegen Veränderungen oder, wenn sie so wollen, fehlenden Enthusiasmus erwarte ich auch seitens großer Konzerne im Westen. Vielleicht befürchten sie, daß die Sowjetunion über die gemeinsamen Betriebe Zutritt zu solchen Märkten auf der Welt bekommt, wo sie sich als Hausherr fühlen. Deshalb glaube ich, daß ausländische Firmen mittlerer Größe besonders an gemeinsamen Betrieben mit der UdSSR interessiert sein werden, weil sich ihnen damit neue Absatzmärkte erschließen, und sie ihre Positionen gegenüber den Riesen im eigenen Land stärken können.“

„Wie würden Sie antworten, wenn Ihnen zu Hause jemand sagt, daß man den Russen nicht trauen könne?“

„Jedem Geschäftsmann, der ständig mit der Sowjetunion zu tun hat, ist klar: Es gibt auf der ganzen Welt keinen zuverlässigeren Handelspartner.“

Das Gespräch führte Michail BRUK.

Das Moskauer Zentrum für internationale Handel und wissenschaftlich-technische Beziehungen

Foto: W. Panow



„Jeder soll machen, was er kann“

Der Dramatiker Viktor ROSOW

diskutiert mit dem Bühnenkritiker Konstantin STSCHERBAKOW

K. S.: An Gutes gewöhnen wir uns schnell. Noch vor anderthalb Jahren waren Bühnenstücke wie "Silberne Hochzeit", "Sprich!" und "Diktatur des Gewissens" unsere Sorgenkinder, und wir waren bereit, für sie mit ihren beamteten Gegnern zu kämpfen. Heute sind sie allgemein anerkannt und ist ihre mutige soziale Streitbarkeit etwas ganz Normales. In der Bühnenkunst vollziehen sich einschneidende Veränderungen. Viele Bühnentruppen experimentieren. Heute freuen wir uns darüber, machen uns aber Sorgen, die Experimente könnten nicht gründlich genug durchdacht und vorbereitet sein. Wie stehen Sie zu den Experimenten und den damit zusammenhängenden künstlerischen und organisatorischen Vorgängen?

V. R.: Eigenlich nicht einschichtig. Viel Nützliches, Notwendiges ist schon und wird noch getan. Ich meine die viel größere Selbständigkeit der Theater bei der Auswahl der Stücke. Wenn ihnen früher ihr Repertoire von den Kulturfunktionären oft mehr oder minder nachdrücklich aufgenötigt wurde, so steht es ihnen heute frei, ihren Spielplan im Einklang mit ihrer eigenen Stilrichtung zusammenzustellen, und nun müssen sie natürlich für das Gebotene vor dem Publikum geradestehen. Allerdings kommen aus manchen Städten noch jetzt Klagen, daß sich die Kulturpäpste noch immer rigoros in die Auswahl der Stücke einmischen. Vor einiger Zeit wurde die im Kiewer Theater "Lesja Ukrainska" bereits einstudierte und, nach meiner Ansicht, vorzügliche Aufführung meines "Auerhahns" verboten. Komisch, das

Kiewer Fernsehen hat mich neulich um die Erlaubnis zur Aufführung des Stücks gebeten.

K. S.: Die Sache ist also doch in Gang gekommen?

V. R.: Sagen wir lieber, sie kommt in Gang.

K. S.: Einverstanden. Als ich vor einigen Monaten in Kiew war, traten Funktionäre des Komsomol entschieden dagegen auf, daß "Die Diktatur des Gewissens" von Schatrow im Jugendtheater aufgeführt wird. Sie versuchten einzugreifen. Die "Sowjetskaja kultura" schrieb ausführlich darüber. Heute wird das Stück vor ausverkauftem Haus gegeben.

V. R.: Ich sage ja, die Sache ist in Gang gekommen. Mit den Spielplänen ist es ganz anders als vor drei oder sogar noch vor zwei Jahren. Aber manches Andere alarmiert mich, z. B. die Rentabilität und wirtschaftliche Rechnungsführung... Die Bühnen sind vernachlässigt, sie verlieren Zuschauer, namentlich in der Provinz. Ich finde, mit dem wirtschaftlichen Aspekt des Experiments muß man sehr behutsam umgehen. Ich bin überzeugt, daß ein großer Teil der Theater diesem Aspekt nicht gewachsen ist. Ebenso wie das Bildungsessen muß die Kunst großzügig dotiert werden. Ich würde die Schließung selbst ausgesprochen unrentabler Theater nicht überreilen.

K. S.: Da liegt ein Problem: die Abstellung des Spielplans auf den Kassenerfolg, aufs Geldverdienen um jeden Preis.

V. R.: Gerade das schreckt mich nicht. Wenn ich Einwände gegen die Grün-

dung eines Krimi-Theaters höre, dann wehre ich mich dagegen. Warum soll es nicht auch so ein Theater geben? Wenn es gute, spannende Stücke aufführen würde, ginge ich selbst mit gern hin. Ich würde auch die Bildung einer auf Unterhaltungsstücke spezialisierten Truppe begrüßen. Natürlich ist Unterhaltung nicht die einzige Aufgabe der Bühnenkunst, man darf sie aber auch nicht links liegen lassen. Es muß Theater verschiedener Art, Form und Richtung geben, nur gut müssen sie sein. Die Garantie dafür ist, meiner Ansicht nach, das Vorhandensein eines talentierten Intendanten mit einem gehaltvollen, künstlerisch profilierten Arbeitsprogramm.

K. S.: Das ist der springende Punkt. Solche Intendanten kann man nicht einfach nehmen und einsetzen. Einer ist es entweder, oder er ist es nicht.

V. R.: Gewiß. Und trotzdem würde ich diese Probleme nicht auf die Spitze treiben. Daß es mit den führenden Bühnenkünstlern schlechter wird, war ja vorauszusehen.

K. S.: Wieso?

V. R.: Ganz einfach, weil die Bühnenintendanten in vielen Städten den Stadtbehörden, d. h. oft inkompetenten Kulturfunktionären, strikt unterstellt waren. Ihnen wurde gesagt, was sie aufführen sollen, wie oft und wann. Ein wirklich kreativer Mensch kann nicht nach strikten Regeln schaffen. Leute, die das Zeug zum Intendanten hatten, sind lieber unter die einfachen Regisseure gegangen, als sich gängeln zu lassen. Ich kann das verstehen. Wenn jemand hinter mir stünde und mir andauernd vorschreiben würde, mit meinem Helden und meiner Handlung so und nicht anders zu verfahren, dann könnte ich kein Stück schreiben.

K. S.: Da liegt aber noch ein Problem. Es hängt mit dem Status und den Obliegenheiten des Intendanten zusammen. Ja, er darf nicht von den Kulturinstanzen gegängelt werden. Aber wie ist sein Verhältnis zur Truppe, zum künstlerischen Beirat, zur Gewerkschaft und anderen am Theater bestehenden Organisationen? Ich sage das, weil in vielen Theatern stürmisch diskutiert wird,

weil Schauspieler ihren Intendanten stürzen wollen, was manchmal auch gelingt, oder weil sie Aufführungen nach Abstimmungen absetzen usw. In den experimentierenden Theatern haben das Kollektiv und die künstlerischen Beiräte immer mehr zu sagen.

V. R.: Dazu möchte ich mich auch nachdrücklicher äußern. Weder die Truppe noch ein künstlerischer Beirat kann ein Stück inszenieren. Der Beirat hat beratende Funktion, und über die Inszenierung entscheidet der Regisseur — der Intendant oder ein einfacher Regisseur, wenn er sich das Stück auf der Bühne vorstellt und fühlt, daß er es inszenieren muß. Er muß das letzte Wort haben, natürlich wenn er seine Stellung nicht zu persönlichen, eigennützigen Zwecken mißbraucht. Versuche, über Spielplan- und andere kreative Fragen in der Versammlung durch Handzeichen entscheiden zu wollen — also etwas Unsinnigeres kann ich mir nicht vorstellen.

K. S.: Vor kurzem versuchte ein großer Teil der Truppe des Moskauer Künstlertheaters über dessen Zukunft auf diese Art und Weise zu entscheiden.

V. R.: Mich freut es, daß sich im Verband der Bühnenkünstler und in den Kulturinstanzen Leute gefunden haben, die zu dieser Krisensituation verantwortungsbewußt, nüchtern und ernst Stellung nahmen und noch so vehement vorgebrachte Argumente nicht als stichhaltig anerkannten. Ich halte die getroffene Entscheidung für die denkbar beste. Wunderbar, daß Oleg Jefremow die Truppe endlich teilen und sich zu dem Teil schlagen konnte, der ihn anerkennt und mit seinem kreativen Programm einverstanden ist.

K. S.: Ich habe sagen hören, daß diese

Entscheidung dem anderen Teil der Truppe gegenüber nicht human sei.

V. R.: Wieso? Keiner ist gefeuert, ja nicht einmal in seinen Rechten beeinträchtigt worden. Der andere Teil hat Räumlichkeiten, Gehälter und eine funktionierende Direktion. Er braucht nur noch ein eigenes Arbeitsprogramm und einen tonangebenden Regisseur.

K. S.: Ich kann, offengestanden, die Schauspieler nicht begreifen, die an Jefremow kein gutes Haar gelassen haben, aber vehement und bis zuletzt gegen die Teilung der Truppe auftraten. Wenn einem ein Vorgesetzter nicht paßt und man aufgefordert wird, sich von ihm zu trennen — was will man mehr? Offenbar ging gewissen Leuten die sorglose Existenz im Zeichen des Künstlertheaters über die Kunst. Ohne die Künstler, die in den letzten Jahren die besten Aufführungen des Künstlertheaters zu stande brachten, müssen die anderen ihre Existenzberechtigung in ihrer neuen Eigenschaft durch Können, durch die Kunst unter Beweis stellen.

V. R.: Natürlich. Die Truppe, die im neuen Gebäude des Künstlertheaters geblieben ist, hat gute Schauspieler und kann Regisseure heranholen, die sie interessieren und die sie braucht. Also an die Arbeit und gutes Gelingen!

K. S.: Die heftigen Auseinandersetzungen hat man als Unbeteiliger schon durch das Echo in der Presse gespürt.

V. R.: Jetzt neigt man überhaupt dazu, in Theatern sozusagen betriebliche Streitigkeiten lautstark und nicht gerade fair auszutragen. Darüber habe ich mich in der "Literurnaja gasha" schon geäußert. Ich möchte folgendes hinzufügen: Bei uns bestanden lange Verhältnisse, unter denen die menschliche Persönlichkeit verformt wurde. Eine verformte Persönlichkeit bringt aber auch ihr Empfinden verformt zum Ausdruck. Schauspieler sind emotional, bei ihnen tritt eine Verformung am krassesten zutage. Daher die vielen Sinnlosigkeiten bei Entscheidungen über interne Probleme einer Bühne.

K. S.: In Ihrem Artikel in der "Literurnaja gasha" haben Sie den Ausdruck *Mob* gebraucht, was viele schockiert hat.

V. R.: Also war er angebracht. Wen habe ich damit gemeint? Es gibt eine Kategorie privilegierter Personen, die alle Vorrechte und guten Dinge als selbstverständlich nehmen und nicht einmal an eine Gegenleistung, an eine Verpflichtung denen gegenüber denken, die diese guten Dinge geschaffen haben. Und es gibt Personen mit einem Neidkomplex, die glauben, zurückgesetzt zu werden, und auf jeden eine Wut haben, der mehr verdient und im Leben überhaupt mehr erreicht hat. Weiß Gott, ich will weder leitende Persönlichkeiten oder gar die Massen beleidigen, ich will nur sagen, daß es leider Menschen mit verformter Moral gibt. Für mich sind Leute, die ihr Amt mißbrauchen, um den Staat zu bestehlen, und Leute, die

aufreibende Kleinkriege gegen eine kreative Persönlichkeit führen, gleich schlimm. Sie haben keine Moral.

K. S.: Sicher liegt es auch an einer elementaren Unerzogenheit. Mancher will vielleicht niemanden kränken, er sagt etwas Abfälliges und begreift nicht, daß es beleidigend ist.

V. R.: Ja, daran liegt es auch und an der Unfähigkeit, einander zuzuhören, die Argumente eines Gegners einzusehen und nicht mit Schimpfen, sondern ebenfalls mit Argumenten darauf zu reagieren. Es ist ungemein wichtig, im Land die richtigen Verhältnisse für die Entwicklung der Demokratie zu schaffen. Nicht minder wichtig ist es, Menschen zu Persönlichkeiten zu erziehen, die unter demokratischen Verhältnissen leben und sich vollwertig entwickeln können, wie es ihnen ansteht, und das ist, meiner Ansicht nach, langwieriger und mühseliger. Aber davor darf man nicht zurücksehen. Ich persönlich rege mich über die absurden Erscheinungen in unserem Bühnenleben nicht besonders auf. Das will durchgemacht sein, das muß man hinter sich bringen.

K. S.: Was soll aber aus der Demokratie im Theater werden, schon vom Standpunkt Ihrer Betrachtungen über den Status des führenden Regisseurs? Ich mache mir auch darüber Gedanken und finde keine eindeutige, erschöpfende Antwort.

V. R.: Demokratie im Theater bedeutet, meiner Ansicht nach, vor allem kultivierte Beziehungen des Intendanten zu den Darstellern und umgekehrt. Betrachten wir die Dinge einmal von höherem Standpunkt aus! Die jetzige Demokratisierung unserer Gesellschaft ist eine epochale Erscheinung. Aber vergessen wir nicht, daß Demokratie ein komplizierter Begriff ist und daß wir noch lernen müssen, demokratisch zu leben. Die Art, wie sie in unseren verschiedenen Lebensbereichen, auch im Theater, wirkt, muß in konstruktivem, freiem Meinungsaustausch ohne alle Ranküne gefunden werden. Wie schön ist es, offen alles sagen zu können, was man denkt. Aber man muß erst lernen, zuzuhören. Es gibt kein Monopol auf die Demokratie, sie erstreckt sich auf alle.

K. S.: Wir beide sprechen hier über allerlei Faktoren, die die Entwicklung der Demokratie behindern oder fördern. Was behindert sie am meisten?

V. R.: Wir haben ihn erwähnt, aber nur kurz. Man muß ausführlicher und bestimmter darüber reden. Der stärkste hemmende Faktor ist die Bürokratie jeder Art.

K. S.: Je klarer es sich herausstellt, daß die Umstellung, Demokratisierung und Publizität keine Windeier sind, desto stärker wird der Widerstand der Bürokratie.

V. R.: Ich möchte von jenen Bürokraten sprechen, die sich scheinbar nicht widersetzen und die Neuerungen und Experimente begrüßen, ihnen aber aktiv keine Hindernisse bereiten, weil sie

Szene aus dem Stück "Die Diktatur des Gewissens" im Moskauer Theater "Leininscher Komsomol".

Foto: TASS



wissen, daß einen das heute leider zu stellen käme. Worauf sie hineuswollen, ist klar, faktisch wollen sie aber nur das alles überdeuern. Wir haben fast keine Erfahrung in der Selbstverwaltung. Anfangs wird es — in der Bühnen- und Filmkunst usw. — viel Durcheinander geben, dann werden sich die verehrten Repräsentanten der Öffentlichkeit endgültig verblästern oder verzanken — und dann wird unsere Hilfe not tun, dann wird klar sein, daß es ohne uns nicht geht.

K. S.: Es hängt von uns ab, zu erreichen, daß wir die Hilfe der erwähnten Kategorie nicht brauchen. Hier sollte man wahrscheinlich auch diejenigen Kulturfunktionäre erwähnen, die heute mit den Künstlern eine gemeinsame Sprache finden und alles tun, um die Umsteilung in Bühnen- und Filmkunst zu beschleunigen.

V. R.: Gewiß. Ich möchte aber auf noch einen hemmenden Faktor eingehen, der wohl auch zu den wichtigen gehört: über unsere eigene Angst, die sich in Jahrzehnten gestaut hat. Ich meine das soziale und nicht das biologische Angstgefühl — dieses brauchen wir gerade, denn ohne kann man unter die Räder kommen. Aber das soziale... Ich sammle Briefmarken und treffe mich oft mit anderen Sammlern. Vor kurzem war ich mit einem sehr netten Intellektuellen zusammen. Wir plauderten, auf einmal packte er mich am Ellbogen und flüsterte: "Haben Sie schon gehört? Es heißt, man will Rybakows Roman 'Kinder vom Arbat' herausgeben. Da soll ja so allerhand drinstehen..." Ich antwortete, daß der Roman schon in der Zeitschrift "Drushba narodow" ("Volkerfreundschaft") gedruckt wird. Und er im Flüsterton: "Hab' ich auch gehört." Vielleicht kommt es noch soweit, daß uns jemand zuflüstert, was in der "Prawda" steht.

K. S.: Ja...

V. R.: Solange wir das schmähliche Gefühl nicht loswerden, daß jemand Mißbilligung äußern wird, daß wir von jemandem etwas für unsere gesellschaftliche Aktivität abbekommen werden, ist von uns nichts Vernünftiges zu erwarten. Zum Schluß noch über das Gefühl der Verantwortung für unser Tun, über unsere persönliche Verantwortung. Bei vielen ist dieses Gefühl abgestumpft, und ohne Verantwortungsgefühl geht es auch nicht. Ich lasse mir nicht sagen, daß meine Ruhepausen auch der Allgemeinheit gehören. Ich spanne aus, wie ich will: schlaf, lese, angle oder sammle Marken. Wenn ich nicht gerade etwas Asoziales tue, geht es niemanden etwas an. Im Verantwortungsgefühl für meine Arbeit äußert sich meine staatsbürgerliche und ethische Erziehung, meine Auffassung von meiner Pflicht vor allen Menschen, vor meinen Kindern.

Also gehen wir an die Arbeit. Jeder soll machen, was er kann.

FILM

Die große Zukunft des Films

Der sowjetische Film war beim Filmfestival in Cannes so stark vertreten wie nie zuvor. Sowjetische Filme erhielten sehr viele Auszeichnungen und Preise.

Während des Filmfestivals in Cannes herrscht bisweilen ein derartiges Treiben, daß man nur am frühen Morgen oder spät nach Sonnenuntergang noch den Geruch des Meeres verspürt.

Das diesjährige war schon das 40. internationale Filmfestival. Seine Veranstalter halten alles getan, damit das Jubiläumsfestival zu einem ganz besonderen Ereignis wurde. Die französischen Fernsehzuschauer wurden mehrmals täglich von Festivalnachrichten berichtet, die Filmwerbung war aufdringlich wie immer und die Stars beeindruckten durch Extravaganz und teuren Schmuck. Das Treiben um das Festival schien den Film fast verdrängt zu haben. Doch glücklicherweise überlebte die Kunst trotz dieser Hektik — und das ist vor allem dem hohen Niveau der Filme zu verdanken.

Im Grunde finden im Rahmen des Filmfestivals von Cannes gleich mehrere Filmfestivals mit unterschiedlichen Programmen statt. Zweifellos ist das offizielle Programm aus den ca. 20 Wettbewerbsfilmen und den außerhalb des Wettbewerbs laufenden Streifen das Hauptereignis. Der sowjetische Film war in diesem Jahr durch Tengis Abuladses "Reue" und den von Italien eingereichten sowjetisch-italienischen Film Nikita Michalkows "Schwarze Augen" vertreten. Für das offizielle Programm wurden auch die letzten Streifen von Federico Fellini und Ettore Scola, Wim Wenders und Woody Allen, Paul Newman, der Brüder Taviani und vieler anderer Filmemacher ausgewählt. Zehn Preisträger der "Golden Palme" von Cannes aus den letzten Jahren präsentierte ihre neuen Filme auf dem Jubiläumsfestival.

Oberdies liefen auch andere Programme wie die "Woche der Kritik", die bereits zum 26. Mal hintereinander veranstaltet wurde. In diesem Programm wurde Konstantin Lopuschanskis Arbeit "Briefe eines Toten" vorgestellt. Das Programm "Der besondere Blick" (wird zum zehntenmal durchgeführt) enthielt zwei sowjetische Filme — Nana Dshordshades "Robinsonade" und Alexander Kajdanowskis "Einfachen Tod". Das Filmforum umfaßte sowohl Kinder-

filme als auch Filmopern, unter anderem von sowjetischen Regisseuren.

Gewisse Leute reagierten offenbar gereizt darauf, daß sowjetische Filme internationale Anerkennung bei Kritik und Filmexperten fanden. Eine Pariser Zeitung empörte sich: "Wie lange werden wir hier noch Preise an den offiziellen sowjetischen Film verteilen?"

Doch nicht diese Kräfte machten das Weiter in Cannes, und das große Lob für Tengis Abuladses Werk wurde ganz natürlich aufgenommen. Die "Reue" erhielt hier zwei weitere Preise, darunter einen für die Filmemacher besonders wertvollen — den Preis des Internationalen Verbandes der Filmkritiker. Von einer Arbeit mit Signalwirkung für den sowjetischen Film sprach die "Humanité". "Der Film besitzt unbestreitbare Wert, regt zu gründlichem Nachdenken an", meinte der "Matin". Und der bekannte französische Kritiker Marcel Martin faßte die Meinungen über die "Reue" zusammen: "Der Film hinterließ



Tengis Abuladse

Mit einem großen Sonderpreis der Festivalsjury wurde der Regisseur Tengis Abuladse für den Film "Reue" ausgezeichnet.

Die Regisseurin Nana Dshordshadse, Mithärtin der satirischen Komödie "Robinsonade oder mein englischer Großvater", erhielt die "Goldene Kamera" des Festivals.

Marcello Mastroianni (Italien), der die Hauptrolle in dem sowjetisch-italienischen Film "Schwarze Augen" des Regisseurs Nikita Michalkow spielte, bekam den Festivalpreis für die beste Männerrolle.

Der amerikanischen Filmschauspielerin Barbara Hershey (Andrey Konchalowskis Streifen "Beschädigte Leute") wurde der Preis für die beste Darbietung einer Frauenrolle zuerkannt.



Nana Dshordshadse

einen enormen Eindruck, doch dabei wurden seine cineastischen Leistungen unterschiedlich bewertet, da er traditionelle künstlerische Begriffe zerstörte, indem er das Phantastische mit dem Realismus vermischt."

Die internationale Jury (der auch der erste Sekretär des Verbandes der Filmschaffenden der UdSSR, Elem Klimow, angehörte) bevorzugte den ernsten Film, nicht aber das Kommerzkino. Das Ringen dieser beiden Tendenzen wurde auch in Cannes deutlich, um so mehr, als beide Richtungen meist führende Vertreter im offiziellen Programm hatten. Gerade von solchen Überlegungen ließ sich die Filmjury leiten, als sie dem französischen Film von Maurice Pialat "Unter der Sonne des Satans", einem strittigen, filmisch keineswegs einwandfreien Streifen, der das Publikum

nur schwer anspricht, doch tief schürfende philosophische Probleme in spezifischer Form aufwirft, die "Goldene Palme" zusprach.

Das Sujet, das einem Roman von Georges Bernanos, einem französischen Prosaiker aus der ersten Hälfte des 20. Jh., entnommen ist, berichtet vom Schicksal eines bescheidenen Landpfarrers (gespielt von Gerard Depardieu), der das Böse herausforderte und das Gute behaupten will, wobei er in sich selbst neue Kräfte für diesen Kampf entdeckt. Doch letztlich erweist sich all sein Mühen als erfolglos.

Der B R D - R e g i s s e u r Wim Wenders, Träger des Regiepreises und Sieger des Festivals von 1984, vertritt ebenfalls diese Tendenz des internationalen Films. Sein neuer Streifen, der erst einige Tage vor der Premiere von Cannes abgeschlossen wurde, heißt "Der Himmel über Berlin". Das Sujet ist einfach und ungewöhnlich. Zwei Engel, für die meisten Menschen unsichtbar, beobachten in Berlin das Leben der Stadt, die Leiden und Hoffnungen seiner Bewohner. Es sind arbeitslose Engel. Die Menschen brauchen sie offenbar nicht, sagte der Regisseur in einem Interview, und in einem anderen erklärte er seine künstlerische Absicht so: "Ich glaube nicht an Engel. Ein Engel — das ist am ehesten die Gestalt des Kindes, die jeder in sich trägt. Dieses Kind ist neugierig, offen für die Aufnahme von allem Neuen, hat das Böse noch nicht erfahren. Die Engel habe ich mir ausgedacht, um die Möglichkeit zu haben, die Filmkamera mit der Unschuld zu konfrontieren."

Das Ringen zwischen Kommerzkino und ernstem Film war in Cannes vielfältig. Und so sah es im amerikanischen Film aus: Obgleich der



Marcello Mastroianni und Barbara Hershey

Filmmarkt von Cannes (und das ist wohl natürlich) eine breite Auswahl von Streifen präsentierte, die den US-Studios in den letzten Jahren sagenhafte Gewinne und einen übeln Ruf eingebracht hatten, waren nicht sie es, die in das offizielle Festivalprogramm aufgenommen wurden. Mit bescheidenen Mitteln gemachte Filme, ohne besondere Tricks und raffinierte Effekte, demonstrieren, daß im amerikanischen Film gesunde Tendenzen wiedererwachen, die imstande sind, Fragen der Moral und des Humanismus, die das Publikum stark berühren, auf die Leinwand zurückzuholen. Als Beispiel sei die großartige Verfilmung des bekannten Bühnenstücks von Tennessee Williams "Die Glasmenagerie" durch Paul Newman genannt, unvergänglich durch die großartige Filmschauspielerin Joanne Woodward.

Der Kampf der wahren Kunst gegen Kunstszatz, die Rolle des geistigen Lebens im Alltag und in historischer Perspektive wurden auch in den italienischen Filmen deutlich. So in Federico Fellinis faszinierendem Film "Das Interview", der außerhalb des Festivalwettbewerbs seine Premiere erlebte. In dem unverwechselbar zauberhaften Stil, dessen Geheimnisse nur dieser Filmschaffende kennt, werden sein persönliches Schicksal, die Geschichte des Films deutlich, erkennt man die Konturen der Probleme von Gegenwart und Vergangenheit, deren Odem wir auch heute spüren. Wovon handelt der Film? Japanische Journalisten besuchten Fellini bei Drehaufnahmen in Cinecitta, dem Filmzentrum bei Rom, um ihn zu interviewen. Der Maestro antwortete, erinnerte sich. "Das ist eine Art Kladde, eine Skizze, ein Scherz", erklärte der Filmemacher mit Understatement. Von diesem ironischen, grandiosen und pathetischen Schauspiel, das sich auf der Leinwand abspielt, kommt der Zuschauer für keine Sekunde los.

Und dann der rührende, poetische, außerhalb des Wettbewerbs laufende Film der Brüder Taviani "Guten Morgen, Babylonien". Die beiden Brüder, Nachkommen berühmter italienischer Architekten, gelangten auf Arbeitssuche nach Hollywood, zu jener Zeit noch ein großes Dorf -- die Handlung spielt vor dem ersten Weltkrieg. Dort tun sie das Ihre, um das Produkt einer neuen Zivilisation zu propagieren — den Film, einen "Palast aus Zelluloidstreifen", wie man ihn erklärt. Der Film kündet von der Ewigkeit des menschlichen Genius. Und immer geht es um die gleiche Frage, was eitel und vergänglich, was aber bleibend, ja ewig ist...

N. JERMAKOW
TASS-Korrespondent für die NZ

Cannes-Paris

Fotos: TASS

GENIE AUS DER RETORTE?

Babies aus der Retorte und im Brutkasten, Ersatzmütter — diese vor kurzem entstandenen Begriffe sind noch sensationell.

Neu in der Wissenschaft vom Menschen sind die künstliche Befruchtung und die Möglichkeit, im Frühstadium der Schwangerschaft zu erkennen, ob es ein Junge oder ein Mädchen werden wird. Was für ethische Probleme entstehen in diesem Zusammenhang?

Hierzu hat unser Korrespondent Juri Samoilow Lewon BADALIAN, Mitglied der Medizinischen Akademie der UdSSR und Präsidenten der Vereinigung der sozialistischen Länder für Kinderneurologie, interviewt.

Vor einigen Jahren wurde in Kalifornien eine Bank von Genen mehrerer Nobelpreisträger angelegt. Man glaubte, durch künstliche Befruchtung Supermänner zu erzielen, deren Intellekt weit über dem Durchschnitt stehen würde. Halten Sie das für möglich?

Das ist absurd. Nach ungefähren Berechnungen vererbt ein Mensch nur 25 Prozent seiner Fähigkeiten. Alle sonstigen Eigenschaften sind auf soziale Faktoren, auf die Erziehung im weitesten Sinne zurückzuführen. Von Kindern, die in der Familie aufwachsen, erreichen nur sehr wenige genau das, was ihre Väter erreicht haben. Was soll man dann erst von Kindern sagen, deren Mütter ihre genialen "Ehemänner" nie zu Gesicht bekommen haben?

Es ist aber festgestellt worden, daß Tiere Merkmale erben, die zur höheren Nerventätigkeit zählen. Kluge Hunde bringen z. B. pfiffige Jungs zur Welt.

Ich bin entschieden gegen eine tierärztliche Einstellung zum Menschen. Der Mensch ist ein geistiges Wesen und unterscheidet sich darin vom Tier. Man soll in die Natur des Menschen nicht eingreifen. Wir kennen sie zuwenig.

Wollen Sie damit sagen, daß Sie gegen die künstliche Befruchtung sind?

Keineswegs. Jetzt ist jede sechste Familie kinderlos. Solche Familien sind selten glücklich. Wenn man helfen kann, soll man es tun.

Es gibt Einrichtungen, in denen solche Operationen ausgeführt werden. Wie kommt es, daß sich die Sache bei uns nur langsam einführt?

Das liegt an sozialer Heuchelei und an psychologischen Hemmungen. Die Allgemeinheit ist noch nicht dazu bereit. Viele schämen sich vor solchen Operationen und sprechen nicht einmal laut davon. Doch viele Frauen würden sich gern operieren lassen. Sie müssen aber Monate warten, bis sie an der Reihe sind. Dabei ist das keine schwere Operation. Die befruchtete Eizelle wird in die Gebärmutter eingeplant. Das ist alles. Man könnte es in vielen Kliniken machen, aber die Ethik muß strikt

gewahrt werden. Die Ehemänner brauchen vielleicht nicht alles zu wissen. Ich bin kein Jurist, meine aber, daß man einen angehenden Vater nicht kommen lassen und ihm nicht sagen darf: "Ihrer Frau wird eine mit dem Sperma eines anderen Mannes befruchtete Eizelle eingeplant. Unterschreiben Sie, daß Sie nichts dagegen haben." Das wäre auch so eine tierärztliche Einstellung.

Die Emanzipation hat dazu geführt, daß sich viele Frauen nicht mit einer Schwangerschaft belasten wollen. Wie stehen Sie zu Brutkästen für Kinder?

Vor etwa 20 Jahren versuchte der italienische Wissenschaftler Petruccio, einen Fötus "in der Retorte" großzuziehen. Das erregte Aufsehen, mißlang aber. Nach einigen Wochen starb die Frucht. Soviel ich weiß, ist das nie wieder versucht worden. Faktisch muß man eine künstliche Gebärmutter entwickeln. Grundsätzlich wäre nichts daran auszusetzen. Es gibt ja künstliche Herzen und Nieren. Mir scheint, man sollte diese Art Forschungen weiterführen.

Im Westen gibt es schon Leihmütter, Frauen, die für Geld eine befruchtete fremde Eizelle austragen. In einem in "Literaturnaja gaseja" erschienenen Aufsatz haben Sie diese Methode biologische Prostitution und die Leihmütter Glücken genannt. Verurteilen Sie solche Frauen etwa?

Nein, sie tun mir leid. Es ist eine Schmach, wenn eine Frau ihren Körper für Geld vermieten muß. Die künftige Mutter trägt die Frucht neun Monate aus, dann muß sie das Kind hergeben. Dazu ist nicht jede Frau fähig. Die Erscheinung der Leihmütter droht, Sittenbegriffe umzustürzen, die sich in Jahrtausenden gebildet haben. Das Austragen einer fremden Frucht ist, meiner Ansicht nach, nur bei naher Verwandtschaft gerechtfertigt. Manche geben doch beispielsweise eine Niere für eine Schwester, einen Bruder oder das eigene Kind her.

Vorteilhaft an der künstlichen Befruchtung ist schon der Umstand, daß die zukünftigen Eltern im voraus medizi-



nisch-biologisch untersucht werden und daß über ihre Vorfahren Klarheit geschaffen wird. Junge Brautpaare sind gewöhnlich im siebten Himmel und denken an so etwas nicht. Manche bringen dann Kinder mit schweren Erbschäden zur Welt. Würde ein Gesetz, das die Eheschließung ohne genetische Analysen der Heiratskandidaten verbietet, nicht die Menschheit gesünder machen?

Ich glaube, ein Verbot würde kaum helfen. Kranke Kinder werden ja nicht nur in der Ehe geboren. Ich kenne eine Frau, die acht erkrankte Kinder von acht verschiedenen Männern zur Welt gebracht hat. Sie trinkt. Alle acht Kinder sind schwachsinnig und in Kinderheimen untergebracht. Wenn sie aufwachsen, werden sie sich nichts verbieten lassen. Deshalb soll man heute schon für bessere Allgemeinbildung sorgen, damit sich die Leute selbst um eine gesunde Nachkommenschaft bemühen. Wir haben dafür medizinisch-biologische Beratungsstellen, vorläufig allerdings nur wenige, und die meisten sind allgemein. Sie sollten nach den wichtigsten medizinischen Fächern unterteilt sein, denn die Diagnose der Erbkrankheiten ist sehr schwierig. Bei den allgemeinen Beratungsstellen können derart spezielle Untersuchungen nur schwer oder gar nicht vorgenommen werden.

Die Genetiker können jetzt das Geschlecht des Embryos in einem früheren Schwangerschaftsstadium feststellen. Daraus ergibt sich die Möglichkeit, die Zahl der Männer und Frauen zu regulieren. Würde die Verbreitung dieser Methode zu einer Störung der Struktur der menschlichen Gesellschaft führen?

Die Natur hat in ihrer Harmonie dafür gesorgt, daß die Zahl der Männer und Frauen immer ungefähr gleich ist. Soziologen sagen aber, daß von den von ihnen befragten Familien 65 Prozent lieber Jungen haben wollen. Bei einer unkontrollierten Anwendung dieser Methode würde es also nur halb so viele Mädchen wie Jungen geben, und jeder zweite Mann würde Junggeselle bleiben.

Was sollen sie machen? Fremde Familien zerstören oder sich abkapseln? Beides taugt nichts. Deshalb glaube ich, die Menschheit ist vernünftig genug, es nicht erst dazu kommen zu lassen.

Die besagte Methode kann aber auch viel Nutzen bringen, z. B. Erbkrankheiten vorbeugen. Viele dieser Krankheiten befallen nur Jungen. Unter den Jungen gibt es z. B. Bluter. Das ist eine gefährliche Krankheit, denn schon ein kleiner Messerschnitt kann zum Verbluten führen. Wenn bei einem männlichen Fötus die Eventualität dieser Krankheit festgestellt wird, dann wird die Schwangerschaft abgebrochen. Das geschieht auch bei anderen schweren Erbkrankheiten, sagen wir, bei der Duchenne-Krankheit, dem Muskelschwund in seiner schwersten Form. Die genetische Kontrolle kann also im Kampf gegen Erbkrankheiten nützlich sein, die nach einer Definition der Genetiker mit dem Geschlecht "gekoppelt" sind.

Die Erfolge der Genetik können leider das Zurweltkommen von Kindern mit Asphyxia neonatorum, d.h. mit langwierigen Atemstörungen, nicht verhüten. Soll man solche Kinder jedesmal retten? In der Diskussion mit dem Präsidenten der Weltvereinigung für Neurologie, Prof. Masland, haben Sie ein Beispiel aus einer Novelle von Thomas Mann angeführt, die von der Geburt Goethes handelt. Er soll "blauschwarz" zur Welt gekommen sein. Deshalb sollte

In einem Labor früher Embryoentwicklung bei der UdSSR-Forschungszentrale für den Schutz der Gesundheit von Mutter und Kind. Kinderlosen Frauen wird hier die Freude der Mutterschaft beschert. Dieses Zwillingspaar ist durch künstliche Befruchtung zur Welt gekommen

Foto: TASS



"NEUE ZEIT" 22.87

man alle Kinder wiederbeleben. Sind Sie noch jetzt dieser Meinung?

Ich ging davon aus, daß alle wiederbelebt werden müssen, weil wir keine genaue Prognose hatten. Vor kurzem wurde ich aber durch Erkenntnisse der Säuglingsneurologie und durch die neuen Möglichkeiten der Diagnose in meiner Ansicht schwankend gemacht. In den letzten 2-3 Jahren haben die Kinderneurologen gute Helfer wie die dreidimensionale Ultraschall- und die Computer-Tomografie des Gehirns bekommen, die ein dreidimensionales Bild des Gehirns ergeben. Es hat sich herausgestellt, daß bei manchen Neugeborenen ganze Hirnpartien fehlen. So ein Säugling ist nicht lebensfähig. Warum sollte man ihn also wiederbeleben?

Heute müssen wir nicht nur die frühe Kindersterblichkeit um jeden Preis senken, sondern auch erreichen, daß ein krankes Kind als vollwertiger, zu selbständigem Denken fähiger Mensch aufwächst.

Bisher war die Ansicht verbreitet, daß nur der Mensch denkt und daß das Denken eng mit dem Sprechen zusammenhängt. Was besagen Ihre Forschungen?

Diese Ansicht verbreitete sich in den 50er Jahren nach dem Erscheinen der Schrift Stalins "Marxismus und Fragen der Sprachforschung". Sie ist noch jetzt nicht überwunden. Ich sehe im Denken die Fähigkeit des Gehirns, die objektive Realität zu registrieren und das Verhalten des Menschen den wechselnden Umständen anzupassen. Gemeinsam mit Kollegen vom Hirnforschungsinstitut studiere ich die Entwicklung der Psyche bei Säuglingen. Wir haben Experimente mit Verhaltensreaktionen gemacht. Die integralen Enzephalografen haben ein Reagieren von Säuglingen im Alter

zwischen einem und zwei Jahren auf Laute, Licht und Spiele registriert. Es hat sich gezeigt, daß das Gehirn am empfindlichsten reagiert, wenn das Kind mit seiner Umwelt in Kontakt gebracht wird. Ich bin überzeugt, daß es zu denken beginnt, lange bevor es sprechen lernt. Wenn es nicht denken würde, könnte es gar nicht sprechen lernen. Das Wort ist ein Werkzeug des Denkens, sein lautliches Symbol. Worte und Gedanken sind aber nicht dasselbe. Auch Taubstumme und sogar Blindtaubstumme, die nie einen Laut gehört haben, denken, noch dazu recht logisch. Es gibt recht viel begabte Taubstumme. Wie sie aber denken, das ist noch nicht klar.

Wieso kann dann ein Kind, das bis zu seinem fünften Lebensjahr nicht sprechen gehört hat, nie mehr sprechen lernen? Sein Gehirn ist ja besser entwickelt wie mit 2-3 Jahren!

Das Gehirn hat Zentren für Sprechen, für Erkennen, für die Koordination der Bewegungen usw. Diese Zentren entwickeln sich nach einem festen biologischen Programm. Es hieß immer, daß schreib- und leseschwache Kinder faul, vernachlässigt oder schlecht unterrichtet sind. Wenn wir uns aber die Gehirne von Legasthenikern auf dem Computer-Tomografen ansehen, stellen wir oft fest, daß gerade die Partien der linken Hemisphäre, wo die Zentren des Sprechens und Schreibens liegen, eine organische Unterentwicklung aufweisen.

Die Sache ist aber nicht aussichtslos. Das kindliche Gehirn ist flexibel, andere Partien gleichen die Unterentwicklung aus. Bei uns zu Lande gibt es spezielle Krippen, Kinderheime und Waldschulen, wo die Kinder auf Staatskosten untergebracht sind und wo man ihnen hilft, diese Mängel zu beheben oder auszugleichen. Ein Kind, das bis zum fünften Jahr nicht sprechen gehört, kann man aber wirklich schwer zum Sprechen bringen, weil das motorische Sprachzentrum für komplizierte sprachliche Verbindungen nur in den ersten Jahren offen und danach taub ist. Das biologische Programm des Gehirns hat seine Gesetzmäßigkeiten, was bei der Beobachtung einfacherer Funktionen, z. B. der Bewegungsfunktion, genau erkennbar ist. Mit 6 Monaten fängt der Säugling zu sitzen, mit 9 Monaten gestützt zu stehen und mit einem Jahr zu gehen an. In Ländern, wo die Frauen ihre Kinder tragen, lernen diese früher laufen, weil sich ihr Gleichgewichtsvermögen sowie die Hirnpartie, die die Bewegungen koordiniert, schneller entwickeln. Solche Kinder sind aber den anderen höchstens um einen Monat oder zwei Monate voraus.

Die Beweglichkeit der Kinder ist auch genetisch vorausbestimmt. Prof. Tschasow sagte mir vor zwei Jahren in einem Interview, er sei empört darüber, daß sich die Kinder nach der Einschulung in kleine Greise verwandeln. Sie sind mit Hausaufgaben derart überlastet, daß sie

keine Zeit zum Laufen und Spielen haben. Hat sich in dieser Hinsicht etwas geändert? Nein. Die Kinder sind noch immer schwer von Informationen belastet. In den Pausen lassen die meisten Lehrer nicht zu, daß die Schüler ihre angestauten Bewegungsenergie abregieren.

Ja, genauso ist es.

Wir erleben heutzutage in vielen Lebensbereichen Neuerungen, und ich hoffe, daß sich die Situation in der Schule bald gründlich verändern und daß die Lehrer endlich auf uns Mediziner hören werden.

Das jetzige Schulwesen widerspiegelt die extensiven Entwicklungstendenzen, bei denen die quantitativen und nicht die qualitativen Ergebnisse im Vordergrund stehen. Beim jetzigen Unterricht hat das Kind oft nicht einmal Zeit, sich über die erhaltenen Kenntnisse klarzuwerden. Die Schule gibt viel überflüssige Informationen, die das kindliche Gehirn nicht schadlos aufnehmen kann. So entstehen "Syndrome der Überinformiertheit". Leider ist die bekannte Wahrheit vergessen, daß Kenntnisse nicht an sich, sondern für eine nutzbringende Tätigkeit gebraucht werden. Man vergewaltigt ein Kind, wenn man es im dritten Schuljahr ein Wort morphologisch analysieren läßt. So ein Unterricht kann einem die Muttersprache verleiden. Das spielerische Element ist aus dem Unterricht verschwunden, obwohl die Kinder Kenntnisse im Spiel viel leichter auffassen.

Was würden Sie konkret vorschlagen?

Die Lehrpläne und das ganze Unterrichtssystem mit Rücksicht auf die Besonderheiten des kindlichen Gehirns und seine Fähigkeit zur Aufnahme von Informationen abzukürzen und umzuarbeiten. Dazu könnte die Kommission der Medizinischen und der Pädagogischen Akademie der UdSSR viel beitragen. Bisher funktioniert sie vielfach rein formal, tritt zweimal jährlich zusammen, liefert Berichte, aber kaum etwas Greifbares.

Das behutsame Verhalten zum Schulkind sollte die höchste Anforderung an die Berufsethik des Lehrers sein. Das kindliche Gehirn hat sehr große, aber nicht unbegrenzte Potenzen. Es darf auf keinen Fall überlastet werden.

Und wie ist es mit dem Streß?

Davor braucht man sich nicht zu fürchten. Streß gehört zum vollwertigen Leben. Wir wollen doch keine Treibhauspflänzchen großziehen. Lebensfähig sind nur Menschen, die mit schwerem Streß fertig werden können. Die Kinder von heute sind die aktiven Menschen des 21. Jahrhunderts. Daran müssen wir immer denken.

INTERNATIONALER WETTBEWERB „NZ“-87

1917-1987

LIEBE LESER!

Die Redaktion der NZ fordert Sie auf, an einem Preisausschreiben zum 70. Jahrestag der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution teilzunehmen.

Das Preisausschreiben enthält sieben Fragen. Ihre Antworten erwarten wir bis spätestens 15. Oktober d. J.

Die beiden Hauptgewinner werden auf Einladung der NZ die Sowjetunion besuchen, Moskau und eine Unionsrepublik (nach Wunsch) kennenlernen.

Ferner werden 4 zweite, 8 dritte und 50 Trostpreise vergeben.

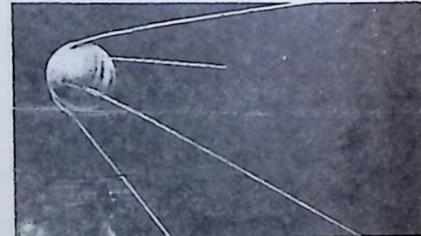
(1941-1945) ist auf diesem Foto dargestellt? Wie groß sind die Verluste des Sowjetvolks in diesem Krieg?



Fünfte Frage. In welchem Jahr wurde der erste künstliche Erdtrabant gestartet? In welchem Jahr flog der erste Mensch in den Weltraum? Was wissen Sie über ihn? Wie viele sowjetische Menschen waren im Weltraum?

Sechste Frage. Welche Etappen sieht das von Michail Gorbatschow am 15. Januar 1986 verkündete Programm für die nukleare Abrüstung bis zum Jahr 2000 vor?

Siebte Frage. Welche anderen Friedensinitiativen der UdSSR aus den letzten Jahren sind Ihnen bekannt?



Erste Frage. Wie hieß das erste Dekret der Sowjetmacht, was verkündete es und wer war sein Verfasser?

Zweite Frage. Wann wurde die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken gegründet? Welche Sowjetrepubliken schlossen sich als erste der UdSSR an? Wie viele Unionsrepubliken, autonome Republiken, autonome Gebiete und Kreise gibt es in der Sowjetunion?

Dritte Frage. Welche Jahre umfaßte der erste Fünfjahrplan für die ökonomische Entwicklung der UdSSR? In wie vielen Jahren wurde er erfüllt?

Vierte Frage. Welche Episode des Großen Vaterländischen Krieges

Vordruck _____

Name _____

Anschrift _____

Beruf _____

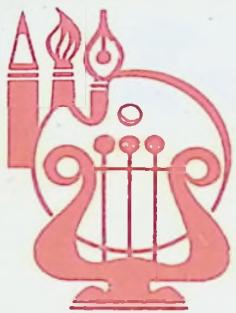
Bitte schreiben Sie Namen und Anschrift leserlich! Legen Sie diesen Vordruck bitte Ihren Antworten zum Preisausschreiben bei.

Adressieren Sie Ihre Briefe an folgende Anschrift: 103782, GSP, Moskau K-6, Puschkinskaja pl., NZ-Redaktion. Bitte vergessen Sie nicht das Kennwort "Preisausschreiben" auf dem Umschlag.

Anschrift: 103782, GSP, Moskau K-6, Puschkinskaja pl.

Telefon: 229-88-72, 209-07-67

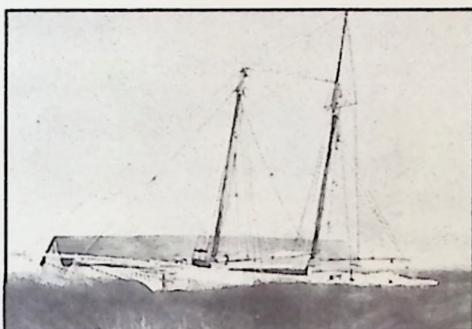
Verlag der Zeitung "Trud" Erscheint in russischer, deutscher, englischer, französischer, spanischer, portugiesischer, italienischer, polnischer und tschechischer Sprache Gedruckt in der Druckerei "Moskowskaja prawa"

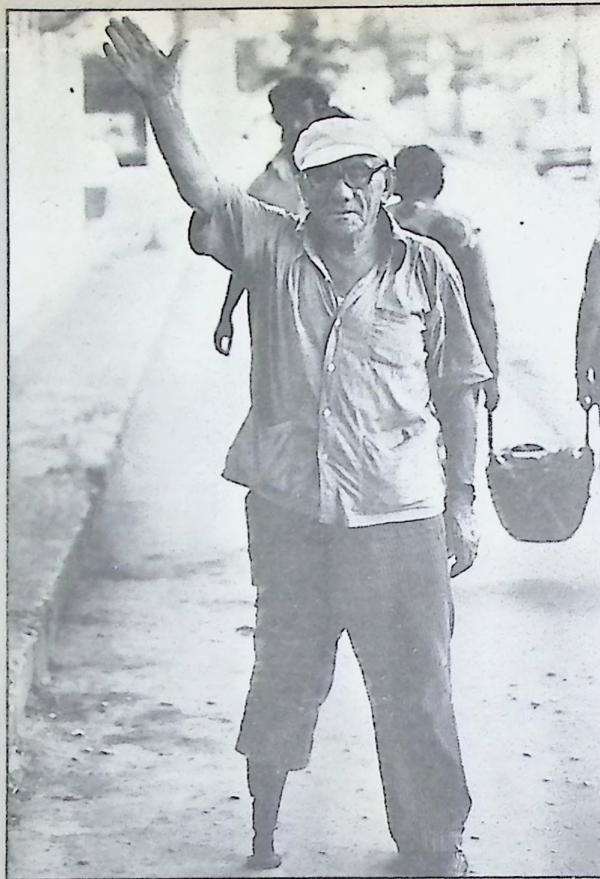


Das Porträt von John F. Kennedy (er wäre am 29. Mai 70 geworden) ist wohl das bedeutendste Werk von James Wyeth, dem Vertreter der dritten Generation einer Familie, die in die amerikanische Kunstgeschichte eingegangen ist. Großvater Newell Convers Wyeth war bekannt für seine Buchillustrationen. Bis heute beeindruckt der tiefe psychologische Gehalt seines „Weg nach Vidalia“ (Foto rechts). Und dieses Segelschiff fasziniert uns auf dem Bild von James' Vater, Andrew Wyeth, einem in den USA sehr angesehenen Vertreter des Realismus, Ehrenmitglied der Akademie der Künste der UdSSR.

James Wyeth bei der Eröffnung der Ausstellung der Wyeths in Moskau

Fotos:
Konstantin Kokoschkin





Wir leben immer noch „nach dem Krieg“...

Blick aus der Kindheit

Die ukrainische Malerin Maria Primatschenko
mit Enkel und Bildern



INTERNATIONALER WETTBEWERB

„MENSCH,
MENSCHLICHKEIT,
MENSCHHEIT“

Juri ROST (UdSSR)